Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 der Stadt Kaarst

INHALTSVERZEICHNIS

I. PRÜFUNGSAUFTRAG **1**

II. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN **2**

1. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter 2

2. Sonstige Unregelmäßigkeiten 4

III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG **5**

1. Gegenstand der Prüfung 5

2. Art und Umfang der Prüfung 5

IV. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG **8**

1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 8

a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 8

b) Jahresabschluss 8

c) Lagebericht 9

2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses 9

a) Wesentliche Bewertungsgrundlagen 9

b) Wesentliche Änderungen der Bewertungsgrundlagen 11

c) Ausnutzung von Ermessensspielräumen 11

d) Feststellungen zur Gesamtaussage im Jahresabschluss 11

V. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS **12**

ANLAGEN

Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017	Anlage	I
Bilanz	Seite	1 - 2
Ergebnisrechnung	Seite	3
Finanzrechnung	Seite	4
Anhang	Seite	5 - 16
Anlagen zum Anhang	Seite	17 - 26
Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017	Seite	27 - 60
Ratsmitglieder zum 31. Dezember 2017	Seite	61 - 71
Teilergebnisrechnungen auf Produktbereichsebene	Seite	72 - 88
Teilfinanzrechnungen auf Produktbereichsebene	Seite	89 - 103
Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	Anlage	II
Rechtliche Verhältnisse	Seite	1 - 2
Wirtschaftliche Verhältnisse	Seite	2 - 3
Steuerliche Verhältnisse	Seite	3
Analysierende Darstellungen	Anlage	III
Kennzahlen mit 5-Jahresübersicht	Seite	1 - 2
Ertragslage – Vergleich mit dem Vorjahr	Seite	3 - 5
PLAN - IST Vergleich Gesamtergebnisrechnung	Seite	5 - 6
PLAN - IST Vergleich Teilergebnisrechnungen	Seite	6 - 7
Ergebnisentwicklung laut Haushaltsplanung 2017	Seite	7 - 8
Vermögenslage	Seite	9 - 11
Finanzlage	Seite	12 - 13
Besondere Auftragsbedingungen der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	Anlage	IV
	Seite	1 - 4

Wir weisen darauf hin, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben aufgrund kaufmännischer Rundung Differenzen auftreten können.

I. PRÜFUNGSAUFTRAG

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 22. November 2017 der

Stadt Kaarst
(im Folgenden auch „Stadt“ genannt)

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 gewählt. Daraufhin beauftragte uns die Bürgermeisterin der Stadt Kaarst mit Schreiben vom 15. März 2018 (Auftragsbestätigungsschreiben), den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen sowie Anhang — unter Einbeziehung der Buchführung, die Inventur, das Inventar, die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und den Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 nach § 101 Abs. 1 GO NRW und entsprechend § 317 HGB zu prüfen. Ein Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 wurde nicht in den Rat eingebracht.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Dieser Bericht ist ausschließlich an die Stadt Kaarst gerichtet.

Wir haben diesen Prüfungsbericht nach den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 450) erstellt. Ebenso wurde der Prüfungsstandard zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW PS 730) beachtet.

Für die Durchführung des Prüfungsauftrags und unsere Verantwortlichkeit sind — auch im Verhältnis zu Dritten — die Besonderen Auftragsbedingungen der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (BAB) sowie die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 (AAB) maßgebend, die diesem Bericht als Anlage IV beigefügt sind.

II. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

1. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Aus dem von dem Stadtkämmerer aufgestellten und von der Bürgermeisterin der Stadt Kaarst bestätigten Lagebericht heben wir folgende Angaben hervor, die unseres Erachtens für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Stadt sowie der zukünftigen Entwicklung der Stadt mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung sind:

- Der Ergebnishaushalt 2017 schließt mit einem Überschuss von Tsd. EUR 16.366 ab. Dieser Betrag liegt um Tsd. EUR 21.356 über dem ursprünglich geplanten Jahresfehlbetrag von Tsd. EUR 4.991. Das Gewerbesteueraufkommen konnte mit insgesamt Tsd. EUR 47.626 im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 22.939) mehr als verdoppelt werden.
- Das ordentliche Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Planansatz um Tsd. EUR 20.676 auf Tsd. EUR 15.565, zudem fällt das Finanzergebnis gegenüber dem Planansatz um Tsd. EUR 680 höher aus. Die Verbesserung der Erträge ist im Wesentlichen auf das gestiegene Gewerbesteueraufkommen zurückzuführen, die Überschreitung des Planansatzes der ordentlichen Aufwendungen ist durch die Bildung von Wertberichtigungen auf Forderungen, für die Aussetzung der Vollziehung gewährt wurde, begründet.
- Der Bestand der Ausgleichsrücklage beträgt nach Verbuchung des Jahresergebnisses 2017 insgesamt Tsd. EUR 20.669 Die Eigenkapitalquote der Stadt Kaarst zum 31. Dezember 2017 beträgt 39,5 %. Zum 31. Dezember 2016 betrug die Eigenkapitalquote 37,1 %.
- Die Fremdkapitalquote erhöht sich im Berichtszeitraum von 23,5 % um 0,1 % auf 23,6 %. Durch den Anstieg der Eigenkapitalquote und der unwesentlichen Erhöhung der Fremdkapitalquote stellt sich die städtische Finanzstruktur positiv dar.
- Das Anlagevermögen bildet mit 339.843 Tsd. EUR (87,3 %) den größten Vermögensanteil am gesamten Vermögen der Stadt Kaarst.
- Die Entwicklungen, insbesondere in den Einkommensteuer- und Umsatzsteuerbeteiligungen, bleiben nach den aktuellen Einschätzungen des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ vom November 2017 mittelfristig weiterhin positiv. In dem Ergebnis der Steuerschätzung spiegelt sich die nach wie vor gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wieder. Die angespannte Haushaltslage des Landes NRW sowie die zwischenzeitlich auf Landesverfassungsebene manifestierte Schuldenbremse lässt jedoch ein mittelfristiges Gefährdungspotential für die städtische Ertragslage erkennen, dass insbesondere eine reduzierte Verbundmasse im Bereich des vertikalen Gemeindefinanzausgleichs sowie die einseitige Bevorzugung des kreisfreien Raumes im horizontalen Finanzausgleich zu reduzierten Zuweisungen führen wird.

- Im Veranlagungsverlauf 2017 zeigen sich in den Einzelveranlagungen der steuerpflichtigen Unternehmen erneut hohe Schwankungen in der Gewerbesteuer. Hierbei stellen sowohl die schwer einschätzbaren Entwicklungen in den Unternehmensgewinnen als auch perioden-fremde Festsetzungen durch die Finanzverwaltung die größten Unsicher-heitsfaktoren dar. Dennoch bleibt es, aufgrund der sich in der Vergangenheit dargestellten hohen Volatilität in der Gewerbesteuer, bei der Notwendigkeit einer fokussierten Begleitung der sich hier darstellenden Entwicklungen. Gleichzeitig werden die Beteiligungen aus der Einkommen-steuer, wie auch aus der Umsatzsteuer auf Grund der geänderten Schlüsselzahlen für die Jahre 2018 bis 2021 geringer ausfallen.
- Die Bundesregierung hatte am 16.06.2016 mit den Landesregierungen vereinbart, dass ab dem Jahr 2018 eine jährliche Entlastung in Höhe von 5 Mrd. EUR fließen soll. Davon sollen 2,4 Mrd. EUR über eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, 1,6 Mrd. über eine höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, sowie 1 Mrd. EUR über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer eingebracht werden, mit der verbindlichen Maßgabe, diese Gelder in den jeweiligen kommunalen Finanzausgleich einzubringen. Darüber hinaus sollen die Mehrbelastungen der Kosten der Unterkunft bis 2018 für Asylberechtigte übernommen werden. Hiermit wird zwar eine finanzielle Entlastung in Aussicht gestellt, andererseits wird jedoch mit einer fortschreitenden Ausweitung der Transferleistungen gerechnet, die von der Stadt unmittelbar und mittelbar über die Kreisumlage zu finanzieren sein wird.
- Trotz der konjunkturellen Erholung werden die Sozialtransferaufwendungen im Bereich der Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII zumindest mittelfristig tendenziell weiter ansteigen. Der Bund sichert zwar in Bezug auf die Kosten der Unterkunft eine Erhöhung der Bundesbeteiligung um EUR 1,6 Mrd. ab dem Jahr 2018 zu. Die hier erwarteten Entwicklungen ergeben sich insbesondere auch aus der erwarteten demographischen Entwicklung bezogen auf den Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Kaarst. Insoweit stellen die diesbezüglichen Belastungen ein grundsätzliches Risiko für den städtischen Haushalt dar.
- Durch die Erschließung und Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Kaarster Kreuz besteht die Möglichkeit der Sicherung/Ausweitung von Arbeitsplätzen in Kaarst sowie die Sicherung/Stärkung der Gewerbesteuerertragspotentiale durch Bestandssicherung von in Kaarst angesiedelten Gewerbebetrieben und Akquisition von neuen Gewerbebetrieben.
- Die anhaltenden Jahresdefizite der vergangenen Jahre, die darüber hinausgehende Stetigkeit dieser bis zum Ende des mittelfristigen Ergebnisplanungszeitraumes sowie die nicht ausreichenden Möglichkeiten einer kurzfristigen Gegensteuerung durch die Kommune zeigt die Notwendigkeit einer strukturellen Betrachtung der städtischen Haushaltswirtschaft. Hier ist es angezeigt, den Haushalt strukturell ausgeglichen aufzustellen, so dass dieser unabhängig von einmaligen Sondereffekten und/oder konjunkturellen Entwicklungen ausgeglichen werden kann. Hierzu bedarf es einer analytischen Überprüfung von bestehenden Konsolidierungsmöglichkeiten, die entsprechende Entlastungen für den Haushalt bewirken können. Durch das Ausschöpfen von Konsolidierungsmöglichkeiten wird als Neben-effekt auch die strukturierte Überprüfung von Steigerungen der Effizienz und Effektivität erhofft.

- Die Planungen für das Haushaltsjahr 2018 schließen unter Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen mit einem kalkulierten Jahresfehlbetrag in Höhe von - 5.353 Tsd. EUR ab. Hierbei werden Erträge in Höhe von 113.459.484 EUR und Aufwendungen in Höhe von 118.812.550 EUR zugrunde gelegt.
- Die geplanten Auszahlungen für Investitionen betragen für den Erwerb von Grundstücken (8.432 Tsd. EUR), für Baumaßnahmen (6.351 Tsd. EUR), und dem Erwerb von beweglichem Vermögen (1.269 Tsd. EUR).

Wir als Abschlussprüfer der Stadt Kaarst halten die Darstellung und Beurteilung der Lage sowie der zukünftigen Entwicklung der Stadt Kaarst mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken im Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter für zutreffend.

2. Sonstige Unregelmäßigkeiten

Wir haben bei unserer Prüfung folgende Verstöße gegen sonstige gesetzliche Regelungen festgestellt:

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde nicht gemäß § 95 Abs. 3 GO NRW innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufgestellt und dem Rat zur Feststellung vorgelegt.

III. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

1. Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren die Buchführung und der nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen der Stadt aufgestellte Jahresabschluss (bestehend aus Bilanz und Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen sowie Anhang) und der Lagebericht der Stadt Kaarst.

Gemäß § 317 Abs. 4a HGB hat sich die Prüfung nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Die Verantwortung für die Rechnungslegung und die uns erteilten Aufklärungen und Nachweise trägt die Bürgermeisterin der Stadt Kaarst. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und der uns erteilten Aufklärungen und Nachweise im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

2. Art und Umfang der Prüfung

Die Prüfung erfolgte nach § 101 Abs. 1 GO NRW und entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens, das auch internationalen Prüfungsstandards entspricht, ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Die hierzu notwendige Risikoanalyse basiert auf der Einschätzung der Lage, der Geschäftsrisiken und des Umfeldes sowie des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Kaarst.

Bei unserer Beurteilung des Risikos wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht haben wir sowohl Risiken auf Abschlussebene als auch Risiken auf Aussageebene identifiziert und beurteilt. Darüber hinaus haben wir diese Risiken in Risikogruppen untergliedert, wobei wir bedeutsame Risiken, die einer besonderen Berücksichtigung bei der Prüfung bedürfen, und Risiken, bei denen aussagebezogene Prüfungshandlungen allein zur Gewinnung ausreichender Sicherheit nicht ausreichen, hervorgehoben haben. Die bedeutsamen Risiken

beinhalten aufgrund berufsständischer Vorgaben auch das Risiko der Außerkraftsetzung von Kontrollmaßnahmen durch die Verwaltungsleitung sowie die Ertragsrealisierung. Dabei wurden auch Ergebnisse des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Kaarst berücksichtigt.

Auf der Grundlage unserer Risikobeurteilung haben wir die relevanten Prüffelder und Kriterien (Abschlussaussagen) sowie Prüfungsschwerpunkte festgelegt und Prüfprogramme entwickelt. In den Prüfprogrammen wurden Art und Umfang der jeweiligen Prüfungshandlungen festgelegt.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten Kontrolltests, aussagebezogene analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen (sonstige aussagebezogene Prüfungshandlungen).

Als Schwerpunkte unserer Prüfung haben wir festgelegt:

- Prüfung des Prozesses der Jahresabschlusserstellung
- Bewertung der Forderungen und Bemessung der Wertberichtigungen
- Erträge aus Steuern und ähnliche Abgaben und Abgrenzung

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir zunächst im Rahmen der Aufbauprüfung die angemessene Ausgestaltung und die Implementierung der rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollen beurteilt. Entsprechend der im Rahmen der Prüfungsplanung vorgenommenen Schwerpunktsetzung haben wir in einem zweiten Schritt Kontrolltests ausgewählter interner Kontrollen durchgeführt.

Die Erkenntnisse aus der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden für die Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht sowie für die Auswahl von Art, Umfang und zeitlicher Einteilung der für die einzelnen Prüfungsziele durchzuführenden analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen herangezogen.

Sowohl die Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch Kontrolltests als auch die Durchführung von Einzelfallprüfungen erfolgten jeweils in einer Auswahl von bewusst oder repräsentativ ausgewählten Elementen. Die Bestimmung der jeweiligen Auswahl erfolgte in Abhängigkeit von unseren Erkenntnissen über das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sowie von Art und Umfang der Geschäftsvorfälle. Dabei wurden auch Ergebnisse des Rechnungsprüfungsamts der Stadt Kaarst berücksichtigt (Vorräte, Kassenprüfung, Kalkulation der Gebührenhaushalte).

Die Prüfung der örtlich festgelegten Restnutzungsdauern orientierte sich an den fachtechnischen Einschätzungen der eingesetzten Sachverständigen sowie der nach § 35 GemHVO-NRW veröffentlichten NKF-Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauern für kommunale Vermögensgegenstände.

Aufgrund der nicht wesentlichen Bedeutung der Vorräte für den Jahresabschluss der Stadt Kaarst haben wir keine Beobachtung der körperlichen Inventur durchgeführt.

Im Rahmen der Einzelfallprüfungen haben wir Saldenbestätigungen bzw. –mitteilungen und Auskünfte Dritter von ausgewählten, für die Stadt tätigen Lieferanten sowie von den für die Stadt tätigen Kreditinstituten und Rechtsanwälten eingeholt.

Bei der Prüfung der versicherungsmathematischen Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen haben wir die Ergebnisse der von der Rheinischen Versorgungskasse, Köln, in Auftrag gegebenen versicherungsmathematischen Bewertung vom 5. Februar 2018 der Heubeck AG, Köln, im Rahmen unserer Prüfung verwertet.

Im Rahmen unserer Prüfung des Lageberichts haben wir geprüft, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Stadt vermittelt. Weiterhin haben wir geprüft, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Stadt zutreffend dargestellt sind.

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in den Monaten September und Oktober 2018 bis zum 30. Oktober 2018 durchgeführt.

Die Bürgermeisterin der Stadt Kaarst erteilte alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise und bestätigte uns am 30. Oktober 2018 deren Vollständigkeit sowie die Vollständigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht in einer schriftlichen Erklärung.

IV. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und der sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in der Buchführung und im Jahresabschluss und im Lagebericht ordnungsgemäß abgebildet.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unserer Feststellung grundsätzlich dazu geeignet, die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten zu gewährleisten.

b) Jahresabschluss

Der von uns geprüfte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 ist diesem Bericht als Anlage I beigefügt. Er entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen.

Die Bilanz, die Ergebnis- und Finanzrechnung sowie die Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der Ergebnisrechnung entspricht bei dem Ausweis des Finanzergebnisses nicht dem aktuellen Muster für das doppische Rechnungswesen. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die für Gebietskörperschaften geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind beachtet worden. Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz bzw. Ergebnisrechnung und gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder.

c) Lagebericht

Der von uns geprüfte Lagebericht für das Haushaltsjahr 2017 ist diesem Bericht ebenfalls in Anlage I beigefügt. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen der Stadt Kaarst. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Kaarst. Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt und die nach § 95 GO NRW und § 48 GemHVO NRW gemachten Angaben sind vollständig und zutreffend.

2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die kommunalen Gebietskörperschaften und damit auch die Stadt Kaarst haben ihr vollständiges Vermögen zu erfassen und zu bewerten. Die Ermittlung der Wertansätze für die Eröffnungsbilanz wurde auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorgenommen, die für die folgenden Haushaltsjahre als Anschaffungs- und Herstellungskosten gelten. Diese Wertansätze werden in den Folgejahren planmäßig abgeschrieben.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfordert im Rahmen der gesetzlichen Wahlrechte eine Vielzahl von Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen seitens der Bürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Kaarst. Im Folgenden gehen wir auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen ein sowie darauf, welchen Einfluss die Ausnutzung von Ermessensspielräumen auf die Darstellung der Vermögens-, Schulden, Finanz- und Ertragslage haben.

a) Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, einschließlich im Berichtsjahr vorgenommener Änderungen, sind im Anhang (Anlage I) beschrieben.

Im Einzelnen heben wir nachfolgend die unseres Erachtens wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden hervor:

<u>Sachanlagen</u>

Die Bewertung der Zugänge zu den Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Die Sachanlagen werden linear über ihre Nutzungsdauer in der Stadt Kaarst abgeschrieben. Die Gemeinde hat die Nutzungsdauern unter Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse auf Grundlage der NKF-Rahmentabelle nach § 35 Abs. 3 GemHVO festgelegt.

Forderungen

Die Forderungen wurden abzüglich angemessener Einzel- und Pauschalwertberichtigungen angesetzt. Niedergeschlagene Forderungen werden vollständig wertberichtigt. Die Abgrenzung der Gewerbesteuererträge erfolgt auf Grundlage der bis zum 31. März des Folgejahres erfolgten Veranlagungen und Vorauszahlungsbescheide der Jahre bis 2017.

Eigenkapital

Die Stadt Kaarst hat gemäß Ratsbeschluss den Jahresverlust 2016 mit der Ausgleichsrücklage verrechnet. Die Verluste aus Abgängen des Anlagevermögens wurden mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

Sonderposten

Die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge werden parallel zu den Abschreibungen der bezuschussten Vermögensgegenstände ertragswirksam aufgelöst. Sonderposten für den Gebührenausgleich sind in Höhe der nach den abgabenrechtlichen Bestimmungen tatsächlich festgestellten Kostenüberdeckungen in Gebührenhaushalten angesetzt, soweit diese den Gebührenhaushalten noch nicht wieder zugeführt wurden.

Pensionsrückstellungen

Die Bewertung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen erfolgte nach § 36 Abs. 1 GemHVO mit einem Rechnungszinsfuß von 5,0 % auf Basis der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck.

Sonstige Rückstellungen

Die Einschätzungen zu den sonstigen Rückstellungen erfolgten durch die entsprechenden Fachbereiche. Hierbei wurde vom wahrscheinlichen Grad der Inanspruchnahme ausgegangen.

Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag. Die erhaltenen Anzahlungen betreffen Zuschüsse für noch nicht fertiggestellte bzw. angeschaffte Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die hier enthaltenen Einnahmen für Friedhofsgebühren werden, soweit sie den Erwerb eines über ein Jahr hinausgehendes Nutzungsrecht betreffen, entsprechend dem Beginn und der Dauer des Nutzungsrechtes ertragswirksam aufgelöst.

b) Wesentliche Änderungen der Bewertungsgrundlagen

Gegenüber dem Vorjahr hat die Bürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Kaarst keine wesentlichen Änderungen der Bewertungsgrundlagen im Jahresabschluss vorgenommen.

c) Ausnutzung von Ermessensspielräumen

Die Bürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Kaarst hat die im Folgenden dargestellten Annahmen über wertbestimmende Komponenten getroffen, die unseres Erachtens wesentliche Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage im Jahresabschluss haben:

Forderungen

Die Forderungen aus Steuern, die unter Aussetzung der Vollziehung stehen, werden grundsätzlich mit 50 % wertberichtigt. Für einen Einzelfall, zu dem bezüglich der Veranlagungen für mehrere Jahre noch gerichtliche Verfahren anhängig sind, wurden die Forderungen mit 100 % wertberichtigt. Hieraus ergeben sich Wertberichtigungen in Höhe von rd. Mio. 7,3 EUR.

Darüber hinaus wurden Forderungen über EUR 5.000 einzeln beurteilt und entsprechend ihrer Ausfallwahrscheinlichkeit bewertet. Die Pauschalwertberichtigung auf die übrigen Forderungen wurde unter Berücksichtigung der Altersstruktur ermittelt.

d) Feststellungen zur Gesamtaussage im Jahresabschluss

Der Jahresabschluss enthält wesentliche, im Abschnitt 2c) dargestellte Ausnutzungen von Ermessensspielräumen. Ihre Gesamtwirkung auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses kann mangels Bestimmbarkeit repräsentativer Vergleichswerte nicht eindeutig quantifiziert werden. Wir halten die Vorgehensweise für angemessen, um die Wahrscheinlichkeit eines möglichen Forderungsausfalls abzuschätzen.

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Kaarst vermittelt.

Im Übrigen verweisen wir auf die weitergehenden Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses im Anhang und auf die Analysen im Lagebericht (Anlage I) sowie auf die analysierenden Darstellungen der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage in Anlage III.

V. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Stadt Kaarst für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 in der diesem Bericht als Anlage I beigefügten Fassung den am 30. Oktober 2018 in Bonn unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Stadt Kaarst

Wir haben den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen sowie Anhang — unter Einbeziehung der Buchführung, die Inventur, das Inventar sowie die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und den Lagebericht der Stadt Kaarst für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung der Bürgermeisterin der Stadt Kaarst. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars und der Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sowie über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 101 Abs. 1 GO NRW und entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Kaarst sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Bürgermeisterin der Stadt Kaarst sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Kaarst. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Kaarst und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 der Stadt Kaarst haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen erstattet.

Bonn, 30. Oktober 2018

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Offergeld
Wirtschaftsprüfer

gez. Veldboer
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Anlage I

kaarst*

Stadt Kaarst

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und Lagebericht für das Haushaltsjahr 2017

Bestätigt gem. § 95 Abs. 3 GO NRW
Kaarst, den 30.10.2018

Dr. Ulrike Nienhaus
Bürgermeisterin

Aufgestellt gem. § 95 Abs. 3 GO NRW
Kaarst, den 30.10.2018

Stefan Meuser
Kämmerer

Inhaltsverzeichnis

1. BILANZ UND RECHENWERKE 1

BILANZ ZUM 31.DEZEMBER 2017 1
ERGEBNISRECHNUNG 2017 3
FINANZRECHNUNG 2017 4

2. ANHANG 4

ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS 2017 5
BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE 6
ERLÄUTERUNGEN ZU DEN EINZELNEN BILANZPOSITIONEN 6
SONSTIGE ANGABEN NACH § 44 GEMHVO NRW 14

3. ANLAGEN ZUM ANHANG 17

ANLAGENSPIEGEL 2017 17
FORDERUNGSSPIEGEL 2017 18
DARSTELLUNG DER WERTBERICHTIGUNGEN 2017 19
VERBINDLICHKEITENSPIEGEL 2017 20
RÜCKSTELLUNGSSPIEGEL 2017 21
SONDERPOSTENSPIEGEL 2017 23
NUTZUNGSDAUERTABELLE 24
LAGEBERICHT 27
STRUKTUREN DER STADT KAARST 28
INTERNE ORGANISATION DER HAUSHALTS- UND FINANZWIRTSCHAFT 29
ENTWICKLUNG DER BILANZSUMME UND DES EIGENKAPITALS 31
VERMÖGENS- UND SCHULDENLAGE 31
ERGEBNISLAGE 35
FINANZLAGE 39
VERMÖGENSLAGE ZUM 31.12.2017 42
KENNZAHLENANALYSE DES HAUSHALTSJAHRES 2017 46
BERICHT ÜBER VORGÄNGE BESONDERER BEDEUTUNG 47
GESAMTSCHAU AUF DEN HAUSHALT 2018 48
CHANCEN UND RISIKEN IN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG DES STÄDTISCHEN HAUSHALTS 49
PERSÖNLICHE ANGABEN DES VERWALTUNGSVORSTANDES UND DE R RATSMITGLIEDER 61

4. TEILRECHNUNGEN 72

TEILERGEBNISRECHNUNGEN AUF PRODUKTBEREICHSEBENE 72
TEILFINANZRECHNUNGEN AUF PRODUKTBEREICHSEBENE 89

BILANZ ZUM 31.DEZEMBER 2017

AKTIVA

	31.12. 2017 €	31.12. 2017 €	31.12. 2016 €
1. ANLAGEVERMÖGEN		**339.842.670,25**	**342.263.559,80**
1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände		**60.059,12**	**20.684,62**
1.2. Sachanlagen		**328.712.776,50**	**331.373.629,81**
1.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		46.500.283,92	47.136.604,93
1.2.1.1. Grünflächen	23.910.865,71		24.273.920,37
1.2.1.2. Ackerland	11.105.820,60		11.216.512,16
1.2.1.3. Wald, Forsten	2.052.129,83		2.050.496,17
1.2.1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	9.431.467,78		9.595.676,23
1.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		142.581.243,07	138.780.690,28
1.2.2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	20.978.029,83		20.213.345,94
1.2.2.2. Schulen	66.594.352,27		63.383.531,93
1.2.2.3. Wohnbauten	11.793.487,71		11.037.455,82
1.2.2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	43.215.373,26		44.146.356,59
1.2.3. Infrastrukturvermögen		119.718.645,84	122.243.529,88
1.2.3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	39.077.005,62		39.022.722,78
1.2.3.2. Brücken und Tunnel	258.222,55		266.840,02
1.2.3.3. Gleisanlagen mit Streckenausrüstung u. Sicherheits-anlagen	0,00		0,00
1.2.3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	31.044.738,14		32.275.995,06
1.2.3.5. Straßennetz mit Wegen, Plätzen u. Verkehrslenkungs-anlagen	48.845.634,88		50.364.836,01
1.2.3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	493.044,65		313.136,01
1.2.4. Bauten auf fremdem Grund und Boden		8.412.912,20	8.602.787,33
1.2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		365.210,26	360.711,69
1.2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		3.130.024,52	3.205.687,22
1.2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung		2.912.572,71	2.847.881,89
1.2.8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		5.091.883,98	8.195.736,59
1.3. Finanzanlagen		**11.069.834,63**	**10.869.245,37**
1.3.1. Anteile an Unternehmen		8.837.769,44	8.812.769,44
1.3.2. Beteiligungen		439.011,26	439.011,26
1.3.3. Sondervermögen		0,00	0,00
1.3.4. Wertpapiere des Anlagevermögens		1.779.688,95	1.599.632,86
1.3.5. Ausleihungen		13.364,98	17.831,81
1.3.5.1. an verbundene Unternehmen	0,00		0,00
1.3.5.2. an Beteiligungen	0,00		0,00
1.3.5.3. an Sondervermögen	0,00		0,00
1.3.5.4. Sonstige Ausleihungen	13.364,98		17.831,81
2. UMLAUFVERMÖGEN		**47.898.460,20**	**26.755.066,79**
2.1. Vorräte		**45.205,35**	**56.056,29**
2.1.1. Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe, Waren		45.205,35	56.056,29
2.1.2. Geleistete Anzahlungen		0,00	0,00
2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		**26.610.080,17**	**21.639.827,53**
2.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Ford. aus Transferleistungen		8.395.505,71	3.979.715,24
2.2.1.1. Gebühren	342.160,29		155.088,09
2.2.1.2. Beiträge	10.152,74		10.679,72
2.2.1.3. Steuern	5.681.174,34		1.930.254,54
2.2.1.4. Forderungen aus Transferleistungen	727.002,94		201.941,82
2.2.1.5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	1.635.015,40		1.681.751,07
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen		857.853,28	503.543,72
2.2.2.1. gegenüber dem privaten Bereich	749.613,43		465.105,69
2.2.2.2. gegenüber dem öffentlichen Bereich	108.239,85		38.438,03
2.2.2.3. gegen verbundene Unternehmen	0,00		0,00
2.2.2.4. gegen Beteiligungen	0,00		0,00
2.2.2.5. gegen Sondervermögen	0,00		0,00
2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände		17.356.721,18	17.156.568,57
2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens		**0,00**	**0,00**
2.4. Liquide Mittel		**21.243.174,68**	**5.059.182,97**
3. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG		**1.680.420,15**	**1.805.942,63**
BILANZSUMME		**389.421.550,60**	**370.824.569,22**

PASSIVA

		31.12. 2017		31.12. 2016	
		€	€		€
1. EIGENKAPITAL			**153.796.528,33**		**137.664.691,38**
1.1. Allgemeine Rücklage			133.127.523,98		133.361.378,46
1.2. Sonderrücklagen			0,00		0,00
1.3. Ausgleichsrücklage			4.303.312,92		9.571.045,35
1.4. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag			16.365.691,43		-5.267.732,43
2. SONDERPOSTEN			**136.701.859,36**		**140.310.101,35**
2.1. für Zuwendungen			79.912.675,61		82.245.218,63
2.2. für Beiträge			55.651.187,76		57.049.570,80
2.3. für den Gebührenausgleich			1.104.959,54		977.898,85
2.4. Sonstige Sonderposten			33.036,45		37.413,07
3. RÜCKSTELLUNGEN			**57.685.317,90**		**57.065.140,75**
3.1. Pensionsrückstellungen			53.930.707,00		51.820.252,00
3.2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten			0,00		0,00
3.3. Instandhaltungsrückstellungen			304.896,13		1.552.327,90
3.4. Sonstige Rückstellungen			3.449.714,77		3.692.560,85
4. VERBINDLICHKEITEN			**34.273.272,65**		**30.105.712,95**
4.1. Anleihen			0,00		0,00
4.2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen			16.428.388,81		10.503.496,32
4.2.1. von verbundenen Unternehmen		0,00		0,00	
4.2.2. von Beteiligungen		0,00		0,00	
4.2.3. von Sondervermögen		0,00		0,00	
4.2.4. vom öffentlichen Bereich		6.950.861,00		5.988.413,00	
4.2.5. vom privaten Bereich		9.477.527,81		4.515.083,32	
4.3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung			150.450,00		0,00
4.4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen			4.841,87		37,53
4.5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			2.829.336,52		2.429.806,03
4.6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen			3.154.248,14		3.444.491,12
4.7. Sonstige Verbindlichkeiten			4.728.676,04		8.949.934,99
4.8. Erhaltene Anzahlungen			6.977.331,27		4.777.946,96
5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG			**6.964.572,36**		**5.678.922,79**
BILANZSUMME			**389.421.550,60**		**370.824.569,22**

ERGEBNISRECHNUNG 2017

	Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
	Steuern und ähnliche Abgaben	59.756.835,08	56.526.221	86.257.095,33	29.730.874,33-
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	15.846.060,45	12.264.265	16.104.841,01	3.840.576,01-
+	Sonstige Transfererträge	1.429.414,13	6.200	711.635,11	705.435,11-
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.760.525,53	14.021.231	14.352.497,73	331.266,73-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.509.789,92	1.491.069	1.896.482,24	405.413,24-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.332.449,48	11.843.127	6.503.930,94	5.339.196,06
+	Sonstige ordentliche Erträge	4.618.391,03	8.184.928	5.916.738,46	2.268.189,54
=	**Ordentliche Erträge**	**102.253.465,62**	**104.337.041**	**131.743.220,82**	**27.406.179,82-**
-	Personalaufwendungen	-27.234.541,58	-27.136.764	27.614.066,67-	477.302,67
-	Versorgungsaufwendungen	-2.232.760,97	-1.920.600	2.652.620,68-	732.020,68
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-13.461.379,59	-13.106.154	11.322.693,64-	1.783.460,36-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-9.046.871,60	-8.509.500	9.069.331,43-	559.831,43
-	Transferaufwendungen	-41.941.313,15	-42.880.076	42.847.235,30-	32.840,70-
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-14.280.514,09	-15.894.991	22.671.949,10-	6.776.958,10
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-108.197.380,98**	**-109.448.085**	**116.177.896,82-**	**6.729.811,82**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-5.943.915,36**	**-5.111.044**	**15.565.324,00**	**20.676.368,00-**
+	Finanzerträge	828.624,87	654.590	1.009.686,00	355.096,00-
-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-152.441,94	-534.286	209.318,57-	324.967,43-
=	**Finanzergebnis**	**676.182,93**	**120.304**	**800.367,43**	**680.063,43-**
=	**Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-5.267.732,43**	**-4.990.740**	**16.365.691,43**	**21.356.431,43-**
-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
=	**Jahresergebnis**	**-5.267.732,43**	**-4.990.740**	**16.365.691,43**	**21.356.431,43-**

Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage

Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	120.740,49	0,00	3.905,29	**3.905,29**
Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	**0,00**
Verrechnete Aufwendungen bei Vermögens-gegenständen	-432.789,78	0,00	-237.759,77	**-237.759,77**
Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	**0,00**
Verrechnungssaldo	**-312.049,29**	**0,00**	**-233.854,48**	**-233.854,48**

FINANZRECHNUNG 2017

	Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
	Steuern und ähnliche Abgaben	61.954.223,40	56.526.221	77.057.529,17	20.531.308,17-
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.727.283,87	9.288.074	14.416.119,83	5.128.045,83-
+	Sonstige Transfereinzahlungen	1.426.783,77	6.200	203.775,88	197.575,88-
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.452.561,01	12.452.760	13.149.226,47	696.466,47-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.866.442,31	1.491.069	2.186.672,30	695.603,30-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	4.462.461,82	11.843.127	6.470.843,92	5.372.283,08
+	Sonstige Einzahlungen	6.798.710,90	2.472.100	2.138.207,61-	4.610.307,61
+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	827.762,09	654.590	1.008.879,73	354.289,73-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**103.516.229,17**	**94.734.141**	**112.354.839,69**	**17.620.698,69-**
-	Personalauszahlungen	-25.155.610,02	-25.449.433	25.729.417,96-	279.984,96
-	Versorgungsauszahlungen	-2.210.319,38	-1.920.600	2.692.806,03-	772.206,03
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-13.334.105,00	-13.106.154	11.829.132,68-	1.277.021,32-
-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-152.984,24	-534.286	209.318,57-	324.967,43-
-	Transferauszahlungen	-41.343.295,90	-42.880.076	43.169.906,94-	289.830,94
-	Sonstige Auszahlungen	-14.548.576,37	-15.294.991	15.027.192,83-	267.798,17-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-96.744.890,91**	**-99.185.540**	**98.657.775,01-**	**527.764,99-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**6.771.338,26**	**-4.451.399**	**13.697.064,68**	**18.148.463,68-**
+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.903.772,92	2.079.452	2.337.089,30	257.637,30-
+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	2.572.810,50	7.262.215	3.999.628,49	3.262.586,51
+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	6.598,85	4.220	4.979,41	759,41-
+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	627.670,38	148.000	11.350,05	136.649,95
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.110.852,65**	**9.493.887**	**6.353.047,25**	**3.140.839,75**
-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-1.812.885,13	-6.882.262	1.979.875,27-	4.902.386,73-
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.338.320,44	-11.636.260	7.085.840,07-	4.550.419,93-
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-771.883,58	-1.133.130	887.416,36-	245.713,64-
-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-170.000,00	0	0,00	0,00
-	Sonstige Investitionsauszahlungen	-9.282,95	-20.000	11.772,57-	8.227,43-
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-10.102.372,10**	**-19.671.652**	**9.964.904,27-**	**9.706.747,73-**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-4.991.519,45**	**-10.177.765**	**3.611.857,02-**	**6.565.907,98-**
=	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag**	**1.779.818,81**	**-14.629.164**	**10.085.207,66**	**24.714.371,66-**
+	Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	9.673.816	6.515.678,00	3.158.138,00
-	Tilgung und Gewährung von Darlehen	-331.358,35	-704.933	433.307,51-	271.625,49-
=	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**-331.358,35**	**8.968.883**	**6.082.370,49**	**2.886.512,51**
=	**Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln**	**1.448.460,46**	**-5.660.281**	**16.167.578,15**	**21.827.859,15**
+	Anfangsbestand an Finanzmitteln	3.724.284,45	0	5.059.182,97	5.059.182,97
+	Änderung Bestand an fremden Finanzmitteln	-113.561,94	0	16.413,56	16.413,56
=	**Liquide Mittel**	**5.059.182,97**	**-5.660.281**	**21.243.174,68**	**26.903.455,68**

ANHANG

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss 2017

Der vorliegende Jahresabschluss der Stadt Kaarst zum Stichtag 31.12.2017 wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der gesetzlichen Regelungen des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und der Bestimmungen der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) aufgestellt.

Die Stadt Kaarst hat gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW zum Jahresabschluss einen erläuternden Anhang erstellt. Es gelten dabei die allgemeinen Grundsätze zum Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 44 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW. Dem Anhang ist ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Verbindlichkeitenspiegel gemäß §§ 45 - 47 GemHVO NRW beigefügt.

Im Anhang sind die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung, die Haftungsverhältnisse und sonstigen erheblichen finanziellen Verpflichtungen sowie erforderliche, gesondert anzugebende Erläuterungen in der Form dargelegt, dass ein sachverständiger Dritter den vorliegenden Jahresabschluss hinsichtlich der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage beurteilen kann (§ 95 GO NRW).

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Vermögensbewertung erfolgt entsprechend den Regelungen der §§ 32 ff. GemHVO NRW i.V.m. § 91 Abs. 2 GO NRW, wonach neu angeschaffte Vermögensgegenstände mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten anzusetzen sind.

Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden gemäß § 43 Abs. 1 GemHVO NRW nur aktiviert, soweit sie entgeltlich erworben wurden. Hier werden in erster Linie Softwarelizenzen ausgewiesen, die im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Kaarst stehen.

Sachanlagen

Die Zugänge zum Sachanlagevermögen wurden mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten im Sinne des § 33 GemHVO NRW bewertet. Die Veränderungen sind dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Die Abschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens werden entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bemessen und linear vorgenommen. Bei Zugängen des Sachanlagevermögens wird die Abschreibung nicht über das ganze Anschaffungsjahr errechnet, sondern nur über den Zeitraum ab Anschaffung oder Herstellung, was einer Darstellung des tatsächlichen Werteverzehrs entspricht.

Die in der Ergebnisrechnung nachgewiesenen „Bilanziellen Abschreibungen“ in Höhe von 9.069 Tsd. EUR beinhalten im Wesentlichen Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau

Unter geleisteten Anzahlungen sind noch nicht vollständig erworbene Sachlagen zu verstehen, bei denen der Eigentumsübergang erst mit vollständiger Kaufpreiszahlung erfolgt. Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht vollständig fertig gestellt waren, werden als „Anlagen im Bau“ in die Bilanz aufgenommen. Insbesondere sind hier bereits geleistete Grunderwerbsteuern für noch nicht vollständig abgeschlossene Grundstückskaufverträge verbucht. Diese werden erst dann aktiviert, wenn die Grundstücksfläche vollständig mit allen Lasten und Pflichten in das Eigentum der Stadt Kaarst übergehen.

Finanzanlagen

Die Buchwerte der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen zum Bilanzstichtag fortgeschrieben. Hierbei handelt es sich im Einzelnen um folgende verbundenen Unternehmen / Beteiligungen:

- Beteiligung an der Stadtwerke Kaarst GmbH
- Beteiligung an der Regionale Bahngesellschaft mbH
- Beteiligung an der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH
- Beteiligung am Zweckverband der IT-Kooperation Rheinland (ITK-R)
- Beteiligung am Volkshochschul-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich als verbundenes Unternehmen
- Beteiligung am Wasser- und Bodenverband Nordkanal
- Beteiligung an der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG
- Beteiligung an der Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH

Nach dem novellierten nordrhein-westfälischen Sparkassengesetz sind Beteiligungen an Sparkassenzeckverbänden nicht im kommunalen Jahresabschluss anzusetzen und unterliegen dadurch einem Bilanzierungsverbot.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden mit ihrem Nennbetrag zum Bilanzstichtag bewertet. Hierbei handelt es sich um die Versorgungsrücklage am kommunalen Versorgungsrücklagenfonds (KVR-Fonds).

Die Ausleihungen – Arbeitgeberdarlehen - wurden mit dem tatsächlichen Restkapital zum Bilanzstichtag angesetzt.

Vorräte

Die auf der Aktivseite der Bilanz unter der Bilanzposition 2.1.1. erfassten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden entsprechend den gesetzlichen Regelungen einzeln zu Anschaffungskosten bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Eine Gesamtübersicht der Forderungen einschließlich der Restlaufzeiten ist dem als Anlage beigefügten Forderungsspiegel zu entnehmen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit dem Nominalwert aktiviert. Um Forderungen mit ihrem am Abschlussstichtag beizulegenden Wert anzusetzen, werden entsprechende Wertberichtungen vorgenommen. Zum Bilanzstichtag ausgewiesene Forderungen mit einem Nennwert über 5 Tsd. EUR wurden anhand des konkreten Einzelsachverhaltes beurteilt und entsprechend einzelwertberichtigt. Auf niedergeschlagene Forderungen wurde eine Einzelwertberichtigung von 100 % vorgenommen. Bei den Forderungen mit veranlasster Aussetzung der Vollziehung wurden Wertberichtigungen in Höhe von 50 % der zweifelhaften Steuerforderungen vorgenommen. Ein Sonderfall mit veranlasster Aussetzung der Vollziehung wurde mit 7,3 Mio. EUR zu 100% wertberichtigt. Dies begründet sich daraus, dass hier noch laufende Gerichtsverfahren anhängig sind, bei denen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abzusehen ist, ob diese Verfahren zugunsten der Stadt Kaarst abgeschlossen werden können. Da die Gesamtforderung insgesamt höher als die veranlasste Aussetzung der Vollziehung ist, wurde hier unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips der o.g. Betrag in voller Höhe wertberichtigt. Eingebuchte Forderungsbestände nach dem UVG werden anhand ihrer Altersstruktur analysiert und hinsichtlich des städtischen Forderungsanteils (53,4 %) einzelwertberichtigt:

- Forderungsbestände aus den Jahren 2017 – 2015 werden in Höhe von 20 % wertberichtigt,
- Forderungsbestände aus den Jahren 2014 – 2012 werden in Höhe von 35 % wertberichtigt,
- Forderungsbestände aus den Jahren 2011 – 2009 werden in Höhe von 50 % wertberichtigt sowie
- Forderungsbestände aus 2008 und früher werden in Höhe von 100 % wertberichtigt.

Auf alle übrigen Forderungen aus dem Jahr 2017 wurde eine pauschale Wertberichtigung von 30 % vorgenommen. Auf Forderungen aus dem Jahr 2016 wurde eine pauschale Wertberichtigung von 60 % und für ältere Forderungen von 100 % vorgenommen. Eine Übersicht über die vorgenommenen Wertberichtigungen 2017 ist nach dem Forderungsspiegel eingefügt.

Die Forderungen nach § 107b BeamtVG wurden mit dem Barwert aktiviert. Geleistete Zuwendungen sind mit den Nennbeträgen berücksichtigt worden.

Grundstücke, die nicht mehr im Rahmen der städtischen Bodenbevorratung genutzt werden sollen und sich zum Bilanzstichtag in der Vermarktung befanden, wurden mit dem Wert der Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet und als „Sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesen. Grundstücksflächen die einer wohnungsmäßigen oder gewerblichen Weiterentwicklung unterliegen, werden aus dem Anlagevermögen in das Umlaufvermögen umgegliedert.

Liquide Mittel

Als liquide Mittel wurden sämtliche Kassenbestände, Handvorschüsse und Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen. Der Ansatz erfolgte zum Nennbetrag. Vorhandene Geldbestände, die von der Stadt treuhänderisch verwaltet werden, werden nicht ausgewiesen.

Negative Bankbestände werden im gegebenen Fall als Verbindlichkeit aus Krediten zur Liquiditätssicherung auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Veränderung der liquiden Mittel ergibt sich im Ergebnis neben dem Saldo der Finanzrechnung des städtischen Kernhaushaltes (+ 16.168 Tsd. EUR) auch aus der Veränderung der Zahlungsmittel im Sonderhaushalt „Sozialhilfe“ (+ 16 Tsd. EUR).

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag verausgabte Zahlungen ausgewiesen, die erst nach dem Bilanzstichtag Aufwand darstellen. Dieser Bilanzposten umfasst vor allem geleistete Zuwendungen, Beiträge für die RVK sowie die Beamtenbesoldung für Januar 2018.

Im Jahr 2017 wurden seitens der Stadt Kaarst Investitionsförderungen in zwei Kindertagesstätten durchgeführt. Hierbei handelt es sich um zweckgebundene Fördergelder. Für die Zeit der Zweckbindung sind aktive Rechnungsposten zu verbuchen.

Passiva

Allgemeine Rücklage

Durch das NKF-Weiterentwicklungsgesetz wurde § 43 Abs. 3 GO NRW dahingehend verändert, als dass Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang von Anlagevermögen und der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen sind.

Für das Berichtsjahr 2017 bedeutet dies, dass insgesamt 238 Tsd. Euro an Aufwendungen aus dem Abgang von Anlagevermögen gegen die Allgemeine Rücklage zu verrechnen waren. Gleichzeitig konnten Erträge aus dem Abgang des Anlagevermögens 4 Tsd. EUR gegen die Allgemeine Rücklage verrechnet werden, so dass diese im Saldo eine Verringerung von 234 Tsd. EUR erfahren hat.

Deckungsermächtigungen für Aufwendungen im Sinne des § 22 GemHVO NRW, die über eine zweckgebundene Deckungsrücklage auszuweisen wären, wurden nicht übertragen. Im Jahresabschluss 2017 übertragene Deckungsermächtigungen für investive Auszahlungen werden hingegen in der Bilanz nicht ausgewiesen, sondern werden im Lagebericht dargestellt.

Ausgleichsrücklage

Mit Beschluss des Stadtrates vom 14.12.2017 wurde das Jahresergebnis 2016 i. H. v. - 5.268 Tsd. Euro aus der Ausgleichsrücklage gedeckt, die sich dadurch auf 4.303 Tsd. EUR vermindert hat.

Sonderposten

Sonderposten für Zuwendungen

Zweckgebundene Zuwendungen stehen aufgrund entsprechender Auflagen durch den Zuwendungsgeber nicht zur freien Verfügung, sondern die Auszahlung ist auf bestimmte Investitionsmaßnahmen beschränkt. Diese Zuwendungen sind in der Bilanz zu passivieren und als Sonderposten darzustellen. Für geleistete Sachspenden wurden Sonderposten mit gleichem Wertansatz des gespendeten Vermögensgegenstands passiviert. Mit Inbetriebnahme der bezuschussten Vermögensgegenstände werden die entsprechenden Sonderposten ertragswirksam über den Zeitraum der Nutzung des zugehörigen Anlagegutes aufgelöst.

Sonderposten für Beiträge

Beiträge sind Ersatzleistungen für die Anschaffung, Herstellung oder Erweiterung öffentlicher Anlagen. Bei den Beiträgen für Straßenvermögen und Kanalvermögen differenziert man zwischen Erschließungsbeiträgen und Kanalanschlussbeiträgen.

Die Auflösung erfolgt analog der Nutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

Sonderposten für den Gebührenausgleich

Sonderposten für den Gebührenausgleich sind in Höhe der nach den abgabenrechtlichen Bestimmungen tatsächlich festgestellten Kostenüberdeckungen in Gebührenhaushalten angesetzt, soweit diese den Gebührenhaushalten noch nicht wieder zugeführt wurden.

Für den Gebührenhaushalt 2017 wurden für die Grundstückskläranlagen Sonderposten in Höhe von 4 Tsd. EUR gebildet. Der Bestand beträgt insgesamt 9 Tsd. EUR zum 31.12.2017.

Aus dem Sonderposten für den Gebührenhaushalt Straßenreinigung mit Winterdienst wurden für den Jahresabschluss 2017 insgesamt 39 Tsd. EUR (Straßenreinigung mit Winterdienst) aufgelöst, so dass dieser insgesamt einen Bestand von 104 Tsd. EUR aufweist.

Der Sonderposten Abfallentsorgung wurde im Haushaltsjahr 2017 durch Zuführung von 104 Tsd. EUR auf 796 Tsd. EUR erhöht.

Im Gebührenhaushalt Abwasserbeseitigung wurde im Berichtszeitraum der Sonderposten in Höhe von 59 Tsd. EUR erhöht. Der Bestand zum 31.12.2017 beträgt 195 Tsd. EUR.

Die „Sonstigen Sonderposten“ umfassen im Wesentlichen erhaltene Gelder für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Eine Aufstellung der Veränderungen in den Sonderposten ist dem als Anlage beigefügten Sonderpostenspiegel zu entnehmen.

Rückstellungen

Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen

Die Bezüge der Versorgungsempfänger der Stadt Kaarst werden durch den Anschluss an die Rheinische Versorgungskasse (RVK) von dort ausgezahlt. Unmittelbare Zahlungsverpflichtungen der Stadt den Versorgungsempfängern gegenüber bestehen insoweit nicht. Dennoch verbleibt ein mittelbarer Zahlungsanspruch der Versorgungsempfänger gegenüber der Stadt Kaarst, welcher entsprechend als ungewisse Verbindlichkeit zu bilanzieren ist.

Die unter Bilanzposition 3.1 gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO NRW ausgewiesenen Pensions- und Beihilferückstellungen sind von der RVK unter Verwendung der Richttafeln von Heubeck (2005 G) ermittelt worden.

Instandhaltungsrückstellungen

Die bilanzierten Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wurden mit ihrem voraussichtlichen Auszahlungsbetrag für die Durchführung der einzelnen Maßnahmen angesetzt. Dabei wurden nur für solche Instandhaltungsmaßnahmen Rückstellungen gebildet, deren Durchführung zum Bilanzstichtag hinreichend konkret beabsichtigt war. Die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Instandhaltungsrückstellungen im Berichtsjahr:

Instandhaltungsrückstellung für ...	Stand 31.12.16	Veränderungen 2017	Stand 31.12.2017
Schulgebäude Albert-Einstein-Gymnasium	53.548,77	0,00	53.548,77
Zweifachturnhalle Albert-Einstein-Gymnasium	47.390,85	-47.390,85	0,00
Schulgebäude Georg-Büchner-Gymnasium	137.039,28	-137.039,28	0,00
Schulgebäude Realschule Büttgen	30.000,00	-30.000,00	0,00
Schulgebäude Realschule Kaarst	40.000,00	-40.000,00	0,00
Turnhalle Realschule Kaarst	7.281,45	-7.281,45	0,00
Schulgebäude Hauptschule Büttgen	19.600,00	-19.600,00	0,00
Schulgebäude GGS Stakerseite	430.000,00	-430.000,00	0,00
Schulgebäude KGS Kaarst	3.819,01	-3.819,01	0,00
Turnhalle KGS Kaarst	40.000,00	-26.052,25	13.947,75
Rathaus Kaarst	12.885,82	-12.885,82	0,00
Rathaus Büttgen	21.064,19	-21.064,19	0,00
Hausmeisterhaus GGS Astrid-Lindgren-Schule	856,50	-856,50	0,00
Hausmeisterhaus Georg-Büchner-Gymnasium	35.000,00	-248,63	34.751,37
Platzwarthaus Sportanlage Büttgen	20.500,00	-20.500,00	0,00
Mehrfamilienhaus Kolpingstraße 10	36.000,00	-36.000,00	0,00
Hallenbad Büttgen	100.183,47	-100.183,47	0,00
Lichtfassade AEG	494.147,91	-312.740,10	181.407,81
Brandschutzmaßnahmen	5.000,00	-5.000,00	0,00
Leittechnik Feuerwehr	18.010,65	-18.010,65	0,00
Sporthallen	0,00	+15.766,43	15.766,43
Schallgutachten	0,00	+5.474,00	5.474,00
	1.552.327,90	**1.247.431,77**	**304.896,13**

Aufgliederung der sonstigen Rückstellungen (§ 44 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO NRW)

Die sonstigen Rückstellungen im Sinne des § 36 Abs. 4 GemHVO NRW umfassen Rückstellungen für zum Bilanzstichtag nicht ausgezahlte Essensgelder der Kindertagesstätten, für die örtliche und überörtliche Rechnungsprüfung sowie für entstehende Kosten für die Aufbewahrungspflichten von Geschäftsunterlagen. Darüber hinaus wurden verschiedene Rückstellungen gebildet, die dem als Anlage beigefügten Rückstellungsspiegel zu entnehmen sind. Voraussetzung für die Bildung dieser Rückstellungen ist es, dass eine Inanspruchnahme hinreichend wahrscheinlich ist.

Im Bereich der Personalwirtschaft wurden Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit, für nicht in Anspruch genommenen Urlaub sowie für geleistete Überstunden gebildet. Deren Anpassung beruht auf den aktuell angepassten Stundensätzen nach KGST-Gutachten „Kosten eines Arbeitsplatzes“ sowie den aktuellen Daten zu Überstunden und Urlaub.

Darüber hinaus wurden die gebildeten Rückstellungen für mittelbare Versorgungsverpflichtungen aus Dienstherrenwechsel nach § 107b BeamtVG fortgeschrieben.
Die detaillierte Entwicklung der Rückstellungen ist dem als Anlage beigefügten Rückstellungsspiegel zu entnehmen.

Verbindlichkeiten
Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten wurde nicht vorgenommen. Weitere Einzelheiten gehen aus dem als Anlage beigefügten Verbindlichkeitenspiegel hervor.

Unter die Verbindlichkeiten fallen auch Finanzierungsbeteiligungen Dritter für städtische Investitionsmaßnahmen, die bis zum Bilanzstichtag nicht zweckentsprechend verwendet werden konnten. Diese werden als erhaltene Anzahlungen ausgewiesen. Hierzu gehören neben nicht verwendeten Pauschalzuweisungen u.a. auch die Ablösezahlungen für Stellplätze. Diese werden erst nach deren Verwendung in die Sonderposten umgegliedert und werden dann analog zu den Nutzungsdauern der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst.

Stand 31.12.2016	Ablösezahlung in 2017	Bildung Sonderposten in 2017	Stand 31.12.2017
642.387,00 EUR	7.800,00 EUR	70.000,00 EUR	**580.187,00 EUR**

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag sowohl vereinnahmte Friedhofsgebühren der Grabnutzungen, als auch vereinnahmte Zuschüsse für Förderungen im Bereich Schule und Kita ausgewiesen. Der Ansatz der passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt für Einnahmen, die für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag einen Ertrag darstellen.

Sonstige Angaben nach § 44 GemHVO NRW

Haftungsverhältnisse (§ 44 Abs. 1 GemHVO NRW)

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende Bürgschaften:

Nr.	Übernahme Datum	Laufzeit/ Frist	Hauptschuldner, für die gebürgt wurde	Betrag In Euro	Verwendungszweck
1	01.10.1993	30.09.2018	Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege	**46.016,27 (jährlich)**	Ausfallbürgschaft für nicht gedeckte Betriebskosten des Tuppenhofs
2	19.04.1999	15.08.2019	Regionale Bahngesellschaft	**8.004,39**	Darlehensaufnahme bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Planung und Durchführung von Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Betriebsaufnahme
3	27.08.1999	22.06.2019	Trägerverein Sportforum Kaarst-Büttgen e.V.	**904.679,86**	Sicherung eines eventuellen Rückforderungsanspruches des Landes NRW aus der Zuwendung zur Modernisierung des Leistungszentrums/Bundesleistungsstützpunktes Radsport
4	27.01.2000	15.08.2019	Regionale Bahngesellschaft	**13.326,27**	Darlehensaufnahme bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Finanzierung neuer Fahrzeuge
6	27.01.2000	15.08.2019	Regionale Bahngesellschaft	**99.223,71**	Darlehensaufnahme bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Finanzierung von Baumaßnahmen
7	15.09.2005	dauerhaft	Trägerverein Sportforum Kaarst-Büttgen e.V.	**522.388,45**	Darlehensaufnahme bei der Sparkasse Neuss zur Umfinanzierung und Ablösung bestehender Terminkredite
	Summe:			**1.593.638,95**	

Finanzielle Verpflichtungen (§ 44 Abs. 1 GemHVO NRW)

Die Stadt Kaarst ist Mitglied in verschiedenen Zweckverbänden, in deren Satzung die Deckung des Finanzbedarfs über eine Verbandsumlage festgelegt ist, sofern andere Finanzierungsquellen nicht ausreichen. Die Höhe der Verbandsumlage wird hier jährlich im Rahmen einer Haushaltssatzung festgesetzt. Die Verteilung der Verbandsumlage wird in den jeweiligen Satzungen anhand von Schlüsselgrößen festgelegt.

Im Einzelnen bestehen Mitgliedschaften in folgenden Zweckverbänden aus denen sich Zahlungsverpflichtungen ergeben können:

- Volkshochschulzweckverband Kaarst-Korschenbroich
- Erftverband
- Wasser- und Bodenverband „Nordkanal“
- Zweckverband IT-Kooperation Rheinland

Im Rahmen der Beteiligung an der Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH partizipiert die Stadt Kaarst als Anteilseignerin im Rahmen einer Verlustbeteiligung jährlich an den Kosten des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV).

Die Stadt Kaarst ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Köln (RZVK). Gegenüber den tariflich Beschäftigten besteht für den Fall, dass die RZVK ihren Versorgungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, eine subsidiäre Einstandspflicht. Die Beitragssätze zur RZVK betragen für den Berichtszeitraum 4,2 % sowie 3,5 % als Sanierungsgelder zur Deckung von systemwechselbedingten Fehlbeträgen. Ein darüber hinaus gehender Beitrag von den Tarifbeschäftigten wird nicht erhoben, jedoch können diese auf freiwilliger Basis weitere Beiträge für die Zusatzversorgung leisten (z.B. im Rahmen von Entgeltumwandlungen). Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter beträgt für das Haushaltsjahr 2017 insgesamt rund 15.937 Tsd. EUR.

Über die als Verbindlichkeiten passivierten Zahlungsverpflichtungen hinaus bestanden zum Bilanzstichtag keine Verpflichtungen aus Bestellobligo.

Abweichungen vom Grundsatz der Einzelbewertung (§ 44 Abs. 2 Nr. 3 GemHVO NRW)
Im Rahmen der Inventarisierung der beweglichen Sachanlagegüter für die Eröffnungsbilanz wurden für als Nutzungseinheit genutzte Vermögensgegenstände Sachgesamtheiten definiert. Diese Sachgesamtheiten sind als verbindlich in Bezug auf ihre Anwendung und ihre Zusammensetzung erklärt worden. Für die definierten Sachgesamtheiten gilt, dass die beinhalteten Vermögensgegenstände nicht einzeln zu erfassen waren, sondern insgesamt als ein Vermögensgegenstand gesehen und im Rahmen der Vermögenserfassung als solche in das Inventar aufgenommen wurden. Die gebildeten Sachgesamtheiten wurden grundsätzlich im Rahmen der zulässigen Bewertungsvereinfachungsmöglichkeiten nach § 34 Abs. 3 GemHVO NRW im Rahmen eines Gruppenwertes mit den tatsächlichen Anschaffungskosten bewertet und in die Anlagenbuchhaltung mit diesem Wert eingestellt. Die anzusetzende Restnutzungsdauer der Sachgesamtheit wurde jeweils mit der Gesamtnutzungsdauer nach den für die Stadt Kaarst geltenden Abschreibungssätzen in die Bilanz eingestellt.

Von der Möglichkeit der Festwertbildung wurde in Einzelfällen Gebrauch gemacht, sofern die Tatbestandsvoraussetzungen nach § 34 Abs. 1 GemHVO NRW vorlagen und der Festwert unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsprinzips als sachgerecht gesehen wurde.

Für bilanzierte Aufwüchse des unbebauten Grundvermögens sowie für die Beladung der städtischen Feuerwehrfahrzeuge wurde ebenfalls ein pauschaliertes Festwertverfahren im Sinne des § 34 Abs. 1 GemHVO NRW angewendet.

Abweichungen von den Abschreibungsgrundsätzen (§ 44 Abs. 2 Nr. 6 GemHVO NRW)
Eine Abweichung von der Methode der linearen Abschreibung wurde für das Jahr 2017 nicht vorgenommen.

Nicht abgerechnete Erschließungsmaßnahmen (§ 44 Abs. 2 Nr. 7 GemHVO NRW)
Zum Bilanzstichtag gab es keine nicht abgerechneten Erschließungsmaßnahmen, bei denen eine sachliche Beitragspflicht bestand.

Verpflichtung aus mehrjährigen Schuldrechtsverhältnissen
(§ 44 Abs. 2 Nr. 9 GemHVO NRW)

Es bestehen finanzielle Verpflichtungen aus mehrjährigen Schuldrechtsverhältnissen in Höhe von insgesamt 8.787.868 Tsd. EUR p.a., die sich im Einzelnen auf die nachfolgend aufgeführten Vertragsarten aufteilen:

Mietverträge	36.642 €
Pachtverträge	30.969 €
Dienstleistungsvertrag	5.298.277 €
Öffentlich-rechtliche Verträge	2.423.732 €
Kooperationsvereinbarung	74.637 €
Wartungsverträge	71.459 €
Zuschussvereinbarung	12.960 €
Erbbauverträge	1.157 €
Leasingverträge	462.284 €
Vereinbarung	375.751 €
	8.787.868 €

Anlagenspiegel 2017

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen			Buchwert	
	Stand am 31.12. des	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen*	Zuschreibungen	Kumulierte	am 31.12. des Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	**191.657,07**	**4.185,33**	**0,00**	**40.000,00**	**4.810,83**	**0,00**	**175.783,28**	**60.059,12**	**20.684,62**
1.2 Sachanlagen						**0,00**			
1.2.1 Unbeb. Grundstücke und grundstückgl. Rechte	**48.587.584,59**	**94.545,41**	**0,00**	**-461.283,27**	**269.583,15**	**0,00**	**1.720.562,81**	**46.500.283,92**	**47.136.604,93**
1.2.1.1 Grünflächen	25.692.875,98	85.152,31	0,00	-179.342,45	268.864,52	0,00	1.687.820,13	23.910.865,71	24.273.920,37
1.2.1.2 Ackerland	11.216.512,16	573,44	0,00	-111.265,00	0,00	0,00	0,00	11.105.820,60	11.216.512,16
1.2.1.3 Wald, Forsten	2.077.903,67	8.819,66	0,00	-7.186,00	0,00	0,00	27.407,50	2.052.129,83	2.050.496,17
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	9.600.292,78	0,00	0,00	-163.489,82	718,63	0,00	5.335,18	9.431.467,78	9.595.676,23
1.2.2 Beb. Grundstücke u. grundstücksgl. Rechte	**173.087.697,57**	**4.559.679,08**	**0,00**	**2.891.231,37**	**3.650.357,66**	**0,00**	**37.957.364,95**	**142.581.243,07**	**138.780.690,28**
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	22.611.227,59	412.628,07	0,00	826.701,82	457.212,13	0,00	2.872.527,65	20.978.029,83	20.213.345,94
1.2.2.2 Schulen	84.379.706,84	2.242.920,28	0,00	2.842.006,16	1.874.106,10	0,00	22.870.281,01	66.594.352,27	63.383.531,93
1.2.2.3 Wohnbauten	12.610.715,98	1.855.334,85	0,00	-819.969,42	296.767,41	0,00	1.852.593,70	11.793.487,71	11.037.455,82
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	53.486.047,16	48.795,88	0,00	42.492,81	1.022.272,02	0,00	10.361.962,59	43.215.373,26	44.146.356,59
1.2.3 Infrastrukturvermögen	**158.871.596,56**	**1.085.166,09**	**-413.740,24**	**426.110,47**	**3.798.400,83**	**0,00**	**40.250.487,04**	**119.718.645,84**	122.243.529,88
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögen	39.045.362,78	47.337,84	0,00	8.301,85	1.356,85	0,00	23.996,85	39.077.005,62	39.022.722,78
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	309.026,13	942,32	0,00	0,00	9.559,79	0,00	51.745,90	258.222,55	266.840,02
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlage	45.683.695,97	70.377,41	0,00	81.686,79	1.383.321,12	0,00	14.791.022,03	31.044.738,14	32.275.995,06
1.2.3.5 Straßennetz m. Wegen, Plätzen	73.422.594,61	948.491,92	-413.740,24	158.012,74	2.387.946,02	0,00	25.269.724,15	48.845.634,88	50.364.836,01
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögen	410.917,07	18.016,60	0,00	178.109,09	16.217,05	0,00	113.998,11	493.044,65	313.136,01
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	**12.766.029,90**	**77.548,10**	**0,00**	**155.636,41**	**423.059,64**	**0,00**	**4.586.302,21**	**8.412.912,20**	**8.602.787,33**
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	**360.711,69**	**4.498,57**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**365.210,26**	**360.711,69**
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen,	**5.235.935,10**	**241.845,89**	**0,00**	**0,00**	**317.508,59**	**0,00**	**2.347.756,47**	**3.130.024,52**	**3.205.687,22**
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	**6.392.538,74**	**380.678,51**	**0,00**	**31.884,11**	**347.871,80**	**0,00**	**3.892.528,65**	**2.912.572,71**	**2.847.881,89**
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, AIB	**8.195.736,59**	**1.660.217,88**	**0,00**	**-4.764.070,49**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**5.091.883,98**	**8.195.736,59**
	413.689.487,81	**8.108.364,86**	**-413.740,24**	**-1.680.491,40**	**8.811.592,50**	**0,00**	**90.930.785,41**	**328.772.835,62**	**331.394.314,43**
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	8.830.188,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.418,56	**8.837.769,44**	**8.812.769,44**
3.2 Beteiligungen	439.011,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**439.011,26**	**439.011,26**
3.3 Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	1.599.632,86	180.056,09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**1.779.688,95**	**1.599.632,86**
3.5 Ausleihungen	**17.831,81**	0,00	**-4.466,83**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**13.364,98**	**17.831,81**
3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	17.831,81	0,00	-4.466,83	0,00	0,00	0,00	0,00	**13.364,98**	**17.831,81**
	10.886.663,93	**205.056,09**	**-4.466,83**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**17.418,56**	**11.069.834,63**	**10.869.245,37**
Gesamtsummen	**424.576.151,74**	**8.313.420,95**	**-418.207,07**	**-1.680.491,40**	**8.811.592,50**	**0,00**	**90.948.203,97**	**339.842.670,25**	**342.263.559,80**

Bei den Grundstücken des Umlaufvermögens sind Zugänge in Höhe von 1.680.491,40 Euro verbucht, so dass der Saldo der Umbuchungen insgesamt Null ausweist.
Anm.: Der Differenzbetrag zu den bil. Abschreibungen in der Ergebnisrechnung ist unter dem Konto 1991000 (150.121,01 Euro) verbucht, bzw. ergibt sich aus Abschreibungen von Forderungen (95.257,74 Euro) und Abschreibungen des Umlaufvermögens (12.360,18 Euro).

Forderungsspiegel 2017

Art der Forderung	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1 – 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Gesamtbetrag des Vorjahres
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
A. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	**8.395.505,71**	**7.930.375,71**	**465.130,00**	**0,00**	**3.979.715,24**
I. Gebühren	342.160,29	342.160,29	0,00	0,00	155.088,09
II. Beiträge	10.152,74	10.152,74	0,00	0,00	10.679,72
III. Steuern	5.681.174,34	5.681.174,34	0,00	0,00	1.930.254,54
IV. Forderungen aus Transferleistungen	727.002,94	727.002,94	0,00	0,00	201.941,82
V. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	1.635.015,40	1.169.885,40	465.130,00	0,00	1.681.751,07
B. Privatrechtliche Forderungen	**857.853,28**	**857.853,28**	**0,00**	**0,00**	**503.543,72**
I. gegenüber dem privaten Bereich	749.613,43	749.613,43	0,00	0,00	465.105,69
II. gegenüber dem öffentlichen Bereich	108.239,85	108.239,85	0,00	0,00	38.438,03
C. sonst. Vermögensgegenstände (ohne Grundstücke des Umlaufvermögens)	276.893,44	276.893,44	0,00	0,00	220.252,60
Summe aller Forderungen	**9.530.252,43**	**9.065.122,43**	**465.130,00**	**0,00**	**4.703.511,56**

Darstellung der Wertberichtigungen 2017

			Einzelwertberichtigungen				Pauschalwertberichtigungen					
	Art der Forderung	Forderungs-bestand zum 31.12.2017	UVG	ADV	Niederschlagung	größer 5.000 Euro	Forderungen bis 1 Jahr (30 %)	Forderungen 1 bis 2 Jahre (60 %)	Forderungen größer 2 Jahre (100 %)	SUMME PWB	Wert-berichtigungen zum 31.12.2017	Bilanzausweis 2017
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO		EURO	EURO
2.2.1.1.	Gebühren	498.427,77	0,00	0,00	36.881,40	0,00	10.050,53	11.212,32	98.123,23	119.386,08	156.267,48	342.160,29
2.2.1.2.	Beiträge	158.793,20	0,00	0,00	33.942,57	109.004,79	480,90	1.306,20	3.906,00	5.693,10	148.640,46	10.152,74
2.2.1.3.	Steuern	17.226.472,20	0,00	7.300.304,80	2.632.386,28	1.140.382,53	49.422,13	47.712,43	375.089,69	472.224,25	11.545.297,86	5.681.174,34
2.2.1.4.	Transferleistungen	733.506,87	0,00	0,00	249,25	0,00	125,00	18,08	6.111,60	6.254,68	6.503,93	727.002,94
2.2.1.5.	sonstige öffentlich-rechtliche Forderung	2.282.739,09	33,25	0,00	117.740,15	263.665,03	21.833,07	20.162,08	224.290,11	266.285,26	647.723,69	1.635.015,40
2.2.2.	Privatrechtliche Forderungen	1.057.773,41	0,00	0,00	115.788,87	47.896,89	2.486,06	4.637,92	29.110,39	36.234,37	199.920,13	857.853,28
2.2.3.	sonstige Vermögensgegenstände *)	755.618,99	380.867,11	0,00	94.201,76	0,00	2.902,85	0,00	753,83	3.656,68	478.725,55	276.893,44
		22.713.331,53	**380.900,36**	**7.300.304,80**	**3.031.190,28**	**1.560.949,24**	**87.300,54**	**85.049,03**	**737.384,85**	**909.734,42**	**13.183.079,10**	**9.530.252,43**

*) Die sonstigen privatrechtlichen Forderungen sind Bestandteil der Bilanzposition sonst. Vermögensgegenstände. Daher entspricht hier der Bilanzausweis 2017 nicht dem tatsächlichen Ausweis in der Bilanz, da hierin noch Grundstücke des Umlaufvermögens enthalten sind.

Verbindlichkeitenspiegel 2017

Verbindlichkeitenspiegel zum 31.12.2017						
	Art der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1 – 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Gesamtbetrag des Vorjahres
						EURO
1.	Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	16.428.388,81 €	0,00 €	0,00 €	16.428.388,81 €	10.503.496,32 €
2.1.	von verbundenen Unternehmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.2.	von Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.3.	von Sondervermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.4.	vom öffentlichen Bereich	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2.5.	von Kreditinstituten	16.428.388,81 €	0,00 €	0,00 €	16.428.388,81 €	10.503.496,32 €
3.	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	150.450,00 €	0,00 €	0,00 €	150.450,00 €	0,00 €
4.	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	4.841,87 €	0,00 €	0,00 €	4.841,87 €	37,53 €
5.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.829.336,52 €	2.829.336,52 €	0,00 €	0,00 €	2.429.806,03 €
6.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	3.154.248,14 €	3.154.248,14 €	0,00 €	0,00 €	3.444.491,12 €
7.	sonstige Verbindlichkeiten	4.728.676,04 €	2.940.561,55 €	0,00 €	1.788.114,49 €	8.949.934,99 €
8.	erhaltene Anzahlungen	6.977.331,27 €	6.977.331,27 €	0,00 €	0,00 €	4.777.946,96 €
9.	**Summe aller Verbindlichkeiten**	**34.273.272,65 €**	**15.901.477,48 €**	**0,00 €**	**18.371.795,17 €**	**30.105.712,95 €**
	Nachrichtlich					
	Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten von Drittten (z.B. Bürgschaften)	4.352.124,69 €				
	Treuhandvermögen (z.B. Kautionen und Sicherheitshinterlegungen u.ä.)	164.919,26 €				

Rückstellungsspiegel 2017

Rückstellungsspiegel zum Jahresabschluss 2017

Rückstellung	Stand 31.12.2016	Zugang	Inanspruchnahme (gegen Aufwand)	Auflösung (gegen Ertrag)	Umbuchungen	Stand 31.12.2017
Pensionsrückstellungen	**51.820.252,00 €**	**5.015.359,81 €**	**-2.529.576,81 €**	**-375.328,00 €**	**0,00 €**	**53.930.707,00 €**
Instandhaltungsrückstellungen	**1.552.327,90 €**	**21.240,43 €**	**-736.207,28 €**	**-532.464,92 €**	**0,00 €**	**304.896,13 €**
Rückstellungen für die überörtliche Prüfung der Haushaltsjahres 2015 - 2018	100.000,00 €	28.116,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	128.116,00 €
Rückstellungen für die Prüfungen der Jahresabschlüsse	51.884,00 €	51.884,00 €	-37.961,00 €	0,00 €	0,00 €	65.807,00 €
Rückstellungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	262.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	262.000,00 €
Rückstellungen für Essensgelder Kindertagesstätten	86.679,91 €	82.005,57 €	-86.679,91 €	0,00 €	0,00 €	82.005,57 €
Rückstellung Gewerbesteuerforderung	438.148,92 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	438.148,92 €
Rückstellungen für § 107 b BeamtVG-Fälle	606.125,00 €	0,00 €	0,00 €	-18.438,00 €	0,00 €	587.687,00 €
Rückstellung Erstattung Zuwendungsmittel OGATA Römerstraße	68.450,80 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	68.450,80 €
Rückstellungen für Altersteilzeit - Beamte	75.158,00 €	0,00 €	-25.198,50 €	0,00 €	0,00 €	49.959,50 €
Rückstellungen für Altersteilzeit - tariflich Beschäftigte	166.699,00 €	51.565,54 €	-88.002,36 €	0,00 €	0,00 €	130.262,18 €
Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub - Beamte	452.308,53 €	449.268,65 €	-452.308,53 €	0,00 €	0,00 €	449.268,65 €
Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub - tarifl. Beschäftigte	549.288,70 €	583.314,50 €	-549.288,70 €	0,00 €	0,00 €	583.314,50 €
Rückstellungen für geleistete Überstunden - Beamte	226.256,80 €	112.750,47 €	-226.256,80 €	0,00 €	0,00 €	112.750,47 €
Rückstellungen für geleistete Überstunden - tarifl. Beschäftigte	321.081,51 €	167.356,65 €	-321.081,51 €	0,00 €	0,00 €	167.356,65 €
Rückstellung für ausstehende Stromrechnungen	104.648,93 €	210.000,00 €	-73.517,40 €	-31.131,53 €	0,00 €	210.000,00 €
Rückstellung für ausstehende Rechnungen Gebäudewirtschaft	5.000,00 €	2.000,00 €	-5.000,00 €	0,00 €	0,00 €	2.000,00 €
Übertrag	53.372.579,90 €	5.036.600,24 €	-3.265.784,09 €	-907.792,92 €	0,00 €	54.235.603,13 €

Rückstellungsspiegel 2017

Rückstellung	Stand 31.12.2016	Zugang	Inanspruchnahme (gegen Aufwand)	Auflösung (gegen Ertrag)	Umbuchungen	Stand 31.12.2017
Übertrag	53.372.579,90 €	5.036.600,24 €	-3.265.784,09 €	-907.792,92 €	0,00 €	54.235.603,13 €
Rückstellung für ausstehende Rechnungen	13.290,83 €	0,00 €	-2.835,03 €	-10.455,80 €	0,00 €	0,00 €
Rückstellung Gründung Bäder GmbH	25.334,28 €	0,00 €	-17.198,24 €	0,00 €	0,00 €	8.136,04 €
Rückstellung Begleitung Gesamtabschluss	19.974,62 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	19.974,62 €
Rückstellung f. die Erstellung Sportstättenbedarfsplan	50.000,00 €	0,00 €	-37.485,00 €	0,00 €	0,00 €	12.515,00 €
Rückstellung f. die Errichtung Rettungsw ache Kaarst	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	20.000,00 €
Rückstellung f. das Gutachten Sportforum	2.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	2.000,00 €
Rückstellung Planungskosten Hoverkamp	11.151,87 €	0,00 €	-1.190,00 €	0,00 €	0,00 €	9.961,87 €
Rückstellung ausstehende Rechnungen	22.079,15 €	0,00 €	-22.079,15 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Rückstellung Gründung Eigenbetrieb	0,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	25.000,00 €
Rückstellung Energiecontrolling Bereich 69	15.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	15.000,00 €
sonst. Rückstellung nach § 36 Abs. 4 GemHVO	**3.692.560,85 €**	**1.763.261,38 €**	**-1.946.082,13 €**	**-60.025,33 €**	**0,00 €**	**3.449.714,77 €**
Gesamt	**57.065.140,75 €**	**6.799.861,62 €**	**-5.211.866,22 €**	**-967.818,25 €**	**0,00 €**	**57.685.317,90 €**

S o n d e r p o s t e n s p i e g e l 2 0 1 7

	Sonderposten 31.12.2016	Zugänge	Abgänge	Umbuchung	Auflösung	Endstand 31.12.2017
2. SONDERPOSTEN						
2.1 für Zuwendungen	**82.245.218,63**	**682.932,92**	**-615,89**	**0,00**	**3.014.860,05**	**79.912.675,61**
2.2 für Beiträge	**57.049.570,80**	**0,00**	**0,00**	**19.957,76**	**1.418.340,80**	**55.651.187,76**
2.3 für den Gebührenausgleich	**977.898,85**	**166.460,60**	**0,00**	**0,00**	**39.399,91**	**1.104.959,54**
Grundstückskläranlagen	5.325,75	3.823,87	0,00	0,00	0,00	**9.149,62**
Straßenreinigung/Winterdienst	143.245,34	399,34	0,00	0,00	39.399,91	**104.244,77**
Abfallentsorgung	692.668,98	103.604,41	0,00	0,00	0,00	**796.273,39**
Abwasserbeseitigung	136.658,78	58.632,98	0,00	0,00	0,00	**195.291,76**
Friedhöfe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
2.4 Sonstige Sonderposten	**37.413,07**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**4.376,62**	**33.036,45**
SUMME SONDERPOSTEN	**140.310.101,35**	**849.393,52**	**-615,89**	**19.957,76**	**4.476.977,38**	**136.701.859,36**

Nutzungsdauertabelle

Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude und bauliche Anlagen	
Abwasserkanäle	70
Blockhaus	10
Feuerwehrgerätehäuser (massiv)	55
Friedhofsaufbauten (Stelen, Grabeinfassungen, etc.)	25
Hallen, Tennis-, Turn- und Sport-	40
Kindergärten, Kindertagesstätten	65
Pavillion (Leichtbauweise)	20
Regenrückhaltebecken	40
Schulen und Berufsschulen	70
Sporthallen (Massiv)	50
Sachgesamtheit Sportplätze	25
Wohncontainer/mobile Übergangswohnheime	20
Straßen, Wege, Plätze (Grundstückseinrichtungen)	
Bolzplätze (rote Erde)	10
Fahrradständer (mobil)	10
Fahrradständer (offen)	15
Kleinspielplätze	10
Lärmschutzwall	40
Parkplätze (in Kies, Schotter, Schlacken)	9
Parkplätze (mit Packlage)	19
Spielplätze	10
Skateanlagen (Halfpipe)	10
Sportplätze (Rasen- und Hartplätze und Kunstrasenplätze)	20
Straßen (Anliegerstraßen und Plätze ohne Straßenverkehr)	50
Straßen (Hauptverkehrsstraßen)	50
Straßen (Parkflächen - Straßenverkehr)	50
Straßen (Sammelstraßen mit Straßenverkehr)	50
Technische Anlagen (Betriebsanlagen)	
Abwasserhebeanlagen (maschineller Teil, sonstige Pumpen)	10
Alarmanlagen	15
Alarmgeber (Rettungsdienst)	5
Beleuchtungsanlagen (fest)	25
Beleuchtungsanlagen (mobil)	(20)
Blockheizkraftwerke	10
Cafeteria (Schulen)	20
Internetverkablung incl EDV-Anlagen (Realschulen)	8
Klimaanlagen	10
Kompressoren	15
Stromgeneratoren	15
Schwingböden (Turnhallen)	20
Telekommunikationseinrichtungen	10
Tribünenanlagen (Turnhallen)	20
Transportcontainer (Container Hakenlifter, Kleincontainer)	10
Vermessungsgeräte (elektronisch)	8
Beleuchtungskörper	25
Kabel	50
Masten	50
Schaltschränke	30

Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
Maschinen und Geräte, Betriebsausstattung	
Atemschutzgerät	6
Atemschutzmaske	6
Ballonleuchte	8
Bänke aus Holz	9
Chemikalienschutzanzug	3
Einachser (Ferrari)	10
Einsatzbekleidung Feuerwehr	5
Fettabscheider	5
Freischneider	10
Grabeinfassungen	20
Häcksler	10
Hydraulisches Rettungssystem Feuerwehr	8
Kücheneinrichtung	12
Küchengeräte	10
Mähgeräte ((Aufsitz-) Rasen-, Sichel-, Spindel-, Balken-, Kreisel-, Frontauslagemäher usw.)	10
Mähgeräte	10
Medizinisch-technische Geräte	10
Motorheckenschere	10
Pumpen / Tauchpumpen	6
Pulversaugmaschine	8
Sägen aller Art (mobil); Kettensäge	10
Salzstreuer für den Winterdienst	10
Sandstreuer für den Winterdienst	10
Schaumschnellangriffsgerät	10
Schneeräumschild	8
Software (Betriebssysteme und Netzwerk) siehe auch unter 5. !	6
Spielgeräte (Wippe, Rutsche, Schaukel, Klettergeräte usw.) / mobil	10 / 5
Sportgeräte (Fitness- und Turngeräte), Tore	12
Strahlrohre	10
Thermobinder/Klebebindemaschinen (Druckerei)	8
Kanal TV Untersuchungsgerät	10
Universal-Prüfgerät für Spreizer	10
Wärmebildkamera mit Zubehör	10
Büro- und Geschäftsausstattung (einschl. Software)	
Beamer; Videobeamer	5
Büromöbel (Verwaltungsgebäude)	20
Büromöbel (Schulgebäude)	15
Büromöbel (Kindertageseinrichtungen)	15
Kindermöbel (Kindertageseinrichtungen	10
Möbel Hallenbad	10
Camcorder	5
CD-Player	5
Drucker	4
Fahnen, Flaggen, Banner	3
Faxgeräte	6
Fernseher	6
Fotogeräte	10
Funksprechgerät/Handfunksprechgerät	8
Kameras (Wärmebild- / Spezial- / Digital / Polaroid-)	10
Klimageräte (mobil)	8
Ogata Küchen	20
Ogata Sonstige BGA	10

Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
Spezialwagen / Hakenlifter	12
KFZ Kanalunterhaltung (Caddy)	8
Sonstige Anlagegüter	
Defibrillator	10
Fahnenmasten	10
Gefahrstofflagerschrank / Sicherheitsschränke	15
Geschirrspülmaschinen	10
Hochdruckreiniger	10
Kühleinrichtungen	10
Kühlschränke	10
Leitern	10
Mikroskope	10
Präzisionswaagen	10
Reinigungsgeräte (fahrbar)	10
Staubsauger	5
Treppenkarren	10
Vorhönge / Lamellen	8
Mikrofonanlage	5
Sachgesamtheit Sportplätze	25
Kanal TV Untersuchungsgerät	10
Wasserspender - Küchengerät	10

kaarst*

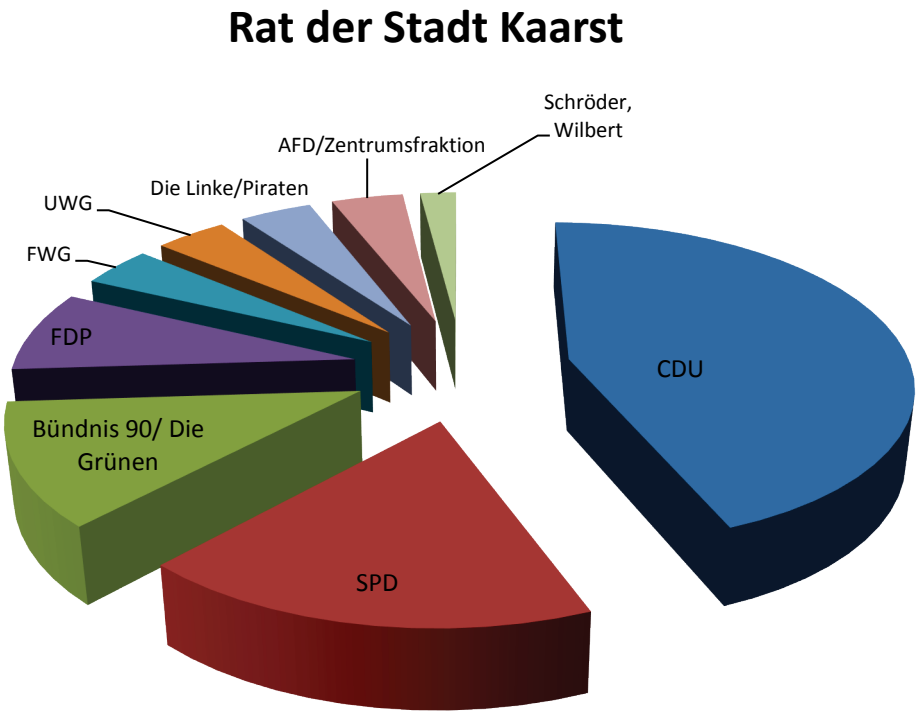
Lagebericht
für das Haushaltsjahr 2017

Strukturen der Stadt Kaarst

Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2017):	43.468
Verleihung der Stadtrechte:	01.01.1981
Mittlere kreisangehörige Kommune:	01.01.1981
Stadtfläche:	37,400 km²
Ortsteile:	5

Stadtrat (Zusammensetzung zum 31.12.2017)

Ratssitze	50
CDU	22
SPD	9
Bündnis 90 / Die Grünen	6
FDP	4
FWG	2
UWG	2
Die Linke / Piraten	2
AFD / Zentrum	2
Schröder, Wilbert	1



Verwaltung (Organisation zum 31.12.2017)

Fachbereich I (Bürgermeisterin Dr. Ulrike Nienhaus)
Bereich 10 „Zentrale Dienste“
Bereich 11 „Personalwirtschaft und Recht“
Bereich 20 „Wirtschaft und Finanzen“

Fachbereich II (Erster Beigeordneter Sebastian Semmler)
Bereich 32 „Ordnungsangelegenheiten und Bürgerbüro“
Bereich 40 „Schule, Sport und Soziales und Senioren“
Bereich 41 „Kultur, Medien, Netzwerke und Stadtmarketing“
Bereich 51 „Jugend und Familie“

Fachbereich III (Technische Beigeordnete Sigrid Burkhart)
Bereich 61 „Stadtentwicklung, Planung und Bauordnung“
Bereich 66 „Tiefbau, Grünentwicklung, Baubetriebshof“
Bereich 69 „Gebäudewirtschaft“

Interne Organisation der Haushalts- und Finanzwirtschaft

Die Buchhaltung ist in der Stadt Kaarst zentral im Bereich 20 „Wirtschaft und Finanzen“ organisiert und wird als Abteilung „Kämmerei“ geführt. Das Buchungsgeschäft wird zentral abgewickelt. Lediglich über einige wenige eingesetzte Vorverfahren werden Buchungen automatisiert über entsprechende Schnittstellen erzeugt.

Neben dem externen Rechnungswesen erfolgt im Bereich „Finanzen“ auch die zentrale Abwicklung der städtischen Haushalts- und Finanzwirtschaft.

Die Haushalts- und Finanzwirtschaft wird unterteilt in

- Haushaltsplanung
- Mittelbereitstellung
- Anlagenbuchhaltung
- Geschäftsbuchhaltung
- Internes Rechnungswesen (Kostenrechnung, Finanzcontrolling)
- Jahresabschlusserstellung

Die Finanzbuchhaltung wird unterteilt in

- Zahlungsabwicklung
- Forderungsmanagement
- Werteverwaltung
- Liquiditätsplanung

Das Mahnwesen und die Beitreibung städtischer Forderungen erfolgt in der Abteilung „Stadtkasse“ ebenfalls im Bereich Finanzen.

Entwicklung der Bilanzsumme und des Eigenkapitals

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2017 wurde nach Vorberatung im Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss am 09.02.2017 vom Stadtrat beschlossen. Mit Verfügung vom 17.03.2017 hat der Landrat des Rhein-Kreises Neuss der Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 zugestimmt, so dass diese mit der öffentlichen Bekanntmachung am 29.03.2017 treten konnte.

Gesamtergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz Haushalt 2017
Steuern und ähnliche Abgaben	54.360.471,45 €	54.081.814 €	56.526.221 €
+ Zuwendungen und allg. Umlagen	11.018.413,89 €	10.565.333 €	12.264.265 €
+ sonstige Transfererträge	11.721,61 €	6.200 €	6.200 €
+ öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	13.974.950,16 €	14.879.189 €	14.021.231 €
+ privatrechtliche Leistungsentgelte	1.595.129,23 €	1.403.850 €	1.491.069 €
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.583.935,40 €	12.841.787 €	11.843.127 €
+ sonstige ordentliche Erträge	4.102.048,03 €	6.489.370 €	8.184.928 €
+ Bestandsveränderungen	137.161,51	0,00 €	0,00 €
= ordentliche Erträge	**91.783.831,28 €**	**100.267.543 €**	**104.337.041 €**
- Personalaufwendungen	27.388.594,30 €	26.201.698 €	27.136.764 €
- Versorgungsaufwendungen	2.447.741,79 €	1.717.700 €	1.920.600 €
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.271.203,64 €	13.411.688 €	13.106.154 €
- bilanzielle Abschreibungen	8.913.378,22 €	8.558.112 €	8.509.500 €
- Transferaufwendungen	37.148.786,06 €	42.960.636 €	42.880.076 €
- sonstige ordentliche Aufwendungen	13.461.176,94 €	14.511.236 €	15.894.991 €
= ordentliche Aufwendungen	**100.630.880,95 €**	**107.361.070 €**	**109.448.085 €**
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	**-8.847.049,67 €**	**-7.093.527 €**	**-5.111.044 €**
+ Finanzerträge	1.170.803,36 €	830.796 €	654.590 €
- Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen	158.660,65 €	157.436 €	534.286 €
= FINANZERGEBNIS	**1.012.142,71 €**	**673.360 €**	**120.304 €**
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	**-7.834.906,96 €**	**-6.420.167 €**	**-4.990.740 €**
+ außerordentliche Erträge	15.946,50 €	0 €	0 €
- außerordentliche Aufwendungen	513,70 €	0 €	0 €
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	**15.432,80 €**	**0 €**	0 €
= JAHRESERGEBNIS	**-7.819.474,16 €**	**-6.420.167 €**	**-4.990.740 €**

Während in der Planung von einem Defizit in Höhe von 4.991 Tsd. EUR ausgegangen wurde, schließt das Haushaltsjahr 2017 im Ergebnis mit 21.356 Tsd. EUR besser gegenüber dem Planansatz ab. Der somit entstandene Überschuss in Höhe von 16.366 Tsd. EUR wird gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 75 Abs. 2 GO NRW vorbehaltlich eines noch zu beschließenden Verwendungsbeschlusses des Stadtrates der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz zum 31. Dezember 2017 der Stadt Kaarst schließt mit einer Bilanzsumme von 389.422 Tsd. EUR ab und steigt damit gegenüber dem Vorjahr (370.825 Tsd. EUR) um 18.597 Tsd. EUR.

Der erwirtschaftete Jahresüberschuss wird nach einem noch zu beschließendem Beschluss des Stadtrates in vollem Umfang der Ausgleichsrücklage zugeführt werden. Der Bestand der Ausgleichsrücklage beträgt nach Verbuchung des Jahresergebnisses 2017 insgesamt 20.669 Tsd. EUR. Die Eigenkapitalquote steigt dadurch in 2017 um 2,4 % auf 39,5 %. Die Verbindlichkeiten erhöhen sich absolut um 4.168 Tsd. EUR.
Bei den Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung handelt es sich um Fördergelder aus dem Landesförderungsprogramm „Gute Schule 2020“. Das Land NRW beabsichtigt hiermit die Stärkung der Schulinfrastruktur in NRW. Hierfür werden seitens des Landes in den Jahren 2017 -2020 durch das Programm Gute Schule 2020 Kredite zur Verfügung gestellt. Die Tilgungsleistung dieser erfolgt durch das Land NRW, wodurch die Verbindlichkeit der Stadt Kaarst gegenüber der NRW Bank entsprechend abgebaut wird. Für das Jahr 2017 wurden der Stadt Kaarst durch dieses Programm insgesamt Mittel i.H.v. 470.450 EUR zur Verfügung gestellt. Hiervon wurden 150.450 EUR konsumtiv und 320 Tsd. EUR investiv in Anspruch genommen.
Im Haushaltsjahr 2017 haben sich die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (+ 400 Tsd. EUR) erhöht und die sonstigen Verbindlichkeiten (- 4.221 Tsd. EUR) deutlich verringert.
Die Fremdkapitalquote erhöht sich im Berichtszeitraum von 23,5 % um 0,1 % auf 23,6 %. Durch den anstieg der Eigenkapitalquote und der unwesentlichen Erhöhung der Fremdkapitalquote stellt sich die städtische Finanzstruktur positiv dar.

Einen nach wie vor sehr geringen Anteil des städtischen Anlagevermögens stellen die immateriellen Vermögensgegenstände in Höhe von 60 Tsd. EUR dar. Im Vergleich zum Vorjahr stieg diese Bilanzposition um 39 Tsd. EUR an.

Der Anteil des Sachanlagevermögens beträgt 328.713 Tsd. EUR. Es hat sich im Betrachtungszeitraum trotz getätigter Investitionen in Höhe von 9.965 Tsd. EUR im Saldo um 2.661 Tsd. EUR reduziert. Den Investitionen standen dabei Vermögensabgänge in Höhe von 418 Tsd. EUR sowie durch Abschreibung verursachte Wertminderungen in Höhe von 8.812 Tsd. EUR gegenüber. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 461 Tsd. EUR vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen umgegliedert.

Der Anteil der **Finanzanlagen** beträgt 11.070 Tsd. EUR. Im Verhältnis zur Bilanzsumme nehmen diese Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit knapp 2,8 % der Bilanzsumme nur eine untergeordnete Rolle ein.

Mit einem Vermögenswert in Höhe von 47.898 Tsd. EUR bildet das **Umlaufvermögen** einen Anteil in Höhe von ca. 12,3 % an der Gesamtbilanzsumme. Zum Bilanzstichtag bestanden noch offene Forderungen der Stadt gegenüber dritten Schuldnern in Höhe von 22.713 Tsd. EUR. Hiervon waren 12.273 Tsd. EUR über sachverhaltsbezogene Einzelwertberichtigungen und 910 Tsd. EUR über pauschale Wertberichtigungen in Abzug zu bringen, da hier davon auszugehen ist, dass eine Realisierung der Forderungen wenig realistisch ist. Insgesamt werden daher rund 9.530 Tsd. EUR an Forderungen ausgewiesen, deren Realisierung entsprechende Liquiditätszuflüsse generieren werden. Ziel ist es, die Ausfallquote der Forderungen durch eine optimierte Beitreibung und Vollstreckung der hiesigen Forderungen weiter niedrig zu halten, gleichwohl diese auch von vielen äußeren, nicht beeinflussbaren Rahmenfaktoren abhängig ist.

Weiter werden im Umlaufvermögen die sonstigen Vermögensgegenstände mit 17.357 Tsd. EUR abgebildet. Hierin sind die Grundstücke des Umlaufvermögens i.H.v. 17.080 Tsd. EUR enthalten.

Unter den liquiden Mitteln wird das Guthaben auf städtischen Konten ausgewiesen. Diese belaufen sich auf 21.243 Tsd. EUR und stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 16.184 Tsd. EUR an.

Auf der Vermögensseite sind **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** in Höhe von 1.680 Tsd. EUR ausgewiesen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, insbesondere Beamtenbesoldung, Investitionszuschüsse sowie Zuwendungsbeträge an Dritte, die mit einer mehrjährigen Rückzahlungsverpflichtung verbunden sind.

Auf der Passivseite der Bilanz ist zum 31. Dezember 2017 das **Eigenkapital** mit 153.797 Tsd. EUR ausgewiesen. Die Summe des Eigenkapitals setzt sich zusammen aus:

- Allgemeine Rücklage	133.128 Tsd. EUR
- Ausgleichsrücklage	4.303 Tsd. EUR
- Jahresüberschuss	16.366 Tsd. EUR

Als **Sonderposten** werden zum Bilanzstichtag insgesamt 136.702 Tsd. EUR passiviert. Diese Sonderposten werden ertragswirksam über die Nutzungsdauer der jeweiligen finanzierten Vermögensgegenstände aufgelöst und kompensieren damit im Ergebnis die Belastungen durch die Abschreibungen auf diese Anlagegüter.

Die bilanzierten **Rückstellungen** in Höhe von 57.685 Tsd. EUR stellen voraussichtliche Liquiditätsabflüsse in der Zukunft dar. Da Finanzierungsmittel größtenteils im städtischen Anlagevermögen gebunden sind, wird es zu gegebener Zeit darauf ankommen, diese Liquiditätsbedarfe anderweitig bereitzustellen. Hier sind insbesondere für den Bereich der Pensionsrückstellungen mittelfristig entsprechende Strategien zu entwickeln, um die hierdurch für die städtischen Haushalte entstehenden Belastungen moderat ausfallen zu lassen, so dass diese insgesamt bewältigt werden können.

Der Gesamtbetrag der **Verbindlichkeiten** beträgt zum 31. Dezember 2017 34.273 Tsd. EUR und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 4.168 Tsd. EUR erhöht. Die Verbindlichkeiten teilen sich wie folgt auf:

- Verb. für Investitionskredite 16.428 Tsd. EUR
- Verb. für Liquiditätskredite (Gute Schule 2020) 151 Tsd. EUR
- Verb. die Kreditaufnahmen gleichkommen (Leasing) 5 Tsd. EUR
- Verb. aus Lieferungen und Leistung 2.829 Tsd. EUR
- Verb. aus Transferleistungen 3.154 Tsd. EUR
- Sonst. Verbindlichkeiten 4.729 Tsd. EUR
- Verb. aus erhaltenen Anzahlungen 6.977 Tsd. EUR

Unter die erhaltenen Anzahlungen fallen insbesondere Zuwendungen als zweckgebundene Finanzierungsbeiträge, die noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden, weil z.B. die bezuschusste Investitionsmaßnahme noch nicht realisiert wurde bzw. die bezuschussten Anlagegüter noch nicht in Betrieb genommen wurden.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden zum Bilanzstichtag mit 6.965 Tsd. EUR bilanziert. Hierunter fallen im Wesentlichen die Friedhofsbenutzungsgebühren, die entsprechend der Laufzeit aufzulösen sind.

E r g e b n i s l a g e

Maßgeblich für die Betrachtung der Ertragslage ist die Berücksichtigung der Planansätze aus dem Haushalt 2017.

Der Ergebnishaushalt zum 31. Dezember 2017 schließt mit einem **Überschuss** in Höhe von 16.366 Tsd. EUR ab. Dieser Betrag liegt um 21.356 Tsd. EUR über dem ursprünglich geplanten Jahresfehlbetrag von 4.991 Tsd. EUR.

Die Verbesserung des Ergebnisses gegenüber den Planansätzen resultiert im Wesentlichen aus Mehrerträgen bei Steuern und Abgaben (+ 29.731 Tsd. EUR), Mehrerträgen bei den Zuwendungen (+ 3.841 Tsd. EUR) sowie Mehrerträgen bei den öffentlich-rechtlichen (+ 331 Tsd. EUR) und den privatrechtlichen Leistungsentgelten (+ 405 Tsd. EUR). Mindererträge mussten hingegen bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen (- 5.339 Tsd. EUR) und bei den sonstigen ordentlichen Erträgen (- 2.268 Tsd. EUR) verzeichnet werden. Dadurch konnten die ordentlichen Erträge insgesamt um 27.406 Tsd. EUR gesteigert werden. Hingegen mussten bei den ordentlichen Aufwendungen Mehraufwendungen gegenüber dem Planansatz in Höhe von – 6.730 Tsd. EUR verzeichnet werden. Grund hierfür sind zu gering kalkulierte Personalkosten und Versorgungsaufwendungen (- 1.209 Tsd. EUR) sowie Mehraufwendungen bei den sonstigen Aufwendungen (- 6.777 Tsd. EUR).
Das Finanzergebnis weist einen Saldo von 800 Tsd. EUR auf und fällt im Vergleich zum Planansatz um 680 Tsd. EUR höher aus. Dies liegt in der Steigerung der Finanzerträge (+355 Tsd. EUR) und der Minderung der Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen (- 325 Tsd. EUR) begründet.

		Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres 2017	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2017	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2) 2017
	Ordentliche Erträge	104.337.041	131.743.220,82	27.406.179,82
	Ordentliche Aufwendungen	-109.448.085	-116.177.896,82	-6.729.811,82
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-5.111.044**	**15.565.324,00**	**20.676.368,00**
+	Finanzerträge	654.590	1.009.686,00	355.096,00
-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-534.286	-209.318,57	324.967,43
=	**Finanzergebnis**	**120.304**	**800.367,43**	**680.063,43**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-4.990.740**	**16.365.691,43**	**21.356.431,43**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0**	**0**	**0**
=	**Jahresergebnis**	**-4.990.740**	**16.365.691,43**	**21.356.431,43**

Die Ergebnisverbesserungen im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung (Plan-/Ist-Abweichung) belaufen sich auf insgesamt 21.356 Tsd. EUR. Die sich darstellenden Abweichungen sind in einer gewissen Größenordnung nicht zu verhindern, da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung viele Rahmengrößen nicht genau kalkuliert werden können und somit Prognosen getroffen werden müssen, die unter gewissen Annahmen für eine Etatisierung herangezogen werden. Hier ergeben sich naturgemäß Unsicherheiten, welche jedoch in ihrer Qualität möglichst nachvollziehbar dargestellt werden können. Für das Jahr 2017 liegt jedoch eine Abweichung von + 21.356 Tsd. EUR vor. Diese ist insbesondere durch die Mehrerträge im Bereich der Steuern und ähnlichen Abgaben zu erklären.

Erträge

Unter den Steuern und ähnlichen Abgaben konnte das Gewerbesteueraufkommen mit insgesamt 47.626 Tsd. EUR im Vergleich zum Vorjahr (22.939 Tsd. EUR) mehr als verdoppelt werden. Gegenüber der ursprünglichen Haushaltsveranschlagung von 19.900 Tsd. EUR kann hier ein Mehrertrag in Höhe von 27.726 Tsd. EUR verzeichnet werden. Die Mehrerträge bei den Steuern beruhen im Wesentlichen auf veränderten Veranlagungen und daraus resultierenden Vorauszahlungen einzelner Gewerbebetriebe. Die Gewerbesteuer zählt zusammen mit dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (26.557 Tsd. EUR) und der Umsatzsteuerbeteiligung (1.483 Tsd. EUR) mit zu den essentiellen Ertragspositionen der Stadt Kaarst. Im Bereich der Steuern und ähnlichen Abgaben folgen die Grundsteuer B mit 6.512 Tsd. EUR und die Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich mit 2.573 Tsd. EUR, die Erträge aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (581 Tsd. EUR), die Vergnügungssteuer mit 562 Tsd. EUR, die Hundesteuer mit 277 Tsd. EUR sowie die Grundsteuer A mit 87 Tsd. EUR. Insgesamt ergab sich im zurückliegenden Berichtszeitraum im Bereich der Steuern und ähnlichen Abgaben im Saldo ein Mehraufkommen in Höhe von 29.731 Tsd. EUR.

Die Ertragsabweichungen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ergaben sich im Wesentlichen im Bereich der Landeszuweisung nach FlüAG (Flüchtlingsaufnahmegesetz) sowie aus höheren Erträgen bei den Landeszuwendungen im Bereich der Kindertagesstätten.

Die Erträge aus den Benutzungsgebühren bilden mit 11.800 Tsd. EUR den wesentlichen Ertragsposten bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten sowie die Erträge aus Mieten und Pachten, mit 1.056 Tsd. EUR den wesentlichen Posten bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten.

Die sonstigen ordentlichen Erträge enthalten die Konzessionsabgaben für Gas, Wasser und Strom mit insgesamt 1.777 Tsd. EUR sowie die Erträge aus der Veräußerung von Umlaufvermögen mit 1.252 Tsd. EUR.

Aufwendungen

Die Personalaufwendungen in Höhe von 27.614 Tsd. EUR umfassen den gesamten Aufwand für eingesetztes Personal bei der Stadt Kaarst. Hierin enthalten sind auch die Zuführungen zu den Rückstellungen für Altersteilzeit, Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen sowie Pensionsrückstellungen für aktive Beamte.

Die Versorgungsaufwendungen von 2.653 Tsd. EUR beinhalten die gesamten Zuführungen für Pensions- und Beihilferückstellungen für aktive Beschäftigte und Versorgungsempfänger.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen und die Zuführungen zu den Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 800 Tsd. EUR gestiegen.

Von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 11.323 Tsd. EUR entfallen insbesondere auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen 6.240 Tsd. EUR.

Die Transferaufwendungen weisen mit insgesamt 42.847 Tsd. EUR das höchste Aufwandsvolumen aus und sind im Vergleich zum Vorjahr um 906 Tsd. Euro gestiegen. Der wesentliche Anteil davon entfällt auf die Kreisumlage mit 17.909 Tsd. EUR (Vorjahr 17.504 Tsd. EUR). Weiter fallen hierunter u.a. die Gewerbesteuerumlage mit 2.910 Tsd. EUR, der Fonds Deutsche Einheit mit 2.746 Tsd. EUR, Umlagen an Zweckverbände mit insgesamt 4.662 Tsd. EUR sowie Soziale Leistungen inklusive der Transferaufwendungen für Flüchtlinge mit 5.132 Tsd. EUR.

Die bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 9.069 Tsd. EUR bilden den Werteverzehr des städtischen Vermögens ab; davon entfallen 8.812 Tsd. EUR auf das Sachanlagenvermögen. Den Rest bilden Abschreibungen auf die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, Forderungen und Grundstücke.

In den sonstigen ordentlichen Aufwendungen von 22.672 Tsd. EUR stellen die Erstattungen von Aufwendungen Dritter mit 9.576 Tsd. EUR einen maßgeblichen Anteil dar. Hierunter fallen insbesondere die Betriebskostenerstattung für Kindertageseinrichtungen an freie Träger sowie die Aufwendungen für die Kreisverkehrsgesellschaft.

Bei den Aufwendungen wurden mitunter nicht alle Ermächtigungen in Anspruch genommen. Ursächlich hierfür war zum Einen die für die Verwaltung auferlegte, strikte Ausgabendisziplin im Rahmen der Haushaltsausführung und zum Anderen eintretende zeitliche Verzögerungen in etatisierten Maßnahmen, welche jedoch im gegebenen Fall durch eine Neuveranschlagung in 2018 entsprechend bereitgestellt werden mussten.

Das **Finanzergebnis** weist einen positiven Saldo in Höhe von 800 Tsd. EUR aus.

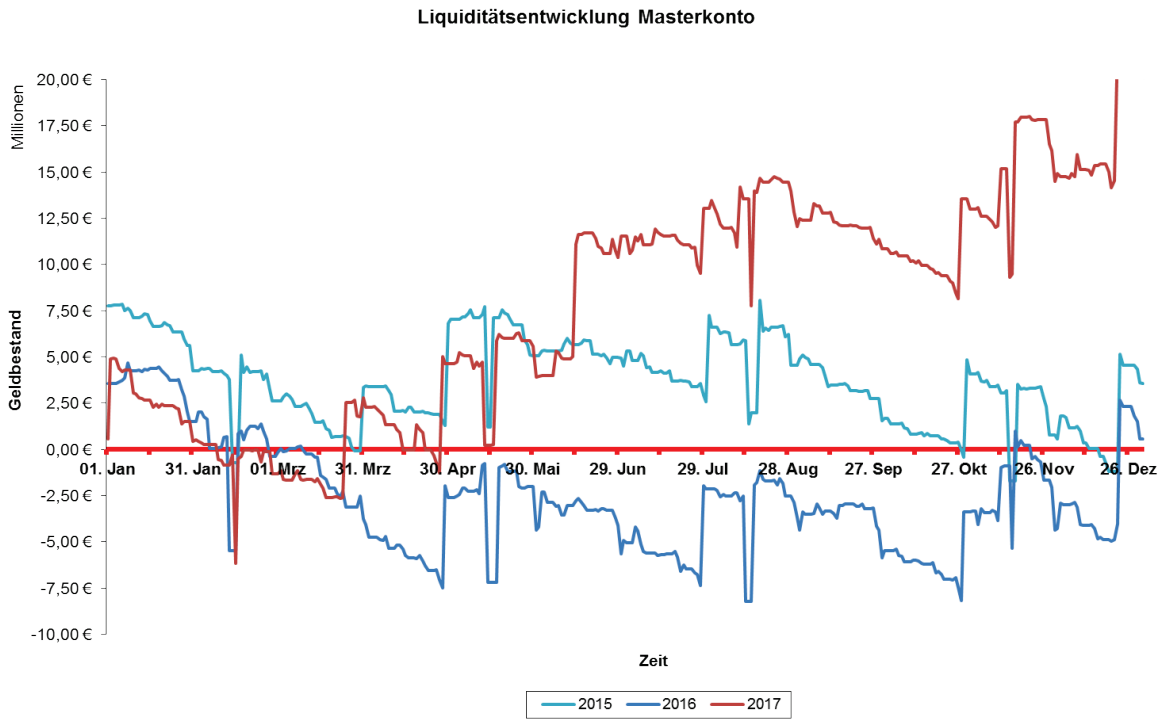
Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der liquiden Mittel

Zum 31.12.2016 wies die Ausgleichsrücklage einen Bestand von 9.571 Tsd. EUR aus. Durch Beschluss des Rates vom 14.12.2017 wurde das Jahresergebnis 2016 in Höhe von – 5.268 Tsd. EUR aus der Ausgleichsrücklage gedeckt, so dass diese einen Bestand von 4.303 Tsd. EUR ausweist. Vorbehaltlich eines entsprechenden Verwendungsbeschlusses für das Jahresergebnis 2017 wird der Jahresüberschuss der Ausgleichsrücklage zugeführt, so dass sich diese auf 20.669 Tsd. EUR erhöht.

Vorrangig bedingt durch die Entwicklung des Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie durch den Saldo aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit konnte insgesamt eine Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln in Höhe von 16.168 Tsd. EUR festgestellt werden. Dies führt unter Berücksichtigung des Anfangsbestandes zum 01.01.2017 in Höhe von 5.059 Tsd. EUR sowie der Änderung des Bestandes an Fremdmitteln (Sonderhaushalt Sozialhilfe) in Höhe von +16 Tsd. EUR zu einem Stand der Liquidität zum 31.12.2017 von 21.243 Tsd. EUR.

Im Berichtszeitraum wurden Investitionskredite i.H.v. 6.516 Tsd. EUR aufgenommen.

Im Detail hat sich im städtischen Masterkonto im Jahresvergleich folgende Liquiditätsentwicklung ergeben:



F i n a n z l a g e

Verwaltungstätigkeit	Plan-Ansatz	Ergebnis
ordentliche Einzahlungen	94.734.141	112.354.840
ordentliche Auszahlungen	99.185.540	98.657.775
Investitionen	**Plan-Ansatz**	**Ergebnis**
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.493.887	6.353.047
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	19.671.652	9.964.904
Finanzierung	**Plan-Ansatz**	**Ergebnis**
Aufnahme und Rückflüsse v. Darlehen	9.673.816	6.515.678
Tilgung und Gewährung von Darlehen	704.933	433.308
Zusammenstellung	**Plan-Ansatz**	**Ergebnis**
Saldo Verwaltungstätigkeit	-4.451.399	13.697.065
Saldo Investitionen	-10.177.765	-3.611.857
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	**-14.629.164**	**10.085.208**
Saldo Finanzierungen	8.968.883	6.082.370
Änderung Bestand eigene Finanzmittel	**-5.660.281**	**16.167.578**
Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	5.059.183
Änderung Bestand an fremden Finanzmitteln	0	16.414
Liquide Mittel	**-5.660.281**	**21.243.175**

Übertragung von Deckungsermächtigungen

Gem. § 22 GemHVO können Ermächtigungen in Folgejahre übertragen werden. Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren erhöhen den Ansatz des laufenden Jahres. Auch hier gab es durch das NKF-Weiterentwicklungsgesetz eine Änderung dahingehend, dass nunmehr der Bürgermeister mit Zustimmung des Rates die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen regelt. Eine konkrete Dienstanweisung für die Übertragung von Ermächtigungen wurde im Haushaltsjahr 2014 erarbeitet. Um der gesetzlichen Anforderung an die Übertragung von Deckungsermächtigungen hinsichtlich der hinreichenden Wahrung des Budgetrechtes des Stadtrates nachzukommen, wurde empfohlen, über die konkret zur Übertragung in das Haushaltsjahr 2018 anstehenden Deckungsermächtigungen einzeln zu beschließen. Nach § 22 Abs. 4 GemHVO ist dem Rat im Rahmen des Jahresabschlusses eine Übersicht der Übertragungen differenziert nach Ergebnisrechnung und Finanzrechnung vorzulegen. Es wurden im Berichtszeitraum lediglich Ermächtigungsübertragungen für Investitionsmaßnahmen nach § 22 Abs. 2 GemHVO vorgenommen.

Die beschlossenen Ermächtigungsübertragungen sind in der folgenden Übersicht dargestellt:

Projekt	Bezeichnung Projekt	Ermächtigungsübertrag
7.10071001	Geschäftsausstattung Kernverwaltung	7.796,46
7.23072301	Bodenbevorratung (allg. Liegenschaften)	786.097,00
7.23092301	Bodenbevorratung (Gewerbeflächen)	1.023.937,13
7.32113202	Mannschaftstransportfahrzeug	85.000,00
7.32143204	Rüstfahrzeug RW LZ Kaarst	422.539,46
7.32116901	Feuerwehrgerätehaus Büttgen	3.876.118,76
7.40074021	Schulmobiliar städt. Realschule Kaarst	6.000,00
7.40104001	Schulmobiliar (allgemein)	1.020,97
7.40124005	IT und Medien an Schulen	5.109,15
7.40174002	Werk- und Technikraum RSK	40.000,00
7.40136902	Neubau Grundschule Stakerseite	100.000,00
7.40136903	Modernisierung GGS Vorst	423.133,31
7.40136904	Bauliche Qualifizierung Gesamtschule	1.814.703,12
7.40144004	Geräte für den Schulsport	3.283,20
7.40134005	Kassenanlage Hallenbad Büttgen	30.000,00
7.40156905	Einrichtung f. soz. Zwecke Hubertusstr.	254.220,86
7.51075102	Einrichtung Kitas	22.897,66
7.51095102	U3 Ausbau Geranienweg	7.199,50
7.51105102	U3 Ausbau Büdericher Straße	10.621,90
7.51176901	Kita Am Hoverkamp	111.234,60
7.51176601	Kita Robert Bunsenweg	40.000,00
7.51175101	KiTa Erftstraße	707.654,22
7.66076604	Kanalverlegung - kleinere Maßnahmen	5.659,72
7.66076629	Sanierung von Grabeinfassungen	18.909,10
7.66076631	Erwerb Sachanlagevermögen Friedhöfe	746,37
7.66136613	allgemeine Anschaffung von Spielgeräten	20.494,48
7.66076652	Ausgleichsmaßnahmen (Aufforstung)	7.785,73
7.66096602	Deckensanierungen mit Kreiswasserwerke	274.308,48
7.66146611	Baugebiet Römerstraße	103.654,43
7.66116609	Entw. Baugebiet Lichtenvoorder Straße	280.000,00
7.66166614	Erschließung Siemensstr./H.-M. Schleyer	55.000,00
7.66176607	Sanierung Fußgängerbrücke Michaelstr.	76.858,79
7.66176610	Straßenausbau Hüngert	105.400,00
7.66086601	Ober´m Garten	264.991,64
7.66136612	Heinz-Klever-Straße	16.394,27
7.66136614	Erschließung Küsters Pfad	61.100,20
7.66146610	Umgestaltung Rathausplatz	73.786,45
7.66156609	Kanalsanierung Alte Heerstraße	110.000,00
7.66146614	Kanalsanierung Baugebiet Nordkanalallee	1.091.274,08
7.66146618	Wegeverbindung Ortsmitte Büttgen	7.321,18

Projekt	Bezeichnung Projekt	Ermächtigungsübertrag
7.66146619	Anschaffung von Spielgeräten öff. Raum	6.000,00
7.66146621	Fahrradständer Stadtmitte	2.500,00
7.66176613	Stellplätze Neusser Straße	70.000,00
7.66156601	Broicherdorfstraße	31.500,00
7.66176611	Erschließung Danziger Straße	33.127,32
7.66176608	Parkplatz Heinz-Klever-Str.	85.000,00
7.66176605	Regenüberlaufbecken 07 Weckenhofstr.	250.000,00
7.66166607	Umg. u. Deckensanierung Kreuzung Dreeskamp	202.542,71
7.66166613	ergänzende Aufforstung K37n	157.997,42
7.66156603	Sanierung Kreuzstraße	97.034,52
7.66166608	Endausbau Edith-Stein-Straße u. Parkplätze	69.959,59
7.66146617	Berliner Platz	114.096,96
7.66126603	Ersatzbeschaffung Kastenwagen	96.050,00
7.66176601	Ersatzbeschaffung Anhänger	5.000,00
7.66176602	Ersatzbeschaffung Pritschenwagen	40.000,00
7.66166601	Ersatzbeschaffung Einachsschlepper	31.000,00
7.69163202	Neubau Rettungswache	551.199,31
7.69174001	Erweiterung OGS Budica	195.358,36
7.69174101	Sanierung Albert-Einstein-Forum	133.941,55
	Summe	**14.524.559,96**

Vermögenslage zum 31.12.2017

Aktiva

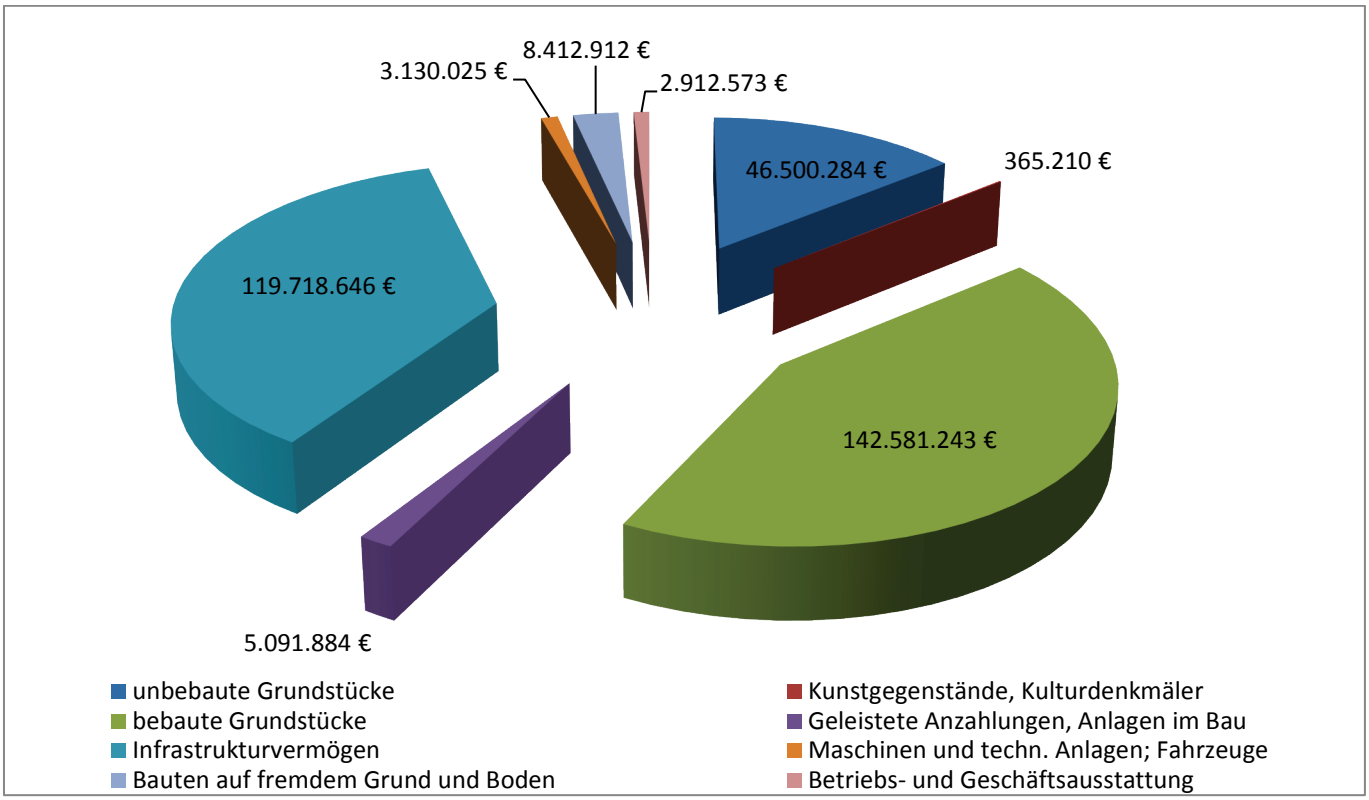
Das Anlagevermögen bildet mit 339.843 Tsd. EUR (87,3 %) den größten Vermögensanteil am gesamten Vermögen der Stadt Kaarst.

Das Anlagevermögen wird unterteilt in drei Hauptblöcke:

- Immaterielle Vermögensgegenstände 60 Tsd. EUR
- Sachanlagevermögen 328.713 Tsd. EUR
- Finanzanlagen 11.070 Tsd. EUR

Das Sachanlagevermögen teilt sich wie folgt auf:

Sachanlagevermögen 2017



Die **Anlagen im Bau** und geleisteten Anzahlungen beziehen sich auf die zum Bilanzstichtag noch nicht fertig gestellten baulichen Maßnahmen bzw. Anzahlungen. Unter die geleisteten Anzahlungen fallen auch die Anzahlungen auf Umlaufvermögen, die aus Grundstücksgeschäften resultieren. Sie werden in Höhe der bis zum 31.12.2017 tatsächlich geleisteten Zahlungen in der Bilanz erfasst.

Bei den **Finanzanlagen** wurde der Bestand am Kommunalen Versorgungsrücklagenfonds (KVR-Fonds) um einen Betrag von 180 Tsd. EUR aufgestockt.

Im Bereich der **sonstigen Ausleihungen** haben sich die Arbeitgeberdarlehen aufgrund gewährter Darlehen sowie der eingezahlten Tilgungsleistungen im Ergebnis um einen Gesamtbetrag von 4 Tsd. EUR reduziert.

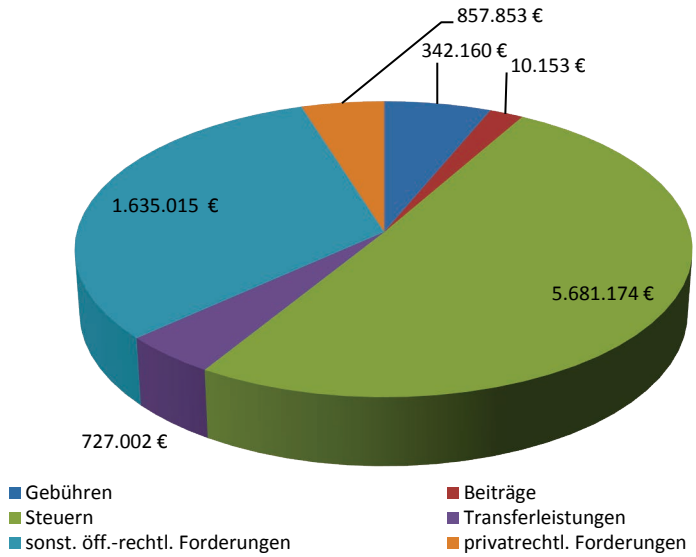
Das **Umlaufvermögen** stellt mit 47.898 Tsd. EUR (12,3 %) einen vergleichsweise geringen Anteil am Vermögen dar und teilt sich auf in

-	Liquide Mittel	21.243 Tsd. EUR
-	Forderungen	9.253 Tsd. EUR
-	Vorräte	45 Tsd. EUR
-	sonstige Vermögensgegenstände	17.357 Tsd. EUR

Die Veränderung der sonstigen Vermögensgegenstände resultiert im Wesentlichen aus Umgliederungen und wurde bereits an anderer Stelle erläutert.

Die Forderungen teilen sich wie folgt auf:

Forderungen 2017

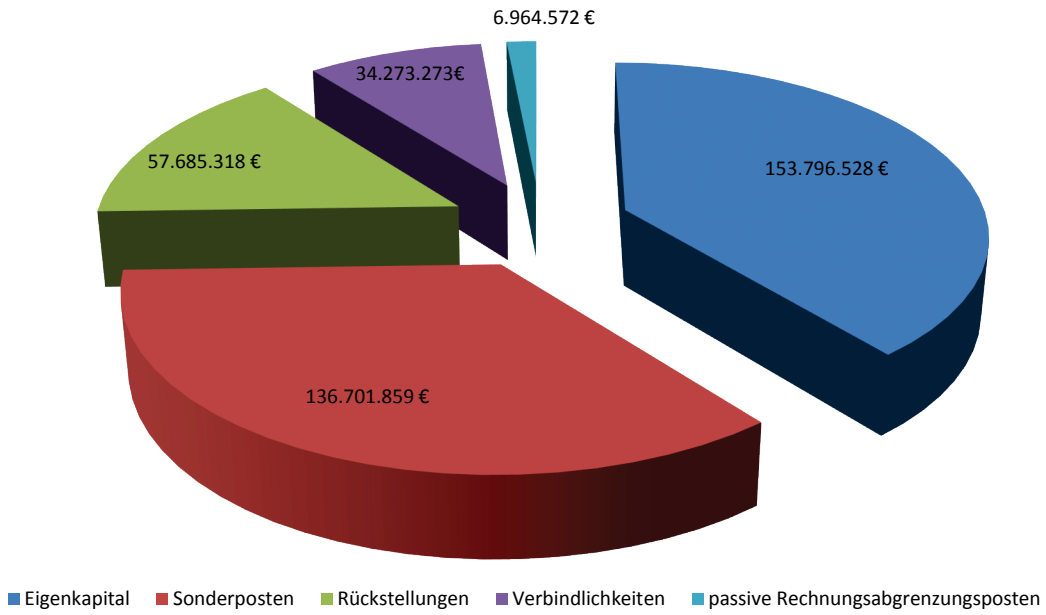


Passiva

Die Passivseite der Bilanz gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen der Aktivseite finanziert wurde. Die anteilige Zusammensetzung des Kapitals aus Eigen- und Fremdkapital ist von besonderer Bedeutung. In der Privatwirtschaft bestimmt insbesondere der Eigenkapitalanteil maßgeblich die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens.

Im kommunalen Bereich zeigt der Eigenkapitalanteil und dessen Veränderung innerhalb der einzelnen Haushaltsjahre die Haushaltslage und nimmt damit insbesondere auch Einfluss auf den Einsatz von Sicherungsmechanismen für den Erhalt der dauerhaften Leistungsfähigkeit durch die kommunale Finanzaufsicht (z.B. Genehmigungspflichten, Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes). Ein hoher Fremdkapitalanteil verursacht zudem in der Regel einen erhöhten Zinsaufwand, der das Ergebnis belastet und so den Handlungsrahmen der Kommune einschränkt.

Passiva 2017



Das **Eigenkapital** ermittelt sich aus drei Positionen:

- Allgemeine Rücklage 133.128 Tsd. EUR
- Ausgleichsrücklage 4.303 Tsd. EUR
- Jahresüberschuss 16.366 Tsd. EUR

Hinsichtlich der Ergebnisverwendung wird dem Rat der Stadt Kaarst vorgeschlagen, den Überschuss der Ausgleichsrücklage gem. § 96 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 75 Abs. 3 GO NRW zuzuführen.

Die Allgemeine Rücklage wurde in ihrem Bestand insoweit verändert, als dass Verrechnungen aus Anlagenabgängen gem. § 43 Abs. 3 GemHVO NRW stattgefunden haben. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen im Anhang verwiesen.

Die Eigenkapitalquote der Stadt Kaarst zum 31.12.2017 beträgt 39,5 %. Zur Jahresabschlussbilanz 31.12.2016 betrug die Eigenkapitalquote 37,1 %; eine wesentliche Veränderung der Eigenkapitalquote hat damit im Berichtszeitraum nicht stattgefunden.

Der prozentuale Anteil der **Sonderposten** an der Bilanzsumme beträgt 35,1 %. Im Vergleich zum 31.12.2016 (37,8 %) hat sich der Anteil gering verändert.

Bei den **Rückstellungen** zeigt sich die relevanteste Veränderung im Bereich der Pensionsrückstellungen (+ 2.110 Tsd. EUR). Eine Einzelaufstellung der gebildeten Rückstellungen sowie deren Veränderungen im Haushaltsjahr 2017 kann dem Rückstellungsspiegel (Anlage zum Anhang) entnommen werden.

Verpflichtungen gegenüber Dritten, deren Höhe und Grund feststehen, sind als **Verbindlichkeiten** auszuweisen. Nähere Informationen über Art, Umfang und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitenspiegel entnommen werden.

Als **Passive Rechnungsabgrenzungsposten** sind vor dem Abschlussstichtag eingegangene Einzahlungen, soweit sie einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, anzusetzen. Passive Rechnungsabgrenzungsposten bestanden zum 31.12.2017 für die noch bestehenden Nutzungsrechte an Grabstellen und für Zuschüsse zur Förderungen im Bereich Schule und Kita.

Kennzahlenanalyse des Haushaltsjahres 2017

Zur Bewertung des Haushalts und der wirtschaftlichen Lage hat das Innenministerium NRW ein Kennzahlenset entwickelt, damit die Gemeinden im Rahmen von interkommunalen Vergleichen (Benchmarking) anhand einheitlicher Kriterien miteinander verglichen werden können.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist darauf zu achten, dass das Kennzahlenset nur bei vollständiger Anwendung Schlüsse über die haushaltswirtschaftliche Situation zulässt. Die isolierte Betrachtung einzelner Kennzahlen birgt hingegen die Gefahr von Fehlinterpretationen. In der Kennzahlenanalyse bietet sich ein Vergleich der zeitlichen Entwicklung der Kennzahlen an. Das Kennzahlenset unterteilt sich dabei in die Analysebereiche

- haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation
- Kennzahlen zur Vermögenslage
- Kennzahlen zur Finanzlage
- Kennzahlen zur Ertragslage
- benutzerdefinierte Kennzahlen der Gemeinde

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

	JAB 2009	JAB 2010	JAB 2011	JAB 2012	JAB 2013	JAB 2014	JAB 2015	JAB 2016	JAB 2017
Aufwandsdeckungsgrad	92,97%	102,22%	98,23%	88,54%	104,10%	110,65%	91,21%	94,5%	113,4%
Eigenkapitalquote 1	39,53%	39,88%	39,79%	37,98%	38,71%	40,60%	38,65%	37,1%	39,5%
Eigenkapitalquote 2	80,89%	80,12%	80,30%	80,40%	79,92%	80,29%	77,38%	74,7%	74,3%

Kennzahlen zur Vermögenslage

	JAB 2009	JAB 2010	JAB 2011	JAB 2012	JAB 2013	JAB 2014	JAB 2015	JAB 2016	JAB 2017
Infrastrukturquote	37,10%	36,10%	35,99%	36,22%	35,38%	34,08%	33,64%	32,9%	30,7%
Abschreibungsintensität	10,38%	9,26%	9,56%	9,34%	9,87%	9,00%	8,68%	8,2%	7,6%
Drittfinanzierungsquote	56,73%	55,12%	54,39%	56,87%	62,77%	54,29%	53,40%	49,3%	52,6%
Investitionsquote	95,44%	86,55%	110,29%	105,06%	90,05%	134,41%	109,83%	103,8%	87,9%

Kennzahlen zur Finanzlage

	JAB 2009	JAB 2010	JAB 2011	JAB 2012	JAB 2013	JAB 2014	JAB 2015	JAB 2016	JAB 2017
Anlagendeckungsgrad 2	95,66%	96,30%	96,07%	96,72%	97,51%	102,51%	101,87%	99,6%	106,6%
Dynamischer Verschuldungsgrad	-11,85%	8,14%	-68,83%	-13,81%	11,60%	18,36%	-68,07%	11,6%	4,6%
Liquidität 2. Grades *)	70,42%	89,29%	67,84%	141,76%	163,04%	157,13%	91,31%	51,9%	198,0%
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	3,56%	3,95%	3,67%	3,00%	3,35%	2,10%	2,77%	4,8%	3,9%
Zinslastquote	0,34%	0,33%	0,27%	0,26%	0,29%	0,17%	0,16%	0,1%	0,18%

*) Bei der Berechnung der Liquidität 2. Grades wurden entgegen dem NKF Kennzahlenset bis zum Jahresabschluss 2013 die Grundstücke des Umlaufvermögens hinzugerechnet, da diese kurzfristig in Liquidität umgewandelt werden könnten. Um jedoch in einem Benchmarking vergleichbare Werte abzubilden, wurde mit Beginn des Jahresabschlusses 2014 die Kennzahlenberechnung entsprechend dem NKF-Kennzahlenset verwendet.

Kennzahlen zur Ertragslage

	JAB 2009	JAB 2010	JAB 2011	JAB 2012	JAB 2013	JAB 2014	JAB 2015	JAB 2016	JAB 2017
Nettosteuerquote	56,18%	60,10%	57,89%	55,63%	60,45%	46,50%	58,03%	58,8%	63,9%
Zuwendungsquote	8,67%	8,38%	7,91%	11,36%	11,25%	10,83%	12,00%	15,5%	12,2%
Personalintensität	22,46%	23,70%	24,17%	23,98%	25,15%	26,21%	27,22%	25,1%	23,8%
Sach- und Dienstleistungsintensität	13,36%	12,65%	12,44%	12,50%	13,30%	11,51%	11,20%	12,4%	9,7%
Transferaufwandsquote	37,86%	37,90%	36,59%	39,63%	36,10%	36,87%	36,92%	38,7%	36,9%

benutzerdefinierte Kennzahlen der Gemeinde

	JAB 2009	JAB 2010	JAB 2011	JAB 2012	JAB 2013	JAB 2014	JAB 2015	JAB 2016	JAB 2017
Anlagendeckungsgrad inkl. Sonderposten	83,49%	83,77%	83,04%	84,51%	85,19%	86,73%	83,78%	80,9%	85,1%
Liquidität 1. Grades	0,42%	23,87%	18,32%	0,69%	3,49%	101,06%	36,29%	28,4%	138,8%
Fremdkapitalquote	19,11%	18,41%	18,17%	17,85%	20,08%	17,97%	20,83%	23,5%	23,6%
Verschuldungsgrad	21,77%	22,78%	22,36%	22,13%	23,15%	22,38%	26,92%	0,0%	31,8%

Bericht über Vorgänge besonderer Bedeutung

Im Berichtsjahr 2017 ist besonders die erhöhte Ertragslage im Bereich der Gewerbesteuer zu benennen. Gegenüber der Planung für das Haushaltsjahr 2017 sind die hier geplanten Erträge im Ergebnis mehr als verdoppelt worden. Maßgeblich resultiert dies aus veränderten Veranlagungen und sich daraus ergebenden Vorauszahlungen einzelner Gewerbesteuerbetriebe.
Darüber hinaus wird auf die Erläuterungen zu den Wertberichtigungen auf Seite 8 verwiesen, wo dargestellt wird, dass Forderungen eines Schuldners entgegen der üblichen Forderungsbewertung in voller Höhe wertberichtigt wurde.

GESAMTSCHAU AUF DEN HAUSHALT 2018

Die Planungen für das Haushaltsjahr 2018 schließen unter Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen mit einem kalkulierten Jahresfehlbetrag in Höhe von **- 5.353 Tsd. EUR** ab.

Hierbei werden

Erträge in Höhe von	113.459.484 EUR
Aufwendungen in Höhe von	118.812.550 EUR

zugrunde gelegt.

Der Finanzplan wird mit

Einzahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit	102.693.912 EUR
Auszahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit	107.690.869 EUR
Einzahlungen aus Investitionstätig- und Finanzierungstätigkeit	13.690.292 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätig- und Finanzierungstätigkeit	17.441.272 EUR

festgesetzt.

Das Investitionsvolumen für das Jahr 2018 beträgt 3.750 Tsd. EUR. Dies setzt sich Zusammen aus Einzahlungen im Bereich der Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen (+ 2.258 Tsd. EUR), aus der Veräußerung von Sach- (+ 10.733 Tsd. EUR) und Finanzanlagen (+ 2 Tsd. EUR) sowie aus der Aufnahme und Rückflüssen von Darlehen (+ 697 Tsd. EUR). Dem Gegenüber stehen Auszahlungen für Investitionen für den Erwerb von Grundstücken (- 8.432 Tsd. EUR), Auszahlungen für Baumaßnahmen (- 6.351 Tsd. EUR), dem Erwerb von beweglichem Vermögen (1.269 Tsd. EUR) und die Tilgung von Darlehen (-1.389 Tsd. EUR).

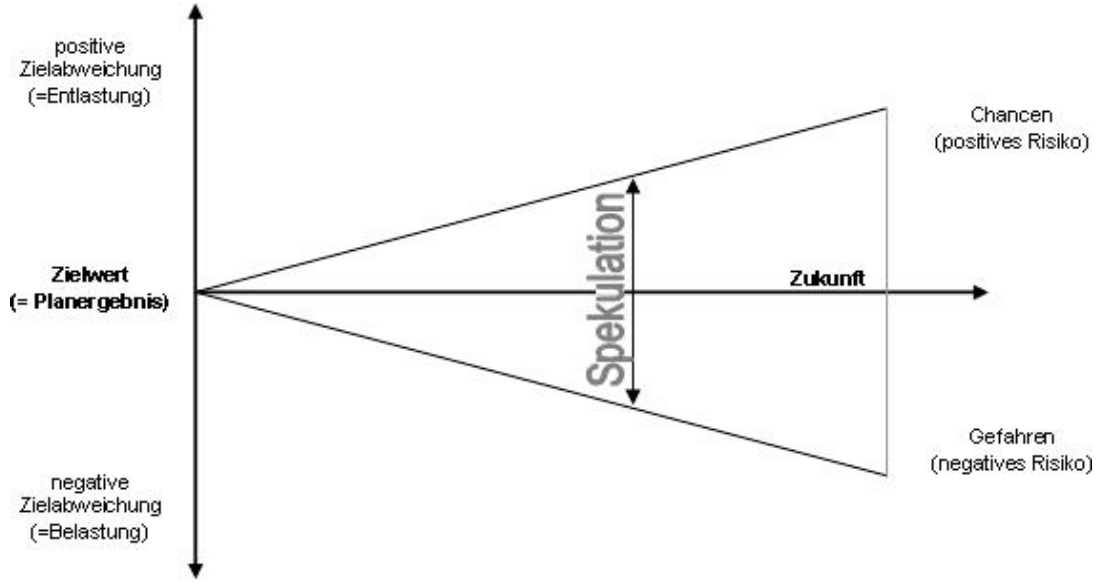
Chancen und Risiken in der künftigen Entwicklung des städtischen Haushalts 2018

Insgesamt steht der städtische Haushalt vor der Herausforderung eines gesteigerten Ungleichgewichtes zwischen kurz-, mittel- und langfristig beeinflussbaren Ergebnisgrößen und nicht beeinflussbaren äußeren Rahmenbedingungen, welche durch externe Faktoren bestimmt werden. Die in weiten Teilen bestehende Fremdbestimmung in den städtischen Ergebnisgrößen sowie deren dominierende Relevanz für den städtischen Haushaltsausgleich stellt damit grundsätzlich einhergehend mit der mangelnden Belastbarkeit von diesbezüglichen mittel-/langfristigen Prognosen ein systemisches Risiko in der städtischen Haushaltswirtschaft dar. Verstärkt wird dieses Risiko durch die nur begrenzt mögliche, kurzfristige Einflussnahme auf wesentliche Aufwandspositionen im städtischen Haushalt. Im Ergebnis führt dies dazu, dass die Stadt grundsätzlich nur begrenzte Möglichkeiten für kurzfristige Gegensteuerungsmaßnahmen hat, um auf negative Entwicklungen innerhalb eines Haushaltsjahres reagieren zu können. Auch wird hierdurch eine strategische Ausrichtung der städtischen Haushaltswirtschaft erschwert.

Umso bedeutender ist eine im Rahmen einer Risikoanalyse vorzunehmende Identifikation der bestehenden Risiken für die kommunale Haushaltswirtschaft und deren Bewertung in der Eintrittswahrscheinlichkeit, der Auswirkungsbedeutung für den Gesamthaushalt sowie deren zeitliche Dimension. Dabei steht im Vordergrund der Risikobewertung nicht die exakte Quantifizierung der einzelnen Risiken, sondern vielmehr eine Priorisierung der Risiken gemäß eines konsistenten und transparenten Schemas.

Neben den Risiken als sich negativ auf den Haushalt auswirkenden Einflussfaktoren (Gefahren) sind die sich auf den Haushalt entlastend auswirkenden Einflussfaktoren für die Zielerreichung in der Planerfüllung (= Chancen) zu beachten.

Abweichungsrisiken für das Planergebnis als Zielvorgabe für die städt. Haushaltswirtschaft



Die Herausforderung dabei stellt neben der Definition mit den Einzelrisiken korrelierender Kennzahlen die Komplexität der äußeren Einflussfaktoren dar. Eine laufende Risikoüberwachung im Rahmen eines strukturierten Risikomanagements ist daher von entscheidender Bedeutung, um auf Risikoveränderungen (insbesondere bei Verdichtungen der Eintrittswahrscheinlichkeit) zeitnah im Rahmen der Verwaltungssteuerung reagieren und im gegebenen Fall entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen ergreifen zu können.

Wesentliche Betrachtungsebenen für das städtische Risikoprofil sind insbesondere im Bereich ihrer Funktion als „Auftraggeber“ der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen, der Rhein-Kreis Neuss sowie die Stadt Kaarst selber im Rahmen ihrer freiwilligen Aufgabensetzung.

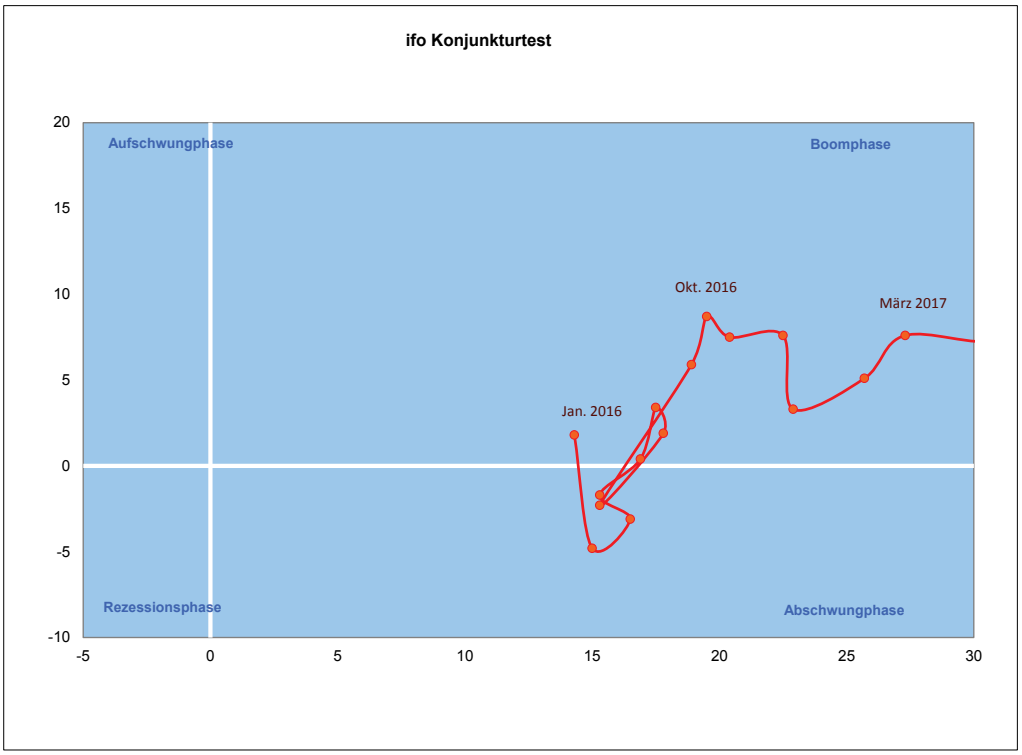
Die Kombination der jeweiligen Betrachtungsebenen sowie der vier ausgewählten Themenaspekten „Wirtschaft“, „Steuern“, „Soziales“ und „Aufgaben“ (einschließlich ihrer Auswirkungen auf die städtische Organisation) ergeben eine Risikomatrix, in der die wesentlichen Risiken für die städtische Haushaltswirtschaft umfasst werden. Sie können über eine schematische Ampeldarstellung (rot = konkretisierte Risikogefahr, gelb = Chancen und Gefahren grundsätzlich ausgeglichen, jedoch theoretische Risikogefahr, grün = kein Risiko erkennbar, Chancen überwiegen) entsprechend übersichtlich veranschaulicht werden.

	Wirtschaft	**Steuern**	**Soziales**	**Aufgaben**
Bund	**(1)**	**(5)**	**(9)**	**(13)**
Land NRW	**(2)**	**(6)**	**(10)**	**(14)**
Rhein-Kreis Neuss	**(3)**	**(7)**	**(11)**	**(15)**
Stadt Kaarst	**(4)**	**(8)**	**(12)**	**(16)**

Im Weiteren werden die Bewertungsergebnisse der einzelnen Matrizenfelder dargestellt:

zu (1): Die Bundesregierung erwartet in ihrer Frühjahrprojektion 2017 einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von real 1,5 % im Jahr 2017. Danach wird mit einem jährlichen Anstieg von 1,6 Prozent für die Jahre 2018 bis 2020 gerechnet. In ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland geht die Bundesregierung davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft weiterhin auf einem soliden Wachstumspfad befindet. Tragpfeiler des Aufschwungs sind die privaten Konsumausgaben, die aus der anhaltend guten Entwicklung am Arbeitsmarkt mit steigenden Löhnen und zunehmender Beschäftigung resultieren.

Als ein wichtiger Frühindikator für die weitere Konjunkturentwicklung in Deutschland wird der ifo-Geschäftsklimaindex angesehen, welcher auf einer monatlichen Unternehmensbefragung basiert, an der sich mehr als 7.000 Unternehmen beteiligen. Unter anderem werden hier die Beurteilung der Geschäftslage und die Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate abgefragt und im Rahmen des sogenannten „ifo-Konjunkturtests“ im Hinblick auf die Einordnung in die verschiedenen konjunkturellen Zyklusphasen (Aufschwung, Boom, Abschwung, Rezession) kombiniert ausgewertet. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im November auf einen neuen Rekordwert. Danach bewerten die Unternehmen in der November-Umfrage 2017 ihre aktuelle Lage positiv und auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate werden optimistisch betrachtet.



Trotz der aktuell guten konjunkturellen Lage und den weiterhin positiven Aussichten, bestehen aufgrund der sich ändernden Handelsströme im globalen Wettbewerb und dem damit eintretenden Bedeutungsverlust der deutschen Volkswirtschaft mittel- bis langfristige Risiken in der wirtschaftlichen Entwicklung.
Die Situation im Nahen Osten sowie das politische Spannungsverhältnis zu Russland zeigen ein gewisses Risiko in den Absatzmärkten deutscher Unternehmen. Das Russland-Embargo führt branchenspezifisch teilweise zu erheblichen Umsatzeinbußen in Deutschland.

Derzeit warnen verschiedene Institute vor einer möglichen Immobilienblase in Deutschland. In einigen Regionen steigen die Mieten stärker als sich die Einkommen entwickeln, was zu einem Kaufkraftverlust an anderer Stelle führt. Gleichzeitig steigen die Anreize für Investitionen in den Wohnungsbau insbesondere durch das anhaltend niedrige Zinsniveau, wodurch auch Menschen mit geringerem Einkommensniveau sich für eine eigene Immobilie entscheiden. Hieraus ergeben sich wiederum Risiken für erforderliche Anschlussfinanzierungen bei sich ändernden Zinskonditionen.

zu (2): In den letzten Jahren ergab sich verstärkt eine große Ähnlichkeit in den konjunkturellen Entwicklungen Nordrhein-Westfalens in Bezug auf die gesamtdeutschen Konjunkturentwicklungen insgesamt sowohl in zeitlicher Dimension als auch im Hinblick auf die Schwankungsamplituden. Gleichwohl wird die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen mit den hier beheimateten energieintensiven Branchen von der Energiewende und dem hier eintretenden Transformationsprozess in der Energieversorgung im Besonderen betroffen sein.
Das Rheinisch-Westfälische Institut geht für das Jahr 2017 von einem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in NRW von 1,2 % aus. Damit bleibt die wirtschaftliche Entwicklung in NRW im gesamtdeutschen Vergleich weiterhin zurück, wenngleich sich der Abstand in den Zuwachsraten damit verringert. In 2018 soll das BIP dann um 1,6 % wachsen. Die Arbeitslosenquote für 2017 wird aktuell mit 7,7 % prognostiziert und liegt damit weiterhin über dem Bundesdurchschnitt.

zu (3): Eine Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammern Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein zum Jahresbeginn 2017 hat ergeben, dass sich die recht zuversichtlichen Erwartungen in Bezug auf die konjunkturellen Entwicklungen 2017 in dieser Region durchaus bestätigt haben. Die Konjunktur bleibt somit auf einem soliden Pfad. Daran wird sich nach Auskunft der Betriebe auch im laufenden Jahr wenig ändern. Denn zu 38 % gehen sie von einer weiteren konjunkturellen Verbesserung aus, während sich lediglich 14,5 % skeptisch äußern. Besonders positive Erwartungen hegen wiederum die Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten, der Dienstleistungssektor sowie das Baugewerbe. Die erwartete Konjunkturentwicklung bleibt solide und dürfte somit nach wie vor primär von der positiven Inlandsnachfrage getragen werden. In das gezeichnete positive Bild passt auch, dass mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gerechnet wird. Dies spiegelt sich auch in den aktuellen Beschäftigungsverhältnissen wieder. Der Rhein-Kreis Neuss liegt im Januar 2017 bei einer Arbeitslosenquote von 5,6 % im Vergleich zu 7,7 % in Gesamt-Nordrhein-Westfalen.

Auch die Bewertungen der regionalen Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss zum September 2016 (Umfrage im „Mittelstandsbarometer Rhein-Kreis Neuss 2016“) lagen deutlich über den Vorjahreswerten. Danach zeigten sich die damals aktuellen Konjunkturdaten grundsätzlich positiv. Die Erwartungen der künftigen Entwicklungen wurden zu dem Zeitpunkt relativ unverändert eingeschätzt.

Im Detail ergaben sich folgende Einschätzungen für den Rhein-Kreis Neuss:

		gegenwärtig	**künftig**
Auftragssituation	sehr gut/ gut	58 % (+ 3)	60 % (+ 4)
	befriedigend/ausreichend	36 % (- 5)	36 % (- 5)
	mangelhaft/ungenügend	7 % (- 2)	4 % (+ 1)
Umsatzsituation	gestiegen/steigen	42 % (+ 1)	47 % (+ 3)
	gleich geblieben/bleiben	38 % (- 2)	47 % (+/- 0)
	gesunken/sinken	20 % (+ 1)	6 % (- 3)
Ertrags-/ Gewinnsituation	gestiegen/steigen	36 % (+ 4)	41 % (+ 4)
	gleich geblieben/bleiben	41 % (- 4)	51 % (- 2)
	gesunken/sinken	23 % (+/- 0)	8 % (- 2)

(Abweichungen zum Vorjahr in Klammern)

Mittelfristig wird der durch den perspektivisch anstehenden Ausstieg aus der Kohleverstromung bedingte regionale Strukturwandel die Wirtschaftsstruktur im Rhein-Kreis Neuss sowie in der gesamten Region verändern. Hiervon werden nicht nur die Unternehmen dieser Branchen betroffen sein, sondern aufgrund der gesteigerten Bedeutung die gesamte Wirtschaftsregion. Insoweit bedarf es verstärkter Anstrengungen in Bezug auf einen regionalen Strukturwandel, um auch zukünftig das wirtschaftliche Niveau halten zu können.

zu (4): In der Detailanalyse des „Mittelstandsbarometers Rhein-Kreis Neuss 2016“ zeichnet sich für Kaarst (136 Punkte) im Vergleich zum Vorjahr ein leicht abgeschwächtes Konjunkturklima ab (- 2 Punkte). Im Vergleich zum Vorjahr wo der Indexwert noch 10 Punkte über dem Kreisdurchschnitt lag, schwächte sich für das Jahr 2016 der Index ebenfalls etwas ab und konnte 4 Punkte über dem Durchschnitt (132 Punkte) angesiedelt werden. Insoweit wird kurzfristig mit keinen signifikanten Abweichungen zu den unter (3) beschriebenen Entwicklungserwartungen gerechnet. Aufgrund der Diversität der Kaarster Wirtschaftsstruktur sowie dem hier dominierenden Mittelstand, der erfahrungsgemäß deutlich flexibler auf Veränderungen reagieren kann,

wird davon ausgegangen, dass der Strukturwandel bzw. deren negative Potentiale den Kaarster Wirtschaftsstandort nur peripher tangieren wird. Auch im Hinblick auf die perspektivische Entwicklung weiterer Gewerbegebietsflächen wird mit einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kaarst gerechnet.

zu (5): Die Entwicklungen, insbesondere in den Einkommensteuer- und Umsatzsteuerbeteiligungen, bleiben nach den aktuellen Einschätzungen des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ vom November 2017 mittelfristig weiterhin positiv. In dem Ergebnis der Steuerschätzung spiegelt sich die nach wie vor gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wieder. Davon profitieren Unternehmen und private Haushalte durch steigende Einkommen und Gewinne. Die Inlandsnachfrage ist dabei weiterhin die tragende Säule des Wachstums. Die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes ist ebenfalls erfreulich. Die deutsche Wirtschaft ist insgesamt auch im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen wird auch die Hoffnung der Kommunen auf eine stärkere Entlastung in den Fokus gerückt.

zu (6): In Bezug auf die Landesebene stellt sich der Themenaspekt „Steuern“ zunächst in ähnlicher Weise wie unter (5) beschrieben dar. Die angespannte Haushaltslage des Landes NRW sowie die zwischenzeitlich auf Landesverfassungsebene manifestierte Schuldenbremse lässt jedoch ein mittelfristiges Gefährdungspotential für die städtische Ertragslage erkennen, dass insbesondere eine reduzierte Verbundmasse im Bereich des vertikalen Gemeindefinanzausgleichs sowie die einseitig Bevorzugung des kreisfreien Raumes im horizontalen Finanzausgleich zu reduzierten Zuweisungen führen wird. Dagegen führt die aktuelle Rechtsprechung im Hinblick auf das einzuhaltende Konnexitätsprinzip sowie die politischen Aussagen im Zusammenhang mit einer beabsichtigten Entlastung der kommunalen Ebene zu der Hoffnung einer diesbezüglichen Entlastung der Kommunalhaushalte.

zu (7): Es werden zunächst keine durch die Ertragslage im Bereich der Steuern bedingten Risiken auf Kreisebene gesehen. Das Umlagegenehmigungsgesetz stellt ein Risiko für die städtische Haushaltswirtschaft insoweit dar, als es dem Rhein-Kreis Neuss als umlagefinanzierte Gebietskörperschaft zukünftig erschwert wird, defizitäre Haushalte über die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu Gunsten der kreisangehörigen Kommunen auszugleichen bzw. hierüber die Möglichkeit geschaffen wird, im Jahresabschluss dargestellte Jahresfehlbeträge durch die Erhebung einer Sonderumlage in zukünftigen Haushaltsjahren auszugleichen. Im Gegensatz hierzu fehlen aufsichtsrechtliche Instrumente und/oder ausreichende Einflussmöglichkeiten der kreisangehörigen Kommunen für die Durchsetzung einer sparsamen Haushaltswirtschaft auf Kreisebene.

Darüber hinaus ergibt sich ein weiteres Risiko aus der Berechnungssystematik der Kreisumlage und den sich hierbei maßgeblichen, stark schwankenden Relationen in den Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Gemeinden sowie dem hieraus resultierenden, vom Kreistag jährlich festzusetzenden Kreisumlagesatz. Auch die zuletzt starken Schwankungen in der städtischen Steuerkraft können hierbei erhebliche Verwerfungen in den Etatisierungen der Kreisumlage verursachen. Auf die Ausführungen zu (8) wird diesbezüglich verwiesen.

zu (8): Im Ergebnis des Haushaltsjahres 2016 und im Veranlagungsverlauf 2017 zeigen sich in den Einzelveranlagungen der steuerpflichtigen Unternehmen erneut hohe Schwankungen in der Gewerbesteuer. Hierbei stellen sowohl die schwer einschätzbaren Entwicklungen in den Unternehmensgewinnen als auch periodenfremde Festsetzungen durch die Finanzverwaltung die größten Unsicherheitsfaktoren dar. Dennoch bleibt es, aufgrund der sich in der Vergangenheit

dargestellten hohen Volatilität in der Gewerbesteuer, bei der Notwendigkeit einer fokussierten Begleitung der sich hier darstellenden Entwicklungen. Gleichzeitig werden die Beteiligungen aus der Einkommensteuer, wie auch aus der Umsatzsteuer auf Grund der geänderten Schlüsselzahlen für die Jahre 2018 bis 2021 geringer ausfallen.

zu (9): Der Bund hat in der Vergangenheit in unterschiedlichen Bereichen die finanzielle Beteiligung an verschiedenen Aufgabenbereichen erhöht (z. B. Kostenübernahme bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Neuregelung der Kostenaufteilung in der Eingliederungshilfe im Rahmen des Bundesleistungsgesetz, Kostenübernahme in der Flüchtlingsbetreuung). Die hieraus entstehenden finanziellen Entlastungen werden jedoch voraussichtlich innerhalb kürzester Zeit durch die vom kommunalen Sektor zu tragenden Kosten für Sozialleistungen überkompensiert. Die Bundesregierung hat am 16.06.2016 mit den Landesregierungen vereinbart, dass ab dem Jahr 2018 eine jährliche Entlastung in Höhe von 5 Mrd. EUR fließen soll. Davon sollen 2,4 Mrd. EUR über eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, 1,6 Mrd. über eine höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, sowie 1 Mrd. EUR über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer eingebracht werden, mit der verbindlichen Maßgabe, diese Gelder in den jeweiligen kommunalen Finanzausgleich einzubringen. Darüber hinaus sollen die Mehrbelastungen der Kosten der Unterkunft in den Jahren 2016 bis 2018 für Asylberechtigte übernommen werden. Hiermit wird zwar eine finanzielle Entlastung in Aussicht gestellt, andererseits wird jedoch mit einer fortschreitenden Ausweitung der Transferleistungen gerechnet, die von der Stadt unmittelbar und mittelbar über die Kreisumlage zu finanzieren sein wird.

zu (10): Die erwartungsgemäß steigenden Sozialkosten für die Eingliederungshilfe für Behinderte, die bis zur vollständigen Kostenübernahme durch den Bund über die Landschaftsverbandsumlage der Kreise und im Weiteren über die Kreisumlage an die kreisangehörigen Kommunen weitergeleitet werden, stellen ein Risiko für die künftigen Haushaltsjahre dar. Auch die im Allgemeinen tendenziell weiter ansteigenden Sozialkosten und im Besonderen die in diesem Bereich durch den Landesgesetzgeber initiierten strukturellen Zusatzbelastungen der städtischen Haushaltswirtschaft (Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres im Rahmen des KiBiZ) wirken über das Planjahr hinaus fort. Insgesamt bleiben hier die weiteren Entwicklungen und die politischen Entscheidungen der Gesetzgeber abzuwarten.

Insbesondere die Kostenentwicklung im Bereich der Betreuung von Flüchtlingen ist geprägt durch eine hohe Unsicherheit in der Vorhersage, da sich die weitere Entwicklung der globalen Flüchtlingsströme und die damit verbundenen konkreten Zuweisungszahlen für die Stadt Kaarst aktuell nicht belastbar prognostizieren lassen. Aufgrund der geopolitischen Situation ist perspektivisch auch weiterhin mit erhöhten Flüchtlingszahlen zu rechnen. Ebenso führen nicht gelöste Fragen sowohl im Hinblick auf die Sicherung der europäischen Außengrenzen als auch zu verbindlichen Verteilquoten innerhalb der Mitgliedsstaaten zu Unsicherheiten in der Prognose. Eine Anpassung der bislang pauschalen Kostenerstattung auf Basis der Jahreszahlen zum Jahresbeginn auf eine Kostenerstattung auf Basis der tatsächlichen Flüchtlingszahlen wurde zum 01.01.2017 umgesetzt.

Die Tatsache, dass sich die Zahlen der anerkannten Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage durch Familienzuzug verändern werden, führt künftig zu gesteigerten Sozialtransferleistungen. Ebenso wird die fehlende Kostenerstattung bei geduldeten Ausländern nach drei Monaten den städtischen Haushalt belasten.

Unabhängig von den primären Transferleistungen zeigt sich ein noch nicht konkret zu bezifferndes Kostenrisiko durch die Integration der ausländischen Menschen. Hier wird sich erst in der Zukunft zeigen, welche konkretisierten Aufgaben auf die Stadt zukommen werden, um die hier neu lebenden Menschen in die Gesellschaft zu integrieren.

Das Kitaträger-Rettungsprogramm ist die erste Maßnahme der Landesregierung, um die finanzielle Not der Träger zu beseitigen und die Unterfinanzierung der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen insgesamt zu beenden. Ziel der Landesregierung ist es, die frühkindliche Bildung zu stärken und weiterzuentwickeln, dazu werden die Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege strukturell verbessert.

zu (11): Trotz der konjunkturellen Erholung werden die Sozialtransferaufwendungen im Bereich der Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII zumindest mittelfristig tendenziell weiter ansteigen. Der Bund sichert zwar in Bezug auf die Kosten der Unterkunft eine Erhöhung der Bundesbeteiligung um 1,6 Mrd. EUR ab dem Jahr 2018 zu. Die hier erwarteten Entwicklungen ergeben sich insbesondere auch aus der erwarteten demographischen Entwicklung bezogen auf den Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Kaarst. Insoweit stellen die diesbezüglichen Belastungen ein grundsätzliches Risiko für den städtischen Haushalt dar.

zu (12): Neben den fremdbestimmten Risiken im Bereich „Soziales“ gilt als wesentliches Risiko die weitere Entwicklung in der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und in der Tagespflege. Absehbar ist auch ein weiterer Ausbau der Betreuung im offenen Ganztag. In welchem Rahmen hier jedoch weitergehende Plätze zur Verfügung gestellt werden müssen und welche Investitionsbedarfe hieraus resultieren, lässt sich derzeit nur schwer prognostizieren. Auch die schwer kalkulierbaren Entwicklungen in der ambulanten und stationären Hilfe zur Erziehung stellen ein grundsätzliches Abweichungsrisiko dar. Hier gilt es insgesamt die unterjährigen Entwicklungen fortwährend zu überwachen. Die Bedeutung der Sozialaufwendungen insgesamt sowie deren schwere Vorhersagbarkeit führen zu einer erhöhten Gefahr für die städtische Haushaltswirtschaft.

zu (13): Die in der Vergangenheit getroffenen politischen Entscheidungen des Bundesgesetzgebers haben bereits zu erheblichen Auswirkungen in Bezug auf das städtische Aufgabenportfolio geführt. Insbesondere die Verabschiedung des Kinderbildungsgesetzes und der damit verbundene Ausbau der Betreuungsplätze der unter Dreijährigen hat bereits zu einem Ausbau/ Qualifizierung von Betreuungsplätzen in den Kindertageseinrichtungen inkl. entsprechender Investitionsbedarfe, aber auch zu entsprechend erhöhten Personalaufwendungen geführt. Welche darüber hinausgehenden Auswirkungen der Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für Kinder ab dem 1. Lebensjahr ab 2013 haben wird, ist aktuell dem Grunde nach aber immer noch nicht der konkreten Höhe nach zu quantifizieren. Es ist aktuell jedoch nicht auszuschließen, dass es in diesem Bereich zu weiteren Anstrengungen kommen wird, die die städtische Haushaltswirtschaft künftiger Haushaltsjahre weiter belasten wird. Die erweiterte Bezugsberechtigung durch die Reform des Unterhaltsvorschussgesetz wird sich insoweit auf den Haushalt auswirken, als dass sowohl die notwendigen Ressourcen hierfür geschaffen werden müssen, als auch die finanziellen Mittel den Haushalt belasten werden. Eine Konkretisierung wird erst dann möglich sein, wenn entsprechende Anträge hierzu vorliegen.

zu (14): Insbesondere die Kosten für die Inklusion und die Barrierefreiheit sowie die erforderlichen Transformationskosten für die Veränderungen im Bereich der weiterführenden Schulen ergeben gesteigerte Risiken für künftige Haushalte. Darüber hinaus ergeben sich mittelbare Organisationsrisiken durch die fehlende Effektivität der kommunalen Aufsichtsbehörden im Bereich

der Finanzaufsicht. Durch fehlende/unzureichende Intervention bei bestehenden Schieflagen kommunaler Haushalte und mangelnde Durchsetzung der Bestimmungen zum kommunalrechtlichen Haushaltsausgleich ist diese mitursächlich für die Dimension der allgemeinen kommunalen Finanzlage, die letztlich zu den unter (6) dargestellten Risiken führt.

zu (15): Es ergeben sich lediglich abstrakte organisationsbezogene Risiken (Chancen) aus der grundsätzlichen Bereitschaft des Rhein-Kreises zur generellen Aufgabenübernahme im Rahmen der interkommunalen Kooperation und den damit zu erwartenden Synergiegewinnen.

zu (16): Es gilt als ständige Aufgabe der Verwaltung, sich den Anforderungen aus der Aufgabenerfüllung hinsichtlich ihrer Aufbau- und Ablauforganisation ständig zu hinterfragen und sich im gegebenen Fall neu zu positionieren. Insoweit stellt das Themenfeld der Organisation in der Betrachtungsebene der Stadt ein ständiges Risikofeld im Sinne einer fortwährenden Plausibilitätsprüfung der vorhandenen Strukturen, gemessen an den äußeren Rahmenbedingungen, dar. Auch die zusätzliche und/oder ausweitende, freiwillige Aufgabenwahrnehmung durch entsprechende kommunalpolitische Beschlüsse führen in ihrer Konsequenz zu weiteren Haushaltsbelastungen. Dies gilt es zu vermeiden. Dennoch nimmt der allgemeine Erwartungsdruck der Öffentlichkeit in Bezug auf das städtische Leistungsportfolio insgesamt weiter zu (so zum Beispiel Web 2.0, Mängelmelder). Hieraus ergeben sich organisatorische Anpassungsbedarfe, welche in deren Umsetzung auch die städtische Haushaltswirtschaft beeinflussen werden. Auch die Umsetzung von gesetzlichen Anforderungen insbesondere im Bereich der Kindertagesbetreuung (Ausbau der U3-Betreuung) und der Schule (Inklusion) birgt hier weitere Risiken (z. B. Klagerisiken).

Der zunehmende Konsolidierungsdruck wird tendenziell dazu führen, dass sich zur Realisierung von Synergiepotentialen die Organisationsstruktur der Verwaltung verändert und die Art der Aufgabenwahrnehmung diversifiziert wird. Hieraus können sich durch veränderte Steuerungsansätze abstrakte Organisationsrisiken ergeben, denen im gegeben Fall durch neu zu etablierende Steuerungsinstrumente begegnet werden muss.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (EGovG NRW) im Juli 2016 wird die Verwaltung ebenfalls verpflichtet, Hindernisse in der elektronischen Kommunikation abzubauen, um einfacher, nutzerfreundlicher und effizienter elektronische Verwaltungsdienstleistungen anzubieten. Mit der Umsetzung des EGovG NRW ergeben sich für die Verwaltung zunächst neue Herausforderungen sowohl in der technischen Realisierung als auch in der organisatorischen Implementierung dieser Anwendungen sowie der erforderlichen Anpassung der einzelnen Verwaltungsprozesse.

Aus der vorstehend beschriebenen Risikomatrix sowie weiteren Risiken für die städtische Haushalts- und Finanzwirtschaft ergibt sich insgesamt eine Risikostruktur, die es im Rahmen der Haushaltsausführung zu beobachten und zu analysieren gilt.

12.1 Chancenanalyse für die künftige Haushaltsentwicklung anhand von „Schwerpunktthemen“:

1. <u>Entwicklung von Gewerbegebietsflächen</u>

   Durch die Erschließung und Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Kaarster Kreuz besteht die Möglichkeit der Sicherung/Ausweitung von Arbeitsplätzen in Kaarst sowie die Sicherung/Stärkung der Gewerbesteuerertragspotentiale durch Bestandssicherung von in Kaarst angesiedelten Gewerbebetrieben und Akquisition von neuen Gewerbebetrieben.

2. Konsolidierungsanstrengungen für strukturellen Haushaltsausgleich

   Die anhaltenden Jahresdefizite der vergangenen Jahre, die darüber hinausgehende Stetigkeit dieser bis zum Ende des mittelfristigen Ergebnisplanungszeitraumes sowie die nicht ausreichenden Möglichkeiten einer kurzfristigen Gegensteuerung durch die Kommune zeigt die Notwendigkeit einer strukturellen Betrachtung der städtischen Haushaltswirtschaft. Hier ist es angezeigt, den Haushalt strukturell ausgeglichen aufzustellen, so dass dieser unabhängig von einmaligen Sondereffekten und/oder konjunkturellen Entwicklungen ausgeglichen werden kann. Hierzu bedarf es einer analytischen Überprüfung von bestehenden Konsolidierungsmöglichkeiten, die entsprechende Entlastungen für den Haushalt bewirken können. Durch das Ausschöpfen von Konsolidierungsmöglichkeiten wird als Nebeneffekt auch die strukturierte Überprüfung von Steigerungen der Effizienz und Effektivität erhofft.

3. Judikative Auslegung des Konnexitätsprinzips
   Durch die neuere, auf den verfassungsmäßigen Grundsätzen basierende Rechtsprechung werden die Gesetzgeber im Grundsatz zur strikten Einhaltung des Konnexitätsprinzips verpflichtet. Dieses lässt auf eine Kostenbeteiligung von Bund und Land bei von dort auf die Kommune übertragenen Aufgaben hoffen, die sich stärker an der tatsächlichen Kostensituation orientiert und damit zu einem höheren Deckungsbeitrag auf kommunaler Ebene führen kann.

4. Realisierung von organisationsbezogenen Einsparpotentialen
   1) Steigerung der Effizienz im Verwaltungshandeln durch:
      - eine den äußeren Rahmenbedingungen jeweils angepasste Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation in Verwaltung und den politischen Gremien,
      - Generierung von Managementgewinnen durch Ausnutzen vorhandener Potentiale im Bereich des Humankapitals sowie
      - organisationsunabhängige/-übergreifende Aufgabenkritik (Überprüfung bestehender Kooperationsmöglichkeiten und/oder der Privatisierung/Ausgliederung von Aufgaben)

   2) Steigerung der Effektivität im Verwaltungshandeln durch Aufgabenkritik

   3) Verbesserung der Verwaltungssteuerung durch Ausweitung und Optimierung entscheidungsrelevanter Datengrundlagen

   4) Steigerung der Effizienz im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (EGovG NRW) und die damit einhergehende Optimierung von Verwaltungsdienstleistungen

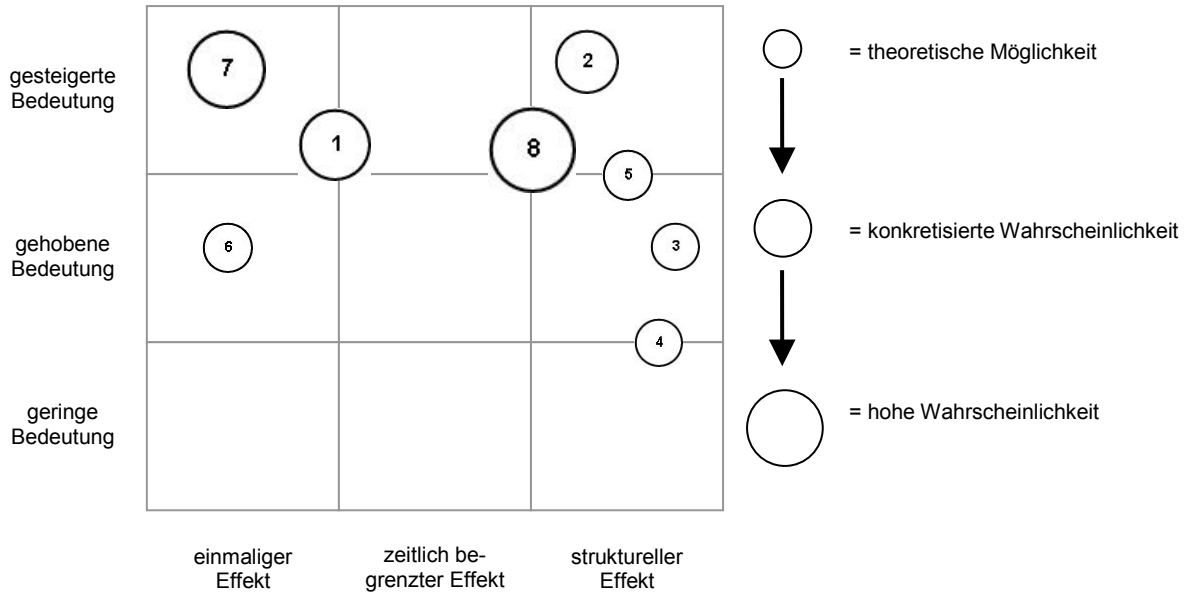
5. Optimierung des städtischen Vermögensbestandes
   Analyse des vorhandenen Anlagevermögens im Hinblick auf deren Funktion bei der künftigen Aufgabenerfüllung und anschließende Bestandsaufgabe dauerhaft nicht benötigter Vermögenswerte.

6. Bedarfsorientierter Vermögenseinsatz
   - Realisierung von stillen Reserven insbesondere im Bereich des städtischen Grundvermögens durch aktive Bodenbevorratungspolitik
   - Aufbau eines Beteiligungsmanagements

7. Realisierung eines steuerlichen Querverbundes
   Durch die Ausweitung der Stadtwerkebeteiligung auf 51 % ist die Stadt in eine beherrschende Gesellschafterstellung im Sinne des GmbHG gelangt, welche wiederum steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten im Wege eines steuerlichen Querverbundes ermöglicht. Der Bildung eines steuerlichen Querverbundes wurde durch die Finanzverwaltung zwischenzeitlich zugestimmt, allerdings lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die daraus resultierenden konkreten Ergebnisse noch nicht quantifizieren.

8. Zuwanderung
   Durch den Zuzug von Flüchtlingen, besteht einerseits die Möglichkeit künftige Fachkräfte zu gewinnen. Andererseits wird bereits jetzt der Arbeitsmarkt positiv beeinflusst, als dass im Rahmen der Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen zusätzliches qualifiziertes Personal eingestellt wird.

Insgesamt ordnen sich die vorstehend beschriebenen Chancen wie folgt in die städtische Risikoanalyse ein:



12.2 Risikoanalyse für die künftige Haushaltsentwicklung anhand von „Schwerpunktthemen“:

1. Liquiditätsrisiken/Zinsänderungsrisiken

   Die schwankenden Bankbestände und die für die Folgejahre zu erwartenden Zahlungsströme zeigen, dass in den nächsten Jahren ein mittelfristig anhaltender Liquiditätsbedarf besteht und dessen Fremdkapitalfinanzierung noch weiter ausgebaut werden muss. Insoweit ist in den künftigen Jahren unabhängig von möglichen Investitionskrediten ein vermehrter Bedarf an der Aufnahme von kurz- bis mittelfristigen Krediten zur Liquiditätssicherung festzustellen, welcher über entsprechende Geldmarktkredite zu finanzieren sein wird. Die hierfür anfallenden Kreditzinsen werden als Zinsaufwand die jeweiligen Planperioden belasten und könnten damit die städtischen Handlungsspielräume einengen. Mittelfristig wird mit einem Anstieg der Zinsen zu rechnen sein. Wann und in welcher Höhe dies erfolgen wird, hängt insbesondere von den weiteren

geldmarktpolitischen Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) ab, die wiederum von den konjunkturellen Entwicklungen und währungspolitischen Entscheidungen im gesamteuropäischen Kontext abhängen.
Neben dem absoluten Zinsniveau und dessen mittelfristigem Trendverlauf sowie der „Endlichkeit" der erteilten Ermächtigungen zur Aufnahme von langfristigen Investitionskrediten stellt auch die tagesbezogene Volatilität des Zinsniveaus ein Risiko für die städtische Haushaltswirtschaft dar. Insoweit sind im Rahmen der Liquiditätsplanung entsprechende Überlegungen im Hinblick auf eine Zinssicherungsstrategie anzustrengen, um die Finanzierungskosten des aufgenommenen Fremdkapitals weitestgehend zu minimieren.
Im Bereich der langfristig aufgenommenen Investitionskredite ist in Bezug auf das gesamtstädtische Fremdkapitalportfolio eine bedarfsorientierte Liquiditätsplanung sowie unter Berücksichtigung von auslaufenden Zinsbindungen der Schuldendienst insgesamt zu optimieren. Hier gilt es jeweils zwischen bestehenden Chancen und Risiken abzuwägen.

2. Betriebsrisiken im städtischen Gebäudebestand

Gebäude verursachen im Rahmen ihrer Nutzung grundsätzlich Betriebs- und Unterhaltungsaufwendungen, die unter anderem stark abhängig von deren jeweiliger baulicher Ausführung, dem Alter sowie der Nutzungsintensität sind. Darüber hinaus ergeben sich weitere Aufwendungsbedarfe, die aus Modernisierungsmaßnahmen oder Maßnahmen zur Mängelbeseitigung aufgrund sich verändernder Vorschriften im Brandschutz und im energetischen Bereich resultieren.

Das hieraus abzuleitende Risiko für die zukünftige Haushaltswirtschaft ergibt sich aus der zumindest mittelfristig bestehenden Notwendigkeit, den Gebäudebestand entsprechend seiner Nutzung so zu gestalten bzw. wieder herzustellen, dass die einzelnen Gebäude über die angesetzte Nutzungsdauer – möglicherweise aber auch darüber hinaus – gewährleistet werden kann, so dass die vorgehaltenen Gebäude für die städtische Aufgabenerfüllung eingesetzt werden können.

Es wird dabei im Einzelfall zu prüfen sein, ob der gesamte Gebäudebestand für die städtische Aufgabenerfüllung unabdingbar ist, bzw. in Zukunft noch sein wird, oder aber auf einzelne Gebäude unter Beachtung der politischen Zielsetzungen verzichtet werden kann.

3. Risiken im städtischen Grundstücksmanagement

Im Rahmen der städtischen Bodenbevorratung erwirbt die Stadt Grundstücke, die sie – ggf. nach entsprechender Grundstücksentwicklung – unter Berücksichtigung der politischen Zielsetzungen wieder veräußert. Mitunter verbleiben die angekauften Grundstücke über mehrere Jahre im städtischen Eigentum, bis sie schlussendlich am Markt angeboten werden (können). Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt das eingesetzte Kapital gebunden, ohne dass ein unmittelbarer Nutzen für die städtische Aufgabenerfüllung generiert werden kann.
Somit ist bereits bei den Ankäufen der Grundstücke eine Einschätzung vorzunehmen, welche Grundstückspreise am Ende erzielt werden können, obschon es sich hierbei mitunter um einen sehr langwierigen Prozess handelt. Hierbei entstehen neben den üblichen Marktrisiken weitere Risiken durch sich verändernde politische Rahmenbedingungen/Zielsetzungen während der Dauer der Vorhaltung der Grundstücke. Auch die Realisation der für die mögliche Grundstücksentwicklung zunächst zu schaffenden baurechtlichen und erschließungstechnischen Voraussetzungen birgt weitere Risiken.

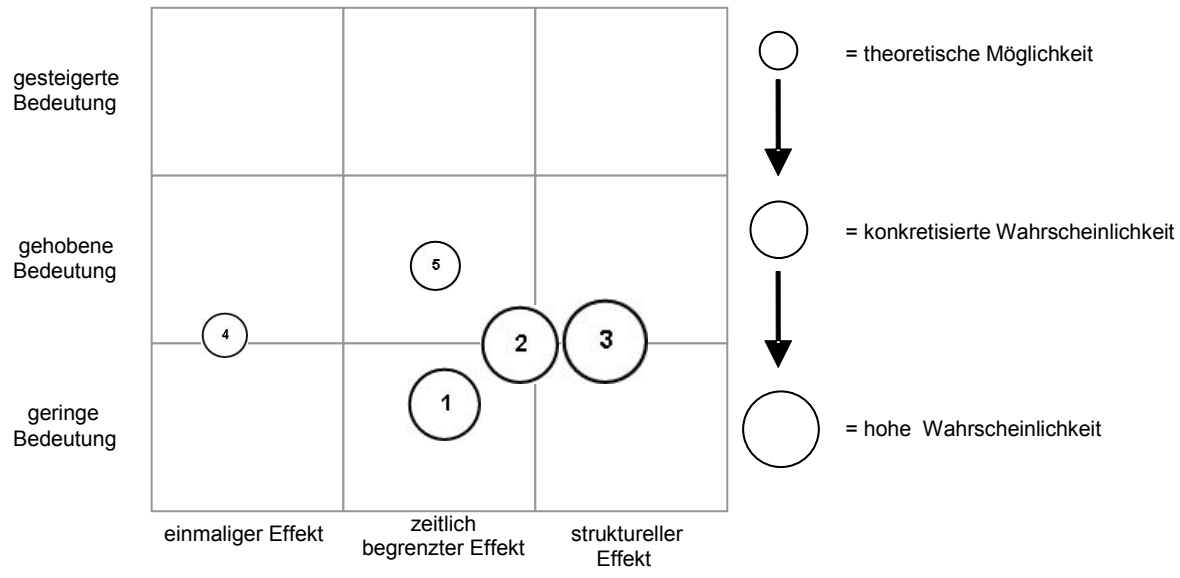
4. Risiken in der städtischen Beteiligungsverwaltung

Die Stadt bedient sich in ihrer Aufgabenwahrnehmung mitunter dritter Organisationsformen, an denen sich die Stadt beteiligt. Die Kalkulation der diesbezüglichen Auswirkungen auf die städtische Haushaltswirtschaft wird insoweit erschwert, als dass hier auf die Datengrundlagen der Beteiligungen zurückgegriffen werden muss. Darüber hinaus ergeben sich weitere Risiken durch die begrenzten Eingriffsmöglichkeiten in das operative Geschäft der Beteiligungen.
Sofern Beteiligungen am Marktgeschehen teilnehmen, partizipiert die Stadt an den dortigen Unternehmensrisiken nicht nur mit dem eingebrachten Kapital als begrenztes Haftungspotential. Vielmehr besteht auch ein Risiko in Bezug auf die mittelfristigen Ertragserwartungen der jeweiligen Beteiligung.

5. Übertragung von Aufgaben durch Bund/Land ohne (vollständigen) Finanzausgleich

Der Gesetzgeber hat in der Vergangenheit immer wieder Aufgabenfelder entwickelt, bei denen er über seine Delegationsmöglichkeiten die Kommunen mit der Aufgabenwahrnehmung beauftragt hat. Auch aufgrund der fehlenden Aufnahme des Konnexitätsprinzips in das Grundgesetz wurde hierfür nicht immer ein finanzieller Ausgleich für die Kommunen geschaffen, der die entstehenden Mehrbelastungen im städtischen Haushalt aufgefangen hätte. Aktuelle Beispiele hierfür sind der vorgenannte Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiZ) und dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) sowie die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Rahmen der Hartz IV-Reformen. Sowohl der Bund, als auch das Land NRW haben für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen eine steigende Kostenbeteiligung zugesichert. Allerdings sind sowohl die Unterbringungskosten, wie auch die noch nicht zu beziffernden Kosten für die Integration von Flüchtlingen zu einem wesentlichen Teil von der Stadt aufzubringen.
Insoweit kann trotz der aktuellen politischen Diskussionen auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Haushaltsbelastungen durch das Fehlen des Konnexitätsprinzips generiert werden, ohne dass die Stadt hierauf unmittelbar Einfluss nehmen könnte.

In der Gesamtschau ergibt sich für die städtische Haushaltswirtschaft folgende Risikobewertung:



PERSÖNLICHE ANGABEN DES VERWALTUNGSVORSTANDES UND DER RATSMITGLIEDER

VERWALTUNGSVORSTAND

Name, Vorname:	**Dr. Nienhaus, Ulrike**
Beruf:	Bürgermeisterin der Stadt Kaarst
Mitgliedschaften in Organen, Aufsichtsräten u.a. Kontrollgremien:	▪ Verwaltungsrat Sparkasse Neuss ▪ Risikoausschuss Sparkasse Neuss ▪ Hauptausschuss Sparkasse Neuss ▪ Verbandversammlung des Zweckverbandes der Sparkasse Neuss ▪ Vorsitzende Kuratorium Sparkassenstiftung Kaarst-Büttgen ▪ Beirat NGW Niederrhein. Gas- und Wasserwerke GmbH ▪ Verbandsvorsteherin Wasser- und Bodenverband Nordkanal ▪ Verwaltungsrat ITK Rheinland ▪ Fluglärmkommission Flughafen Düsseldorf ▪ Beirat ARGE des Rhein-Kreis Neuss ▪ Vorstandsmitglied der ISG Kaarst-Mitte ▪ Beirat Partnerschaftsverein Kaarst - La Madeleine ▪ Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Kaarst GmbH ▪ Beisitzerin des Bezirksverbandes Düsseldorf des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK)

Name, Vorname:	**Dr. Semmler, Sebastian**
Beruf:	Erster Beigeordneter der Stadt Kaarst
Mitgliedschaften in Organen, Aufsichtsräten u.a. Kontrollgremien:	▪ Verbandsvorsteher des Volkshochschulzweckverbandes Kaarst-Korschenbroich ▪ stellvertretender Vorsitzender Kuratorium Sparkassenstiftung Kaarst-Büttgen

Name, Vorname:	**Burkhart, Sigrid**
Beruf:	Technische Beigeordnete der Stadt Kaarst
Mitgliedschaften in Organen, Aufsichtsräten u.a. Kontrollgremien:	▪ Gesellschafterversammlung der Regionale Bahngesellschaft mbH ▪ Gesellschafterversammlung der Fahrbetriebsgesellschaft mbH der Regiobahn ▪ Aufsichtsrat Verkehrsges. Rhein-Kreis Neuss mbH ▪ Stellvertretend: Vorstand Wasser- und Bodenverband Nordkanal ▪ Flughafenbeirat Flughafen Düsseldorf GmbH ▪ stellvertretend: Fluglärmkommission Flughafen Düsseldorf

Name, Vorname:	**Meuser, Stefan**
Beruf:	Kämmerer der Stadt Kaarst
Mitgliedschaften in Organen, Aufsichtsräten u.a. Kontroll-gremien:	▪ Geschäftsführer der Stadtwerke Kaarst GmbH

Ratsmitglieder zum 31.12.2017

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Baum, Ursula	Römerstraße 45, 41564 Kaarst	Kauffrau	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Christoph, Lars	Jan-van-Werth-Straße 10, 41564 Kaarst	Rechtsanwalt	-	Aufsichtsrat der Stadtwerke Kaarst GmbH, Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes, Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Verwaltungsrat Sparkassenzweckverband	-
Ekici, Kocay	Neusser Str. 101d, 41564 Kaarst	Diplom-Ökonom/ Unternehmensberater	-	-	
Finger, Marcel	Lange Hecke 79, 41564 Kaarst	Geschäftsführer/ Kaufmann	-	-	-
Gaumitz, Christian	Moselstraße 3, 41564 Kaarst	Rettungsassistent, Dipl.-Jurist	-	Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Verwaltungsrat Sparkassenzweckverband	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Graber, Nadine	Friedensstr. 9. 41564 Kaarst	Lehrerin	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	
Hartings, Monika	Hinterfeld 20, 41564 Kaarst	Leiterin Kindertagesstätte	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Haupt, Dilek	Am Haindörnchen 32, 41564 Kaarst	Unternehmensberaterin	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Horn-Heinemann, Christian	Schlehenweg 14, 41564 Kaarst	Rechtsanwalt	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Aufsichtsrat Fahrbetriebsgesellschaft mbH der Regiobahn, Aufsichtsrat Regio-Bahn GmbH	-
John, Mathias	Jägerstr. 30, 41564 Kaarst	kfm.-Angestellter	-	Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Nordkanal	-
Karis, Josef	Kreuzstraße 47, 41564 Kaarst	Landwirt	-	Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Nordkanal	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Kopp, Günter	Königstraße 82a, 41564 Kaarst	Dipl.-Betriebswirt i.R.	-	Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes, Gesellschafterversammlung Stadtwerke Kaarst	-
Köppe, Claudia	Broicherdorfstraße 81a, 41564 Kaarst	Zahntechnikerin	-	Aufsichtsrat Stadtwerke Kaarst	-
Köbis, Hans-Joachim	Dürerstraße 10, 41564 Kaarst		-	Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes, Verbandsausschuss Wasser- und Bodenverband Nordkanal	-
Kotzian, Ingo	Broicherseite 4, 41564 Kaarst	Zimmerermeister	-	Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Kaarst	-
Kühl, Sabine	Broicherdorfstr. 114a, 41564 Kaarst	Medizinische Fachangestellte	-	Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW, Verbandsversammlung des Wasser- und Bodenverbandes Nordkanal	-
Kuhlmeier, Hildegard	Strümper Str. 9, 41564 Kaarst	Beamtin	-	-	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Ladeck, Sven	Alte Heerstr. 50, 41564 Kaarst	Kfz.-Mechantroniker/ Student	-	-	-
Latrouite, Anja	Broicherdorffstr. 117, 41564 Kaarst	Wissenschaftliche Angestellte	-	Beirat Partnerschaft Kaarst - La Madeleine, VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Lempke, Alfred	Strümper Str. 8, 41564 Kaarst	Rentner	-	Verbandsausschuss des Wasser- und Bodenverbandes Nordkanal	-
Link-Schnitzler, Irmgard	Gemsenstr. 37, 41564 Kaarst	Verwaltungswirtin	-	-	-
Michael-Fränzel, Marianne	Moselstraße 3, 41564 Kaarst	Verlagsgrafikerin, Fraktionsassistentin	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Milde, Rainer	Auf dem Rott 30, 41564 Kaarst	Dipl.-Verwaltungswirt	-	Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebund NRW, Verbandsausschuss des Wasser- und Bodenverbandes Nordkanal	-
Orlinski, Ulrich	Frankfurter Weg 4, 41564 Kaarst	Rechtsanwalt	-	-	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Otte, Christian	Hülchrather Str. 11, 41564 Kaarst	Kfm. Angestellter	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Kuratorium der Sparkassenstiftung	-
Otterbein, Guido	Freesienweg 2 a, 41564 Kaarst	Maschinen- und Anlagenbaukonstrukteur	-	Beirat Sportforum Kaarst-Büttgen	-
Palmen, Anneli	Giemesstraße 21, 41564 Kaarst	Journalistin	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Pruss, Matthias	Edelfalter 24, 41564 Kaarst	Schüler	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Rausch, Christof	Gemsenstr. 33, 41564 Kaarst	Angestellter	-	-	-
Reuter, Wolfgang	Oststr. 16, 41564 Kaarst	Rentner	-	Verbandsausschuss Wasser- und Bodenverband Nordkanal	-
Rosemann, Eckart	Haydnstr. 11a, 41564 Kaarst	Dipl.-Volkswirt	-	-	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Rüdiger, Anja	Niedersachsenstraße 8, 41564 Kaarst	Dipl.-Ing. Tiefbau	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Verbandsversammlung Wasser- u. Bodenverband Nordkanal, Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebund NRW, Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband, Beirat Sportforum Kaarst-Büttgen	-
Rütten, Hermann-Josef	Am Duffes Pohl 28, 41564 Kaarst	Postbeamter i.R.	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Beirat Naherholungsanlagen Rhein-Kreis Neuss, Aufsichtsrat Fahrbetriebsgesellschaft mbH der Regiobahn GmbH, Vorstand Wasser- und Bodenverband Nordkanal	-
Schell, Hans-Georg	Jupiterstr. 1	Bankdirektor i.R.	-	Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebund NRW, VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Schöneberg, Volker	Kolpingstraße 5, 41564 Kaarst	techn. Beamter, Sachbearbeiter	-	Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband, Vorstand Wasser- und Bodenverband Nordkanal	-
Schröder, Daniel	Gutenbergstr. 1a, 41564 Kaarst	Schüler	-	-	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Schröder, Wilbert	Alt Vorst 16, 415645 Kaarst	Kaufmann	-	-	-
Schubert, Reimer	Raitz-von-Frenz-Straße 17, 41564 Kaarst	Dipl.-Ingenieur	-	Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebund NRW, VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Schulze Bomke-Vossschulte, Marcel	Martinusstraße 34b, 41564 Kaarst	Rechtsanwalt	-	-	-
Schwengers, Stefan	Himmgasse 9, 41564 Kaarst	Dipl.-Ing. Agrar	-	-	-
Sülzenfuß, Hermann-Josef	Grünstraße 12, 41564 Kaarst	Lehrer	-	Mitgliedversammlung Städte- und Gemeindebund NRW	-
Thiele, Anne	Kaarster Str. 23, 41564 Kaarst	Juristin	-	Flughafenbeirat der Flughafen GmbH Düsseldorf, Verbandsausschuss Wasser- und Bodenverband Nordkanal	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Thißen, Theodor	Hinterfeld 14, 41564 Kaarst	Geschäftsführer Kreiswerke i.R.	-	Beirat Naherholungsanlagen des Rhein-Kreises Neuss, Verbandsversammlung des Zweckverbandes "IT-Kooperation Rheinland", Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Delegierter im Erftverband, Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband	-
Thönißen, Brigitta	Broicherdorfstraße 47c, 41564 Kaarst	Hausfrau	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Kuratorium der Sparkassenstiftung	-
Dr. Thywissen, Johann H.	An der Lauvenburg 3, 41564 Kaarst	Rechtsanwalt a.D.	-	Beirat Partnerschaftsverein Kaarst-La Madeleine, Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebund NRW, Verbandsausschuss Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband	-
Treger, Dagmar	Girmes-Kreuz-Straße 20, 41564 Kaarst	Lehrerin	-	Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Nordkanal, VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-

Name, Vorname	Anschrift	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien und anderen Gremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitglied in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Weingran, Anja	Benatekstr. 8, 41564 Kaarst	Sprachwissenschaftlerin	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich	-
Wetzler, Markus	Effertzfeld 11, 41564 Kaarst	IT-Sicherheitsbeauftragter	-	-	-
Weyers, Rolf-Peter	Raderbroicher Straße 13, 41564 Kaarst	Verwaltungsleiter	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Gesellschafterversammlung Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss GmbH, Gesellschafterversammlung Regio-Bahn GmbH	-
Zelleröhr, Angelika	Matthias-Claudius-Straße 10, 41564 Kaarst	Verwaltungsfachangestellte	-	VHS-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich, Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebund NRW	-

Teilergebnisrechnungen auf Produktbereichsebene

Im Folgenden werden die einzelnen Teilergebnisrechnungen auf Produktbereichsebene dargestellt. Größere Abweichungen in den Aufwands- und Ertragsarten der Einzelpläne werden näher erläutert.

Um Wiederholungen zu vermeiden, wird - bevor die einzelnen Teilergebnisrechnungen dargestellt werden - auf einzelne Positionen eingegangen. Erläutert werden im Vorfeld die Positionen Personalaufwendungen, bilanzielle Abschreibungen und die Auflösung von Sonderposten.

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Insgesamt sind Abweichungen im Bereich der Personalaufwendungen (+ 477 Tsd. EUR) und Versorgungsaufwendungen (+ 732 Tsd. EUR) im Vergleich zum Planansatz aufgetreten, die in weiten Teilen durch die Bildung von Pensions- und Versorgungsrückstellungen begründet sind.

Bilanzielle Abschreibungen

Die Abweichungen im Bereich der bilanziellen Abschreibung beruhen zunächst darauf, dass die Aufwendungen für Abschreibungen zentral auf das Sachkonto Abschreibungen auf Sachanlagen geplant wurden. In der Haushaltsausführung wurden die Abschreibungen jedoch differenzierter verbucht. Hinzu kommt, dass Abschreibungen, sowohl auf Sachanlagevermögen, als auch auf Forderungen insgesamt höher ausgefallen sind, als ursprünglich geplant. Dies resultiert zum Teil daraus, dass zum Zeitpunkt der Etatisierung der Aufwendungen Anlagen noch als Anlagen im Bau geführt wurden, die jedoch unterjährig aktiviert wurden.

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

In Analogie zu den Aufwendungen aus bilanziellen Abschreibungen haben sich auch bei den Auflösungen von Sonderposten aus Zuwendungen insoweit Abweichungen ergeben, als dass Zuweisungen erst mit der Aktivierung von Anlagen einer ertragswirksamen Auflösung unterliegen. Im Folgenden werden die Auflösungen von Sonderposten unter den Positionen „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ sowie „Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ nicht näher erläutert.

Teilergebnisrechnungen auf Produktbereichsebene

Produktbereich 010 - Innere Verwaltung

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.103.324,64	2.082.793	2.052.899,94	29.893,06
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.716,35	2.032	2.905,52	873,52-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	876.468,44	821.869	1.020.408,51	198.539,51-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	493.224,36	357.800	596.015,93	238.215,93-
+	Sonstige ordentliche Erträge	2.147.617,48	5.775.928	2.244.432,75	3.531.495,25
=	**Ordentliche Erträge**	**5.623.351,27**	**9.040.422**	**5.916.662,65**	**3.123.759,35**
-	Personalaufwendungen	-8.742.174,55	-8.589.538	8.947.156,02-	357.618,02
-	Versorgungsaufwendungen	-2.232.760,97	-1.920.600	2.652.620,68-	732.020,68
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.852.676,31	-5.990.400	5.147.804,84-	842.595,16-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-3.935.870,32	-3.776.477	3.854.275,39-	77.798,39
-	Transferaufwendungen	-64.135,10	-39.225	28.543,00-	10.682,00-
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.369.465,21	-3.423.389	3.490.842,97-	67.453,97
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-24.197.082,46**	**-23.739.629**	**24.121.242,90-**	**381.613,90**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-18.573.731,19**	**-14.699.207**	**18.204.580,25-**	**3.505.373,25**
+	Finanzerträge	923,13	590	806,27	216,27-
=	**Finanzergebnis**	**923,13**	**590**	**806,27**	**216,27-**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-18.572.808,06**	**-14.698.617**	**18.203.773,98-**	**3.505.156,98**
-	Außerordentliche Aufwendungen	-103,43	0	0,00	0,00
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**-103,43**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-18.572.911,49**	**-14.698.617**	**18.203.773,98-**	**3.505.156,98**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	4.017.544,43	4.561.224	3.690.808,56	870.415,44
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-334.208,40	-409.918	5.482,06-	404.435,94-
=	**Ergebnis**	**-14.889.575,46**	**-10.547.311**	**14.518.447,48-**	**3.971.136,48**

Sonstige ordentliche Erträge

Die Mindererträge im Bereich der sonstigen ordentlichen Erträge resultieren insbesondere aus den im Jahr 2017 nicht zum Abschluss gebrachten Grundstücksveräußerungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Im Bereich der größeren Instandsetzungen, der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens sowie der Bewirtschaftung der Gebäude und baulichen Anlagen wurden rd. 748.340 Tsd. EUR weniger verausgabt als ursprünglich geplant.

Produktbereich 020 - Sicherheit und Ordnung

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	55.556,99	52.380	59.296,64	6.916,64-
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	506.934,20	520.000	534.822,63	14.822,63-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.049,17	12.000	22.912,80	10.912,80-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.903,15	61.600	81.557,51	19.957,51-
+	Sonstige ordentliche Erträge	113.562,41	106.600	118.239,73	11.639,73-
=	**Ordentliche Erträge**	**691.005,92**	**752.580**	**816.829,31**	**64.249,31-**
-	Personalaufwendungen	-2.024.364,46	-1.789.566	2.014.961,41-	225.395,41
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-450.001,77	-483.100	465.808,99-	17.291,01-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-188.551,33	-195.110	192.334,19-	2.775,81-
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-130.263,83	-185.076	203.717,19-	18.641,19
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-2.793.181,39**	**-2.652.852**	**2.876.821,78-**	**223.969,78**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-2.102.175,47**	**-1.900.272**	**2.059.992,47-**	**159.720,47**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-2.102.175,47**	**-1.900.272**	**2.059.992,47-**	**159.720,47**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-2.102.175,47**	**-1.900.272**	**2.059.992,47-**	**159.720,47**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	-70.567	0,00	70.567,00-
=	**Ergebnis**	**-2.102.175,47**	**-1.970.839**	**2.059.992,47-**	**89.153,47**

Produktbereich 030 - Schulträgeraufgaben

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.105.962,47	1.149.587	603.017,64	546.569,36
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	581,30	581,30-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	683.216,02	831.431	817.194,32	14.236,68
=	**Ordentliche Erträge**	**1.789.178,49**	**1.981.018**	**1.420.793,26**	**560.224,74**
-	Personalaufwendungen	-1.104.682,13	-1.145.356	1.063.270,84-	82.085,16-
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-790.533,73	-912.980	886.264,09-	26.715,91-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-315.285,05	-281.104	268.576,61-	12.527,39-
-	Transferaufwendungen	-2.244.374,37	-2.406.485	2.477.287,30-	70.802,30
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-500.980,46	-407.348	435.118,01-	27.770,01
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-4.955.855,74**	**-5.153.273**	**5.130.516,85-**	**22.756,15-**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-3.166.677,25**	**-3.172.255**	**3.709.723,59-**	**537.468,59**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-3.166.677,25**	**-3.172.255**	**3.709.723,59-**	**537.468,59**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-3.166.677,25**	**-3.172.255**	**3.709.723,59-**	**537.468,59**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	109.688,22	109.688,22-
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-2.119.176,32	-2.751.657	2.103.076,65-	648.580,35-
=	**Ergebnis**	**-5.285.853,57**	**-5.923.912**	**5.703.112,02-**	**220.799,98-**

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Während in der Planung für den Haushalt 2017 der Landeszuschuss für die offene Ganztagsschule für das gesamte Schuljahr geplant wurde, wurde die Verbuchung der Erträge periodengerecht für die Jahre 2017/2018 abgegrenzt. Somit kommt es in diesem Bereich zu Mindererträgen für das Haushaltsjahr 2017.

Produktbereich 040 - Kultur

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	62.134,21	59.455	64.945,05	5.490,05-
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33.461,70	30.600	35.225,79	4.625,79-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	568.410,87	603.500	550.119,25	53.380,75
+	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	600	99,00	501,00
=	**Ordentliche Erträge**	**664.006,78**	**694.155**	**650.389,09**	**43.765,91**
-	Personalaufwendungen	-746.701,63	-563.730	696.823,20-	133.093,20
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-508.105,66	-477.400	520.045,10-	42.645,10
-	Bilanzielle Abschreibungen	-88.153,34	-84.192	89.864,62-	5.672,62
-	Transferaufwendungen	-702.567,88	-686.384	679.358,53-	7.025,47-
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-56.978,58	-40.400	50.311,72-	9.911,72
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-2.102.507,09**	**-1.852.106**	**2.036.403,17-**	**184.297,17**
=	**Ordentliches Ergbnis**	**-1.438.500,31**	**-1.157.951**	**1.386.014,08-**	**228.063,08**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-1.438.500,31**	**-1.157.951**	**1.386.014,08-**	**228.063,08**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-1.438.500,31**	**-1.157.951**	**1.386.014,08-**	**228.063,08**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-173.135,70	-96.390	120.727,31-	24.337,31
=	**Ergebnis**	**-1.611.636,01**	**-1.254.341**	**1.506.741,39-**	**252.400,39**

Produktbereich 050 - Soziale Hilfen

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.872.430,00	0	3.408.612,00	3.408.612,00-
+	Sonstige Transfererträge	48.754,64	6.200	1.785,77	4.414,23
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.398,78	0	9,83	9,83-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	253.114,33	253.114,33-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.727,48	5.500.000	0,00	5.500.000,00
=	**Ordentliche Erträge**	**4.927.310,90**	**5.506.200**	**3.663.521,93**	**1.842.678,07**
-	Personalaufwendungen	-1.014.494,35	-924.373	1.111.586,93-	187.213,93
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.093,06	-9.000	1.801,75-	7.198,25-
-	Transferaufwendungen	-5.260.287,98	-5.675.287	3.459.780,91-	2.215.506,09-
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-589,90	-2.350	466,70-	1.883,30-
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-6.277.465,29**	**-6.611.010**	**4.573.636,29-**	**2.037.373,71-**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-1.350.154,39**	**-1.104.810**	**910.114,36-**	**194.695,64-**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-1.350.154,39**	**-1.104.810**	**910.114,36-**	**194.695,64-**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-1.350.154,39**	**-1.104.810**	**910.114,36-**	**194.695,64-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-8.296,35	-1.670	0,00	1.670,00-
=	**Ergebnis**	**-1.358.450,74**	**-1.106.480**	**910.114,36-**	**196.365,64-**

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die hier zu verzeichnenden hohen Abweichungen zu den entsprechenden Planansätzen resultieren aus internen Buchungsveränderungen. So wurden die Erträge durch die Landeszuweisung FluAG unter den Kostenerstattungen und Kostenumlagen geplant, im laufendem Buchungsgeschäft jedoch unter den Zuwendungen des Landes verbucht.

Transferaufwendungen

Aufgrund des abnehmenden Flüchtlingszustroms und dem Anstieg der Personenanzahl, die als Flüchtlinge anerkannt wurden und somit Leistungen vom Jobcenter erhalten, nahm die Anzahl der Personen mit Anspruch auf Asylleistungen im Jahr 2017 kontinuierlich ab, so das hier Minderaufwendungen zu verzeichnen sind.

Produktbereich 060 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.432.882,92	5.765.396	6.747.603,42	982.207,42-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	38.755,82	28.000	24.041,11	3.958,89
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.806.273,02	4.717.365	4.555.381,03	161.983,97
+	Sonstige ordentliche Erträge	27.903,74	0	34.653,16	34.653,16-
=	**Ordentliche Erträge**	**8.305.815,50**	**10.510.761**	**11.361.678,72**	**850.917,72-**
-	Personalaufwendungen	-8.144.522,79	-8.772.251	8.270.344,05-	501.906,95-
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-184.796,56	-197.824	183.623,94-	14.200,06-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-107.519,63	-135.057	226.561,55-	91.504,55
-	Transferaufwendungen	-5.283.283,32	-5.638.700	5.533.593,60-	105.106,40-
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-6.309.157,94	-6.899.365	7.553.332,63-	653.967,63
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-20.029.280,24**	**-21.643.197**	**21.767.455,77-**	**124.258,77**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-11.723.464,74**	**-11.132.436**	**10.405.777,05-**	**726.658,95-**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-11.723.464,74**	**-11.132.436**	**10.405.777,05-**	**726.658,95-**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-11.723.464,74**	**-11.132.436**	**10.405.777,05-**	**726.658,95-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-461.384,75	-280.182	407.246,15-	127.064,15
=	**Ergebnis**	**-12.184.849,49**	**-11.412.618**	**10.813.023,20-**	**599.594,80-**

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Der hier erzielte Mehrertrag resultiert zum größten Teil aus nicht geplanten Landeszuschüssen für den Bereich Kita.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Mehraufwendungen unter den sonstigen ordentlichen Aufwendungen basieren auf Aufwendungen, die auf den Mehrerträgen der nicht geplanten Landeszuschüssen resultieren. So wurden erhaltene Zuwendungen teilweise an die Freien Träger der Kitas weitergeleitet.

Produktbereich 080 - Sportförderung

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	76.875,75	73.675	77.417,39	3.742,39-
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	126.228,02	130.000	102.487,79	27.512,21
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	600	0,00	600,00
+	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	102.464,92	102.464,92-
=	**Ordentliche Erträge**	**203.103,77**	**204.275**	**282.370,10**	**78.095,10-**
-	Personalaufwendungen	-591.751,90	-579.715	610.024,63-	30.309,63
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-103.400,48	-34.550	60.245,77-	25.695,77
-	Bilanzielle Abschreibungen	-191.764,32	-151.211	193.048,33-	41.837,33
-	Transferaufwendungen	-374.189,64	-388.800	375.160,17-	13.639,83-
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-5.299,80	-3.200	4.214,25-	1.014,25
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-1.266.406,14**	**-1.157.476**	**1.242.693,15-**	**85.217,15**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-1.063.302,37**	**-953.201**	**960.323,05-**	**7.122,05**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-1.063.302,37**	**-953.201**	**960.323,05-**	**7.122,05**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-1.063.302,37**	**-953.201**	**960.323,05-**	**7.122,05**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-687.965,15	-646.490	653.532,54-	7.042,54
=	**Ergebnis**	**-1.751.267,52**	**-1.599.691**	**1.613.855,59-**	**14.164,59**

Produktbereich 090 - Räumliche Planung und Entwicklung

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.554,00	6.500	7.081,00	581,00-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	10.000	0,00	10.000,00
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	19.874,18	19.874,18-
+	Sonstige ordentliche Erträge	64,75	0	42,50	42,50-
=	**Ordentliche Erträge**	**7.618,75**	**16.500**	**26.997,68**	**10.497,68-**
-	Personalaufwendungen	-606.308,25	-604.786	540.738,65-	64.047,35-
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-214.764,12	-253.000	229.720,88-	23.279,12-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-1.114,20	-1.068	1.114,20-	46,20
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-16.648,10	0	17.812,63-	17.812,63
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-838.834,67**	**-858.854**	**789.386,36-**	**69.467,64-**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-831.215,92**	**-842.354**	**762.388,68-**	**79.965,32-**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-831.215,92**	**-842.354**	**762.388,68-**	**79.965,32-**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-831.215,92**	**-842.354**	**762.388,68-**	**79.965,32-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
=	**Ergebnis**	**-831.215,92**	**-842.354**	**762.388,68-**	**79.965,32-**

Produktbereich 100 - Bauen und Wohnen

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Sonstige Transfererträge	1.380.659,49	0	212.573,34	212.573,34-
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.032.032,31	542.600	776.134,37	233.534,37-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	128,86	9.350	56.212,11	46.862,11-
+	Sonstige ordentliche Erträge	5.341,00	8.000	2.700,00	5.300,00
=	**Ordentliche Erträge**	**2.418.161,66**	**559.950**	**1.047.619,82**	**487.669,82-**
-	Personalaufwendungen	-1.071.938,17	-1.002.829	986.710,69-	16.118,31-
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.781.426,02	-675.500	449.225,34-	226.274,66-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-157.422,53	-28.258	176.308,47-	148.050,47
-	Transferaufwendungen	-208.695,87	-1.000	2.417,36-	1.417,36
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.046.718,50	-697.067	576.065,76-	121.001,24-
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-4.266.201,09**	**-2.404.654**	**2.190.727,62-**	**213.926,38-**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-1.848.039,43**	**-1.844.704**	**1.143.107,80-**	**701.596,20-**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-1.848.039,43**	**-1.844.704**	**1.143.107,80-**	**701.596,20-**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-1.848.039,43**	**-1.844.704**	**1.143.107,80-**	**701.596,20-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	81.904,47	0	3.360,99	3.360,99-
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
=	**Ergebnis**	**-1.766.134,96**	**-1.844.704**	**1.139.746,81-**	**704.957,19-**

Sonstige Transfererträge

Hierbei handelt es sich um Mehrerträge, welche aus der Endabrechnung der Unterbringungskosten für die Erstaufnahmestelle der Flüchtlinge mit der Bezirksregierung Düsseldorf resultieren.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Erstattungen durch Dritte führten hier zu nicht kalkulierten Mehrerträgen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die hier abgebildeten Minderaufwendungen resultieren aus Einsparungen im Bereich der Mieten und Pachten.

Produktbereich 110 – Ver- und Entsorgung

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	398.254,92	381.258	398.255,00	16.997,00-
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.079.257,08	10.763.345	10.834.364,33	71.019,33-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	261.590,26	286.150	213.431,30	72.718,70
+	Sonstige ordentliche Erträge	1.939.998,82	2.104.800	1.776.753,17	328.046,83
=	**Ordentliche Erträge**	**13.679.101,08**	**13.535.553**	**13.222.803,80**	**312.749,20**
-	Personalaufwendungen	-634.618,17	-644.385	686.232,40-	41.847,40
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.819.402,73	-1.787.600	1.579.727,82-	207.872,18-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-1.381.596,69	-1.323.164	1.384.620,20-	61.456,20
-	Transferaufwendungen	-4.270.900,28	-4.163.000	4.172.135,23-	9.135,23
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.504.991,02	-2.519.263	2.279.760,35-	239.502,65-
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-10.611.508,89**	**-10.437.412**	**10.102.476,00-**	**334.936,00-**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**3.067.592,19**	**3.098.141**	**3.120.327,80**	**22.186,80-**
+	**Finanzerträge**	**760.000,00**	**650.000**	**688.500,00**	**38.500,00-**
=	**Finanzergebnis**	**760.000,00**	**650.000**	**688.500,00**	**38.500,00-**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**3.827.592,19**	**3.748.141**	**3.808.827,80**	**60.686,80-**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**3.827.592,19**	**3.748.141**	**3.808.827,80**	**60.686,80-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-749.607,00	-716.461	806.661,00-	90.200,00
=	**Ergebnis**	**3.077.985,19**	**3.031.680**	**3.002.166,80**	**29.513,20**

Sonstige ordentliche Erträge

Hierbei handelt es sich insbesondere um Mindererträge im Bereich der Konzessionsabgaben.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Im Bereich der Deponiekosten wurden die kalkulierten Gebühren für die Benutzung der Deponie nicht in der veranschlagten Höhe benötigt.

Produktbereich 120 – Verkehrsflächen und –anlagen

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	365.954,44	349.508	353.861,66	4.353,66-
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.519.195,05	1.578.094	1.519.988,22	58.105,78
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.784,43	0	2.698,00	2.698,00-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	77.064,36	78.000	146.246,87	68.246,87-
+	Sonstige ordentliche Erträge	39.770,64	0	105.508,15	105.508,15-
=	**Ordentliche Erträge**	**2.004.768,92**	**2.005.602**	**2.128.302,90**	**122.700,90-**
-	Personalaufwendungen	-563.504,26	-619.427	577.832,00-	41.595,00-
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.151.155,32	-1.431.400	1.191.822,37-	239.577,63-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-2.460.751,08	-2.328.684	2.414.064,87-	85.380,87
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-627.393,59	-765.000	695.638,99-	69.361,01-
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-4.802.804,25**	**-5.144.511**	**4.879.358,23-**	**265.152,77-**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-2.798.035,33**	**-3.138.909**	**2.751.055,33-**	**387.853,67-**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-2.798.035,33**	**-3.138.909**	**2.751.055,33-**	**387.853,67-**
-	Außerordentliche Aufwendungen	103,43	0	0,00	0,00
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**103,43**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-2.797.931,90**	**-3.138.909**	**2.751.055,33-**	**387.853,67-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	620.603,00	620.306	469.253,00	151.053,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-149.701,00	-146.783	152.834,00-	6.051,00
=	**Ergebnis**	**-2.327.029,90**	**-2.665.386**	**2.434.636,33-**	**230.749,67-**

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Im Bereich des Winterdienstes sind die Aufwendungen nicht in der ursprünglich kalkulierten Höhe angefallen, da der vergleichsweise milde Winter weniger Dienstleistung in Anspruch nahm.

Produktbereich 130 - Natur- und Landschaftspflege

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	17.837,07	17.612	12.877,19	4.734,81
+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	448.748,04	448.060	538.896,95	90.836,95-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.614,61	5.000	12.927,46	7.927,46-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.191,97	931	930,85	0,15
+	Sonstige ordentliche Erträge	200,00	0	8.115,00	8.115,00-
=	**Ordentliche Erträge**	**473.591,69**	**471.603**	**573.747,45**	**102.144,45-**
-	Personalaufwendungen	-1.577.144,94	-1.386.593	1.647.715,26-	261.122,26
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-525.366,81	-734.100	540.006,07-	194.093,93-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-172.463,18	-171.072	137.725,26-	33.346,74-
-	Transferaufwendungen	-117.473,04	-127.000	120.391,13-	6.608,87-
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.701,48	-2.500	1.777,57-	722,43-
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-2.394.149,45**	**-2.421.265**	**2.447.615,29-**	**26.350,29**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-1.920.557,76**	**-1.949.662**	**1.873.867,84-**	**75.794,16-**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-1.920.557,76**	**-1.949.662**	**1.873.867,84-**	**75.794,16-**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-1.920.557,76**	**-1.949.662**	**1.873.867,84-**	**75.794,16-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-6.205,19	-33.822	0,00	33.822,00-
=	**Ergebnis**	**-1.926.762,95**	**-1.983.484**	**1.873.867,84-**	**109.616,16-**

Produktbereich 140 – Umweltschutz

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
=	**Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
-	Personalaufwendungen	-40.609,73	-78.972	26.989,62-	51.982,38-
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.965,17	-20.000	9.027,15-	10.972,85-
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.370,34	-1.400	1.370,34-	29,66-
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-54.945,24**	**-100.372**	**37.387,11-**	**62.984,89-**
=	**Ordentliche Ergebnis**	**-54.945,24**	**-100.372**	**37.387,11-**	**62.984,89-**
=	**Finanzergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-54.945,24**	**-100.372**	**37.387,11-**	**62.984,89-**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-54.945,24**	**-100.372**	**37.387,11-**	**62.984,89-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
=	**Ergebnis**	**-54.945,24**	**-100.372**	**37.387,11-**	**62.984,89-**

Produktbereich 150 - Wirtschaft und Tourismus

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.706,58	10.100	10.260,78	160,78-
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	130,00	500	17.086,84	16.586,84-
+	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	10.455,80	10.455,80-
=	**Ordentliche Erträge**	**10.836,58**	**10.600**	**37.803,42**	**27.203,42-**
-	Personalaufwendungen	-371.726,25	-435.243	433.680,97-	1.562,03-
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-64.691,85	-99.300	57.569,53-	41.730,47-
-	Bilanzielle Abschreibungen	-35.580,00	-34.103	35.580,00-	1.477,00
-	Transferaufwendungen	-15.811,37	-10.000	10.512,21-	512,21
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-16.061,42	-88.633	31.003,29-	57.629,71-
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-503.870,89**	**-667.279**	**568.346,00-**	**98.933,00-**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**-493.034,31**	**-656.679**	**530.542,58-**	**126.136,42-**
+	Finanzerträge	67.701,74	4.000	320.379,73	316.379,73-
=	**Finanzergebnis**	**67.701,74**	**4.000**	**320.379,73**	**316.379,73-**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-425.332,57**	**-652.679**	**210.162,85-**	**442.516,15-**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**-425.332,57**	**-652.679**	**210.162,85-**	**442.516,15-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-30.372,04	-27.590	23.551,06-	4.038,94-
=	**Ergebnis**	**-455.704,61**	**-680.269**	**233.713,91-**	**446.555,09-**

Finanzerträge

Für das Jahr 2017 konnten nicht geplante Gewinnanteile der Sparkasse Neuss verbucht werden.

Produktbereich 160 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
	Steuern und ähnliche Abgaben	59.756.835,08	56.526.221	86.257.095,33	29.730.874,33-
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.354.847,04	2.332.601	2.326.055,08	6.545,92
+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	497.276,00	497.276,00-
+	Sonstige ordentliche Erträge	343.932,19	189.000	1.513.274,28	1.324.274,28-
=	**Ordentliche Erträge**	**61.455.614,31**	**59.047.822**	**90.593.700,69**	**31.545.878,69-**
-	Bilanzielle Abschreibungen	-10.799,93	0	95.257,74-	95.257,74
-	Transferaufwendungen	-23.399.594,30	-23.744.195	25.988.055,86-	2.243.860,86
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	307.106,08	-860.000	7.330.516,70-	6.470.516,70
=	**Ordentliche Aufwendungen**	**-23.103.288,15**	**-24.604.195**	**33.413.830,30-**	**8.809.635,30**
=	**Ordentliches Ergebnis**	**38.352.326,16**	**34.443.627**	**57.179.870,39**	**22.736.243,39-**
-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-152.441,94	-534.286	209.318,57-	324.967,43-
=	**Finanzergebnis)**	**-152.441,94**	**-534.286**	**209.318,57-**	**324.967,43-**
=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**38.199.884,22**	**33.909.341**	**56.970.551,82**	**23.061.210,82-**
=	**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen -**	**38.199.884,22**	**33.909.341**	**56.970.551,82**	**23.061.210,82-**
+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0,00	0,00
=	**Ergebnis**	**38.199.884,22**	**33.909.341**	**56.970.551,82**	**23.061.210,82-**

Steuern und ähnliche Abgaben

Die unter dieser Position verzeichneten Mehrerträge resultieren insbesondere aus Mehrerträgen im Bereich der Gewerbesteuer.

Sonstige Transfererträge

Der hier erzielte Mehrertrag resultiert zum größten Teil aus nicht geplanten Landeszuschüssen für das Förderprogramm „Gute Schule 2020“.

Sonstige ordentliche Erträge

Die hier erzielten Mehrerträge resultieren insbesondere aus der Abgabenverzinsung.

Transferaufwendungen

Die Mehraufwendungen im Bereich der Transferaufwendungen liegen zum großen Teil in den Mehrerträgen der Gewerbesteuer begründet. Hierdurch erhöhten sich im Jahr 2017 die

auf den Gewerbesteuererträgen basierenden Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage und den Fonds der deutschen Einheit.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Mehraufwendungen resultieren aus den vorgenommen Wertberichtigungen im Bereich der Forderungen.

Teilfinanzrechnungen auf Produktbereichsebene

Produktbereich 010 - Innere Verwaltung

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.160,00	54.160	10.829,78	43.330,22
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.518,85	0	727,80	727,80-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	904.099,86	821.869	1.025.183,93	203.314,93-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	500.908,28	357.800	516.289,44	158.489,44-
+	Sonstige Einzahlungen	4.499.951,65	63.100	4.243.630,30-	4.306.730,30
+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	60,35	590	0,00	590,00
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**5.910.698,99**	**1.297.519**	**2.690.599,35-**	**3.988.118,35**
-	Personalauszahlungen	-7.963.380,81	-7.730.503	8.140.972,83-	410.469,83
-	Versorgungsauszahlungen	-2.210.319,38	-1.920.600	2.692.806,03-	772.206,03
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.694.149,36	-5.990.400	5.549.770,30-	440.629,70-
-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-28,60	0	0,00	0,00
-	Transferauszahlungen	-44.813,80	-39.225	28.864,30-	10.360,70-
-	Sonstige Auszahlungen	-3.390.990,98	-3.423.389	3.326.404,67-	96.984,33-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-19.303.682,93**	**-19.104.117**	**19.738.818,13-**	**634.701,13**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-13.392.983,94**	**-17.806.598**	**22.429.417,48-**	**4.622.819,48**
+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	3.475,56	0	77.655,11	77.655,11-
+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	2.572.810,50	7.262.215	3.999.628,49	3.262.586,51
+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	6.598,85	4.220	4.979,41	759,41-
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.582.884,91**	**7.266.435**	**4.082.263,01**	**3.184.171,99**
-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-1.435.751,93	-6.762.262	1.700.324,64-	5.061.937,36-
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-21.870,36	-2.552.000	141.110,51-	2.410.889,49-
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-112.162,48	-180.000	242.188,69-	62.188,69
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-1.569.784,77**	**-9.494.262**	**2.083.623,84-**	**7.410.638,16-**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**1.013.100,14**	**-2.227.827**	**1.998.639,17**	**4.226.466,17-**

Produktbereich 020 - Sicherheit und Ordnung

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	617.503,29	520.000	362.279,83	157.720,17
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.807,42	12.000	19.908,03	7.908,03-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5.807,15	61.600	67.275,95	5.675,95-
+	Sonstige Einzahlungen	110.794,02	106.600	117.352,25	10.752,25-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**742.911,88**	**700.200**	**566.816,06**	**133.383,94**
-	Personalauszahlungen	-1.826.711,98	-1.650.195	1.803.846,16-	153.651,16
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-462.314,22	-483.100	455.306,23-	27.793,77-
-	Sonstige Auszahlungen	-126.325,49	-185.076	198.118,58-	13.042,58
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-2.415.351,69**	**-2.318.371**	**2.457.270,97-**	**138.899,97**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.672.439,81**	**-1.618.171**	**1.890.454,91-**	**272.283,91**
+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	64.535,17	72.234	64.795,27	7.438,73
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**64.535,17**	**72.234**	**64.795,27**	**7.438,73**
-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-6.123,80	0	562,67	562,67-
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-371.950,05	-2.709.252	1.051.100,12-	1.658.151,88-
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-436.607,28	-406.000	89.035,35-	316.964,65-
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-814.681,13**	**-3.115.252**	**1.139.572,80-**	**1.975.679,20-**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-750.145,96**	**-3.043.018**	**1.074.777,53-**	**1.968.240,47-**

Produktbereich 030 - Schulträgeraufgaben

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.066.169,23	1.127.521	1.191.153,54	63.632,54-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	694.164,11	831.431	766.973,92	64.457,08
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.760.333,34**	**1.958.952**	**1.958.127,46**	**824,54**
-	Personalauszahlungen	-979.110,40	-1.109.553	1.016.070,87-	93.482,13-
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-820.988,34	-912.980	839.111,35-	73.868,65-
-	Transferauszahlungen	-2.287.897,81	-2.406.485	2.470.956,82-	64.471,82
-	Sonstige Auszahlungen	-547.931,66	-407.348	373.472,01-	33.875,99-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-4.635.928,21**	**-4.836.366**	**4.699.611,05-**	**136.754,95-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-2.875.594,87**	**-2.877.414**	**2.741.483,59-**	**135.930,41-**
+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	20.415,56	0	4.798,30	4.798,30-
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**20.415,56**	**0**	**4.798,30**	**4.798,30-**
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.564.264,10	-275.800	2.492.194,58-	2.216.394,58
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-154.798,18	-181.630	207.266,26-	25.636,26
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-1.719.062,28**	**-457.430**	**2.699.460,84-**	**2.242.030,84**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-1.698.646,72**	**-457.430**	**2.694.662,54-**	**2.237.232,54**

Produktbereich 040 - Kultur

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.207,28	8.787	8.796,95	9,95-
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33.455,70	30.600	35.231,79	4.631,79-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	597.084,44	603.500	560.986,53	42.513,47
+	Sonstige Einzahlungen	34.790,03	600	35.664,48	35.064,48-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**674.537,45**	**643.487**	**640.679,75**	**2.807,25**
-	Personalauszahlungen	-678.454,08	-517.282	628.070,47-	110.788,47
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-527.406,08	-477.400	511.662,33-	34.262,33
-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-513,70	0	0,00	0,00
-	Transferauszahlungen	-699.428,31	-686.384	680.696,61-	5.687,39-
-	Sonstige Auszahlungen	-56.954,13	-40.400	51.071,48-	10.671,48
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.962.756,30**	**-1.721.466**	**1.871.500,89-**	**150.034,89**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit)**	**-1.288.218,85**	**-1.077.979**	**1.230.821,14-**	**152.842,14**
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-4.670,34	-27.500	23.797,53-	3.702,47-
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-4.670,34**	**-27.500**	**23.797,53-**	**3.702,47-**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-4.670,34**	**-27.500**	**23.797,53-**	**3.702,47-**

Produktbereich 050 - Soziale Hilfen

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.872.430,00	0	3.204.236,00	3.204.236,00-
+	Sonstige Transfereinzahlungen	46.124,28	6.200	35.623,46-	41.823,46
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.038,43	0	370,18	370,18-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	253.114,33	253.114,33-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.727,48	5.500.000	1.474,24	5.498.525,76
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**4.924.320,19**	**5.506.200**	**3.423.571,29**	**2.082.628,71**
-	Personalauszahlungen	-889.778,87	-855.111	966.889,16-	111.778,16
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.093,06	-9.000	1.778,25-	7.221,75-
-	Transferauszahlungen	-5.368.425,61	-5.675.287	3.372.651,62-	2.302.635,38-
-	Sonstige Auszahlungen	-589,90	-2.350	466,70-	1.883,30-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-6.260.887,44**	**-6.541.748**	**4.341.785,73-**	**2.199.962,27-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.336.567,25**	**-1.035.548**	**918.214,44-**	**117.333,56-**
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**

Produktbereich 060 - Kinder-, Jugend und Familienhilfe

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.422.066,17	5.765.005	7.675.048,48	1.910.043,48-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	35.309,62	28.000	27.472,31	527,69
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.833.403,26	4.717.365	4.583.033,35	134.331,65
+	Sonstige Einzahlungen	3.852,94	0	4.084,56	4.084,56-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**8.294.631,99**	**10.510.370**	**12.289.638,70**	**1.779.268,70-**
-	Personalauszahlungen	-7.935.928,08	-8.646.139	8.122.120,75-	524.018,25-
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-173.086,76	-197.824	167.881,15-	29.942,85-
-	Transferauszahlungen	-5.197.892,15	-5.638.700	5.542.052,96-	96.647,04-
-	Sonstige Auszahlungen	-6.175.173,83	-6.899.365	7.517.572,97-	618.207,97
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-19.482.080,82**	**-21.382.028**	**21.349.627,83-**	**32.400,17-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-11.187.448,83**	**-10.871.658**	**9.059.989,13-**	**1.811.668,87-**
+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	180.000,00	189.000	393.542,84	204.542,84-
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**180.000,00**	**189.000**	**393.542,84**	**204.542,84-**
-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-50.475,45	0	26.689,02-	26.689,02
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-584.194,79	-3.040.000	444.233,04-	2.595.766,96-
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-55.771,08	-240.000	102.490,65-	137.509,35-
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-690.441,32**	**-3.280.000**	**573.412,71-**	**2.706.587,29-**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-510.441,32**	**-3.091.000**	**179.869,87-**	**2.911.130,13-**

Produktbereich 080 - Sportförderung

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	131.169,27	130.000	110.929,29	19.070,71
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	639,09	600	0,00	600,00
+	Sonstige Einzahlungen	8.685,76	0	6.928,81	6.928,81-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**140.494,12**	**130.600**	**117.858,10**	**12.741,90**
-	Personalauszahlungen	-541.956,93	-534.000	573.698,78-	39.698,78
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-39.007,33	-34.550	72.716,75-	38.166,75
-	Transferauszahlungen	-314.932,85	-388.800	435.160,32-	46.360,32
-	Sonstige Auszahlungen	-3.996,84	-3.200	4.099,98-	899,98
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-899.893,95**	**-960.550**	**1.085.675,83-**	**125.125,83**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-759.399,83**	**-829.950**	**967.817,73-**	**137.867,73**
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.309,02	0	9.664,55-	9.664,55
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-4.039,75	0	22.812,18-	22.812,18
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-6.348,77**	**0**	**32.476,73-**	**32.476,73**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-6.348,77**	**0**	**32.476,73-**	**32.476,73**

Produktbereich 090 - Räumliche Planung und Entwicklung

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.131,00	6.500	7.356,00	856,00-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	10.000	0,00	10.000,00
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0	19.874,18	19.874,18-
+	Sonstige Einzahlungen	0,00	0	107,25	107,25-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**7.131,00**	**16.500**	**27.337,43**	**10.837,43-**
-	Personalauszahlungen	-502.912,37	-536.270	490.715,74-	45.554,26-
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-203.531,59	-253.000	163.505,25-	89.494,75-
-	Sonstige Auszahlungen	-16.648,10	0	17.812,63-	17.812,63
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-723.092,06**	**-789.270**	**672.033,62-**	**117.236,38-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-715.961,06**	**-772.770**	**644.696,19-**	**128.073,81-**
+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	575.000,00	0	7.800,00	7.800,00-
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**575.000,00**	**0**	**7.800,00**	**7.800,00-**
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	138.000,00-	138.000,00
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**138.000,00-**	**138.000,00**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**575.000,00**	**0**	**130.200,00-**	**130.200,00**

Produktbereich 100 - Bauen und Wohnen

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Sonstige Transfereinzahlungen	1.380.659,49	0	212.573,34	212.573,34-
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.018.760,53	542.600	773.119,88	230.519,88-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	9.350	2.005,40	7.344,60
+	Sonstige Einzahlungen	5.737,94	8.000	1.550,00	6.450,00
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.405.157,96**	**559.950**	**989.248,62**	**429.298,62-**
-	Personalauszahlungen	-882.543,26	-873.090	857.239,43-	15.850,57-
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.616.013,54	-675.500	551.251,43-	124.248,57-
-	Transferauszahlungen	-211.487,25	-1.000	225,65-	774,35-
-	Sonstige Auszahlungen	-1.046.974,80	-697.067	576.065,76-	121.001,24-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-3.757.018,85**	**-2.246.657**	**1.984.782,27-**	**261.874,73-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.351.860,89**	**-1.686.707**	**995.533,65-**	**691.173,35-**
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.076.404,08	0	1.531.816,78-	1.531.816,78
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-3.076.404,08**	**0**	**1.531.816,78-**	**1.531.816,78**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-3.076.404,08**	**0**	**1.531.816,78-**	**1.531.816,78**

Produktbereich 110 - Ver- und Entsorgung

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.559.327,29	10.388.800	10.726.082,64	337.282,64-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	261.518,35	286.150	241.336,37	44.813,63
+	Sonstige Einzahlungen	1.996.685,98	2.104.800	1.900.851,45	203.948,55
+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	760.000,00	650.000	688.500,00	38.500,00-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**13.577.531,62**	**13.429.750**	**13.556.770,46**	**127.020,46-**
-	Personalauszahlungen	-522.654,19	-579.257	592.775,80-	13.518,80
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.853.510,69	-1.787.600	1.592.629,31-	194.970,69-
-	Transferauszahlungen	-4.270.900,28	-4.163.000	4.172.135,23-	9.135,23
-	Sonstige Auszahlungen	-2.524.728,10	-2.519.263	2.140.567,17-	378.695,83-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-9.171.793,26**	**-9.049.120**	**8.498.107,51-**	**551.012,49-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**4.405.738,36**	**4.380.630**	**5.058.662,95**	**678.032,95-**
+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0	1.694,93	1.694,93-
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**1.694,93**	**1.694,93-**
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-30.350,80	-956.000	66.352,49-	889.647,51-
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	-30.000	26.201,49-	3.798,51-
-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-170.000,00	0	0,00	0,00
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-200.350,80**	**-986.000**	**92.553,98-**	**893.446,02-**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-200.350,80**	**-986.000**	**90.859,05-**	**895.140,95-**

Produktbereich 120 - Verkehrsflächen und –anlagen

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	386.299,16	386.200	384.801,80	1.398,20
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.754,37	0	2.731,18	2.731,18-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	122.930,69	78.000	224.483,84	146.483,84-
+	Sonstige Einzahlungen	143,15	0	184,05	184,05-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**512.127,37**	**464.200**	**612.200,87**	**148.000,87-**
-	Personalauszahlungen	-536.566,79	-594.745	541.427,51-	53.317,49-
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.033.521,81	-1.431.400	1.156.085,55-	275.314,45-
-	Sonstige Auszahlungen	-622.128,93	-765.000	704.724,71-	60.275,29-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-2.192.217,53**	**-2.791.145**	**2.402.237,77-**	**388.907,23-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.680.090,16**	**-2.326.945**	**1.790.036,90-**	**536.908,10-**
+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	74.250,38	142.055	141.955,18	99,82
+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	52.670,38	148.000	1.855,12	146.144,88
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**126.920,76**	**290.055**	**143.810,30**	**146.244,70**
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.641.515,50	-1.977.208	1.129.071,72-	848.136,28-
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	24.990,00-	24.990,00
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-1.641.515,50**	**-1.977.208**	**1.154.061,72-**	**823.146,28-**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-1.514.594,74**	**-1.687.153**	**1.010.251,42-**	**676.901,58-**

Produktbereich 130 - Natur- und Landschaftspflege

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	691.199,21	448.060	748.136,36	300.076,36-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.614,61	5.000	12.927,46	7.927,46-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	6.078,69	931	930,85	0,15
+	Sonstige Einzahlungen	200,00	0	5.615,00	5.615,00-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**701.092,51**	**453.991**	**767.609,67**	**313.618,67-**
-	Personalauszahlungen	-1.574.515,92	-1.385.597	1.642.919,43-	257.322,43
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-532.667,13	-734.100	454.207,90-	279.892,10-
-	Transferauszahlungen	-117.412,56	-127.000	120.525,27-	6.474,73-
-	Sonstige Auszahlungen	-2.098,38	-2.500	1.783,18-	716,82-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-2.226.693,99**	**-2.249.197**	**2.219.435,78-**	**29.761,22-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.525.601,48**	**-1.795.206**	**1.451.826,11-**	**343.379,89-**
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-23.713,34	-20.000	155.345,27-	135.345,27
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-45.461,74	-126.000	217.461,25-	91.461,25
-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-3.834,47	-68.000	10.634,21-	57.365,79-
-	Sonstige Investitionsauszahlungen	-9.282,95	-20.000	11.772,57-	8.227,43-
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-82.292,50**	**-234.000**	**395.213,30-**	**161.213,30**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-82.292,50**	**-234.000**	**395.213,30-**	**161.213,30**

Produktbereich 140 - Umweltschutz

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
	2016	2017	2017	2017
= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0,00	0	0,00	0,00
- Personalauszahlungen	-24.043,99	-77.131	20.982,63-	56.148,37-
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.965,17	-20.000	9.027,15-	10.972,85-
- Sonstige Auszahlungen	-1.370,34	-1.400	1.370,34-	29,66-
= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-38.379,50	-98.531	31.380,12-	67.150,88-
= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-38.379,50	-98.531	31.380,12-	67.150,88-
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0,00
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0,00
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0,00

Produktbereich 150 - Wirtschaft und Tourismus

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.930,31	10.100	11.911,24	1.811,24-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	130,00	500	17.086,84	16.586,84-
+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	67.701,74	4.000	320.379,73	316.379,73-
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**78.762,05**	**14.600**	**349.377,81**	**334.777,81-**
-	Personalauszahlungen	-297.052,35	-360.560	331.688,40-	28.871,60-
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-60.719,86	-99.300	31.959,01-	67.340,99-
-	Transferauszahlungen	-17.751,37	-10.000	10.512,21-	512,21
-	Sonstige Auszahlungen	-15.887,46	-88.633	32.049,83-	56.583,17-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-391.411,04**	**-558.493**	**406.209,45-**	**152.283,55-**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-312.648,99**	**-543.893**	**56.831,64-**	**487.061,36-**
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-296.820,61	-100.000	98.079,01-	1.920,99-
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	2.835,03-	2.835,03
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-296.820,61**	**-100.000**	**100.914,04-**	**914,04**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**-296.820,61**	**-100.000**	**100.914,04-**	**914,04**

Produktbereich 160 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Ein- und Auszahlungsarten		Jahresergebnis	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz/Ist (Sp.3 – Sp.2)
		2016	2017	2017	2017
	Steuern und ähnliche Abgaben	61.954.223,40	56.526.221	77.057.529,17	20.531.308,17-
+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.355.251,19	2.332.601	2.326.055,08	6.545,92
+	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0	26.826,00	26.826,00-
+	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	158,28	0	190,90	190,90-
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	303.620,35	0	272.437,29	272.437,29-
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	35.793,81	0	30.079,54	30.079,54-
+	Sonstige Einzahlungen	137.869,43	189.000	33.099,84	155.900,16
=	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**63.786.916,46**	**59.047.822**	**79.746.217,82**	**20.698.395,82-**
-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-302.130,06	0	272.240,72-	272.240,72
-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-152.441,94	-534.286	209.318,57-	324.967,43-
-	Transferauszahlungen	-22.812.353,91	-23.744.195	26.336.125,95-	2.591.930,95
-	Sonstige Auszahlungen	-16.777,43	-260.000	81.671,27-	178.328,73-
=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-23.283.703,34**	**-24.538.481**	**26.899.356,51-**	**2.360.875,51**
=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**40.503.213,12**	**34.509.341**	**52.846.861,31**	**18.337.520,31-**
+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.561.096,25	1.676.163	1.654.342,60	21.820,40
=	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.561.096,25**	**1.676.163**	**1.654.342,60**	**21.820,40**
=	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0,00**	**0,00**
=	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**1.561.096,25**	**1.676.163**	**1.654.342,60**	**21.820,40**

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Rechtliche Verhältnisse

Die Stadt Kaarst ist eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stadt Kaarst ist nach § 2 GO NRW ausschließliche und eigenverantwortliche Trägerin der öffentlichen Verwaltung.

Die Stadt Kaarst regelt ihre Angelegenheiten durch Satzung (§ 7 GO NRW).

Die nach § 7 Abs. 3 GO NRW erforderliche **Hauptsatzung** gilt in der Fassung vom 30. September 2016.

Die Stadt Kaarst hat 43.468 Einwohner (Stand 31. Dezember 2017) und ist eine mittlere kreisangehörige Gemeinde. Zuständig für die Stadt Kaarst ist der Rhein-Kreis Neuss.

Die **Organe** der Stadt sind der Rat der Stadt Kaarst und die Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin der Stadt Kaarst ist seit dem 21. Oktober 2015 Frau Dr. Ulrike Nienhaus. Sie hat den Vorsitz im Rat und ist Leiterin der Stadtverwaltung. Als Bürgermeisterin ist sie in der Leitung der Verwaltung in vollem Umfang eigenverantwortlich tätig. Sie hat volle Entscheidungsfreiheit über die Geschäftsverteilung und die innere Organisation der Gemeindeverwaltung.

Allgemeiner Vertreter der Bürgermeisterin ist seit dem 1. Oktober 2014 Herr Dr. Sebastian Semmler (Erster Beigeordneter der Stadt Kaarst).

Die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung zum 31. Dezember 2017 ist dem Lagebericht zu entnehmen.

Für die Erledigung der kommunalen Aufgaben hat die Stadt Kaarst folgende **Ausschüsse (**2017**)** gebildet:

- Haupt-, Wirtschafts- und Finanzausschuss
- Bau- und Umweltausschuss
- Grundstücksausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Kulturausschuss
- Schulausschuss

- Sozialausschuss
- Sportausschuss
- Stadtentwicklungs-, Planungs- und Verkehrsausschuss

Die Stadt Kaarst hat gemäß § 1 Abs. 2 NKFEG NRW eine vorzeitige Umstellung von der kameralen Buchführung auf die doppelte Buchführung (§ 1 Abs. 1 NKFEG NRW) zum 1. Januar 2007 beschlossen und durchgeführt.

Gemäß § 31 GemHVO sind für die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung unter besonderer Berücksichtigung des Umgangs mit Zahlungsmitteln sowie die Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen, Dienstvorschriften zu erlassen. Diese sind dem Rat der Stadt Kaarst zur Kenntnis zu geben. Die entsprechende Dienstanweisung „Finanzbuchhaltung“ ist vom 22. Dezember 2005.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2017 den Jahresabschluss der Stadt zum 31. Dezember 2016 festgestellt, der Bürgermeisterin Entlastung erteilt und beschlossen, den Jahresfehlbetrag 2016 von EUR 5.267.732,43 der Ausgleichsrücklage zu entnehmen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Die Stadt Kaarst hat die von ihr erlassenen Satzungen (Ortsrecht) auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Satzungen wurden auf folgenden Fachgebieten erlassen:

- Allgemeine Verwaltung
- Finanzen
- Sicherheit und Ordnung
- Schule und Kultur
- Soziales, Jugend und Gesundheit
- Bauwesen
- Öffentliche Einrichtungen
- Sparkasse

Zudem hat die Stadt Kaarst zahlreiche Verträge abgeschlossen. Hierüber liegt jedoch keine zentral geführte Übersicht vor.

Die Stadt Kaarst war im Jahr 2017 Mitglied in folgenden **Zweckverbänden:**

- Volkshochschulzweckverband Kaarst-Korschenbroich, Kaarst
- IT Kooperation Rheinland, Neuss
- Wasser- und Bodenverband Nordkanal, Kaarst
- ERFTVERBAND, Bergheim
- Sparkassenzweckverband des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst, Neuss

Die Stadt Kaarst hält Anteile an folgenden **Unternehmen**:

- Stadtwerke Kaarst GmbH, Kaarst
- Regionale Bahngesellschaft Kaarst-Neuss-Düsseldorf-Erkrath-Mettmann-Wuppertal mbH, Mettmann
- Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH, Grevenbroich
- Lokalradio Kreis Neuss GmbH & CO KG, Neuss

Steuerliche Verhältnisse

Die Stadt ist als Träger hoheitlicher Aufgaben grundsätzlich nicht steuerpflichtig.

Nur soweit ein Betrieb gewerblicher Art im Sinne des § 4 KStG vorliegt, unterliegt dieser der Steuerpflicht.

Die Stadt Kaarst führt folgende Betriebe gewerblicher Art:

- Bäderbetrieb Hallenbad Büttgen
- Blockheizkraftwerk Alte Heerstraße
- Kulturelle Veranstaltungen (inkl. Kino)
- Leistungen Duales System Deutschland (DSD)
- Kindergärten

Die Betriebe gewerblicher Art werden bis auf das DSD beim Finanzamt Neuss unter der Steuer-Nummer 122/5785/0014 geführt. Das DSD wird unter der Steuer-Nummer 122/5785/0080 geführt.

Die Veranlagungen und Festsetzungen zur Körperschaft- und Gewerbesteuer sowie Umsatzsteuer sind bis einschließlich 2015 erfolgt. Die Veranlagungen und Festsetzungen erfolgten für die Umsatzsteuer 2015 in 2017.

Analysierende Darstellungen

Kennzahlen mit 5-Jahresübersicht

Es lassen sich ausgewählte Eckdaten und Kennzahlen wie folgt darstellen:

Haushaltsjahr		2017	2016	2015	2014	2013
Ordentliche Erträge	TEUR	131.743	102.253	91.784	103.760	88.756
Steuern und ähnliche Abgaben	TEUR	86.257	59.757	54.361	49.792	54.852
Steuerertragsquote[1]	%	65,5	58,4	59,2	48,0	61,8
Ordentliche Aufwendungen	TEUR	116.178	108.197	100.630	93.773	85.264
Transferaufwendungen	TEUR	42.847	41.941	37.149	34.573	30.783
Transferaufwandsquote 1[2]	%	32,5	41,0	40,5	33,3	34,7
Transferaufwandsquote 2[3]	%	36,9	38,8	36,9	36,9	36,1
Personalaufwendungen	TEUR	27.614	27.235	27.388	24.575	21.441
Personalaufwandsquote	%	23,8	25,2	27,2	26,2	25,1
Bilanzielle Abschreibungen	TEUR	9.069	9.047	8.913	8.582	8.418
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	TEUR	15.565	-5.944	-8.846	9.987	3.492
Finanzergebnis	TEUR	801	676	1.012	692	747
Jahresergebnis	TEUR	16.366	-5.268	-7.819	10.679	4.239
Bilanzstichtag		31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	TEUR	389.422	370.825	370.572	372.023	363.662
Anlagevermögen	TEUR	339.843	342.264	342.236	344.420	341.163
Anlagenintensität	%	87,3	92,3	92,4	92,6	93,8
Umlaufvermögen	TEUR	47.899	26.755	26.738	25.963	20.697
Eigenkapital	TEUR	153.797	137.665	143.244	151.059	140.761
Eigenkapitalquote	%	39,5	37,1	38,7	40,6	38,7
Sonderposten (ohne Gebührenausgleich und sonstige Sonderposten)	TEUR	135.597	139.332	143.539	147.643	148.979
Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung der Sonderposten	%	74,3	74,7	77,4	80,3	79,7
Rückstellungen	TEUR	57.685	57.065	54.351	50.110	47.780
Verbindlichkeiten	TEUR	34.273	30.106	22.848	16.744	19.538
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	6.965	5.679	5.474	5.204	5.707
Verschuldungsgrad	%	31,8	31,5	26,9	22,4	23,2
Anlagendeckungsgrad I	%	85,2	80,9	83,8	86,7	84,9

1 Die Steuerertragsquote gibt den Anteil der direkten Gemeindesteuern (im Wesentlichen Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) an den ordentlichen Erträgen an.

2 Die Transferaufwandsquote 1 gibt den Anteil der von der Gemeinde im Wesentlichen nicht beeinflussbaren Transferaufwendungen in Bezug zu den ordentlichen Erträgen an.

3 Die Transferaufwandsquote 2 gibt den Anteil der Transferaufwendungen in Bezug zu den ordentlichen Aufwendungen an.

Haushaltsjahr		2017	2016	2015	2014	2013
Mittelzufluss/-abfluss aus						
laufender Verwaltungstätigkeit	TEUR	13.697	6.771	-1.013	3.040	5.846
Investitionstätigkeit	TEUR	-3.612	-4.991	-7.026	8.367	-5.725
Finanzierungstätigkeit	TEUR	6.083	-331	3.675	848	785
Bestandsänderung fremde Finanzmittel	TEUR	16	-114	204	-257	112
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	TEUR	21.243	5.059	3.724	7.884	-4.114

Ertragslage - Vergleich mit dem Vorjahr

Aus den Zahlen der Ergebnisrechnung (Anlage I, Seite 3) haben wir folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2017		Vorjahr		Veränderung in	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	86.257	65,5	59.757	58,5	26.500	+44,3
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.105	12,2	15.846	15,5	259	+1,6
Sonstige Transfererträge	712	0,6	1.429	1,4	-717	>100,0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.352	10,9	14.761	14,4	-409	-2,8
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.896	1,4	1.510	1,5	386	+25,6
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.504	4,9	4.332	4,2	2.172	+50,1
sonstige ordentliche Erträge	5.917	4,5	4.618	4,5	1.299	+28,1
Ordentliche Erträge	131.743	100,0	102.253	100,0	29.490	+28,8
Personalaufwendungen	27.614	21,0	27.235	26,6	379	+1,4
Versorgungsaufwendungen	2.653	2,0	2.233	2,2	420	+18,8
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.323	8,6	13.461	13,2	-2.138	-15,9
Bilanzielle Abschreibungen	9.069	6,9	9.047	8,8	22	+0,2
Transferaufwendungen	42.847	32,5	41.941	41,0	906	+2,2
Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.672	17,2	14.280	14,0	8.392	+58,8
Ordentliche Aufwendungen	116.178	88,2	108.197	105,8	7.981	+7,4
Ordentliches Ergebnis	15.565	11,8	-5.944	-5,8	21.509	<100,0
Finanzergebnis	801	0,6	676	0,7	125	+18,5
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	16.366	12,4	-5.268	-5,1	21.634	-410,7
Jahresergebnis	16.366	12,4	-5.268	-5,1	21.634	-410,7

Die **Steuern und ähnliche Abgaben** resultieren aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von TEUR 26.557 (Vorjahr: TEUR 25.309), der Grundsteuer B mit TEUR 6.512 (Vorjahr: TEUR 6.472), der Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 47.626 (Vorjahr: TEUR 22.939) und aus übrigen Erträgen in Höhe von TEUR 5.562 (Vorjahr: TEUR 5.037). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist nahezu ausschließlich auf die Gewerbesteuer-Einnahmen zurückzuführen.

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** betreffen die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von TEUR 3.015 (Vorjahr: TEUR 3.092), sonstige Zuwendungen und Zuschüsse im Wesentlichen vom Land in Höhe von TEUR 11.958 (Vorjahr: TEUR 12.584) sowie TEUR 1.123 (Vorjahr: TEUR 170) aus der Abrechnung nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz. Der Rückgang der sonstigen Zuschüsse beinhaltet im Wesentlichen um TEUR 1.450 geringere Zuschüssen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz, denen um TEUR 1.134 gestiegene Zuschüssen für Kindertagesstätten entgegenstehen.

Die Stadt hat wie im Vorjahr keine Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten. Die Zuschüsse nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz wurden im Vorjahr unter den Kostenerstattungen und Kostenumlagen ausgewiesen.

Die **sonstigen Transferleistungen** beinhalteten im Vorjahr Kostenerstattungen für Flüchtlingsunterkünfte von TEUR 1.381, in 2017 fielen lediglich TEUR 212 an. Der Rückgang wurde teilweise kompensiert durch einen Ertrag in Höhe von TEUR 470 für nicht zu leistenden Schuldendienste zweier Darlehen.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** betreffen Benutzungsgebühren, im Wesentlichen aus den Gebührenhaushalten für Abwasser- und Abfallbeseitigung, in Höhe von TEUR 11.797 (Vorjahr: TEUR 11.565), Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge in Höhe von TEUR 1.418 (Vorjahr: TEUR 1.445) sowie Erträge aus Verwaltungsgebühren von TEUR 1.096 (Vorjahr: TEUR 1.440). Der Rückgang der Verwaltungsgebühren ist im Wesentlichen auf im Vorjahr enthaltene Genehmigungsgebühren für neue Gewerbegebiete zurückzuführen.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** enthalten unter anderem die Konzessionsabgaben RWE in Höhe von TEUR 1.206 (Vorjahr: TEUR 1.361), Kreiswerke mit TEUR 492 (Vorjahr: TEUR 497) und Stadtwerke in Höhe von TEUR 79 (Vorjahr: TEUR 82). Weitere wesentliche ordentliche Erträge ergeben sich aus Grundstücksverkäufen in Höhe von TEUR 1.252 (Vorjahr: TEUR 1.338), aus der Auflösung von Rückstellungen von TEUR 1.105 und aus der Verzinsung von fälligen Steuern und Abgaben in Höhe von TEUR 2.116 (Vorjahr: TEUR 155).

Die Erhöhung des Personalaufwands um TEUR 799 ist auf Tarifsteigerungen sowie Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen zurückzuführen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.138 verringert. Dies ist nahezu ausschließlich auf gesunkene Aufwendungen für Instandhaltungs- und Unterhaltungsaufwendungen zurückzuführen.

Die bilanziellen Abschreibungen beinhalten vor allem die Abschreibung für Gebäude mit TEUR 3.855 (Vorjahr: TEUR 3.811) und Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen mit TEUR 3.798 (Vorjahr: TEUR 3.840).

Die Transferaufwendungen beinhalten unter anderem die Kreisumlage mit TEUR 17.909 (Vorjahr: TEUR 17.504), Umlagen an Zweckverbände von TEUR 4.662 (Vorjahr: TEUR 4.768), die Gewerbesteuerumlage und die Umlage Fonds deutsche Einheit mit TEUR 5.657 (Vorjahr: TEUR 3.881) sowie Asylaufwendungen mit TEUR 3.338 (Vorjahr: TEUR 5.246). Der Rückgang der Aufwendungen im Bereich Asyl wurde durch den Anstieg im Bereich der Umlagen und übriger Transferaufwendungen überkompensiert.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betragen TEUR 22.672 und erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 8.392. Von diesem Anstieg entfallen auf höhere Wertberichtigungen zu Forderungen auf Steuern und Abgaben rd. TEUR 7.506, die im Wesentlichen mit Forderungen in Zusammenhang stehen, in denen Aussetzung der Vollziehung aufgrund anhängiger Verfahren gewährt wurde.

Durch gestiegene Beteiligungserträge (TEUR 1.009) hat sich das Finanzergebnis im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 125 verbessert.

Das Jahresergebnis 2017 schließt mit einem Überschuss in Höhe von TEUR 16.366 (Plan 2017 Fehlbetrag TEUR 4.199) ab. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr (Fehlbetrag TEUR 5.268) eine Ergebnisverbesserung um TEUR 21.634.

PLAN - IST Vergleich Gesamtergebnisrechnung

Aus dem beschlossenen Haushaltsplan 2017 wurde der Haushaltsansatz mit den Zahlen der Ergebnisrechnung (Anlage I, Seite 3) gegenübergestellt. Unterjährige Mittelverschiebungen werden in dieser Darstellung nicht berücksichtigt.

	PLAN 2017		IST 2017		Veränderung in	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	56.526	54,2	86.257	65,5	29.731	+52,6
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.265	11,8	16.105	12,2	3.840	+31,3
Sonstige Transfererträge	6	0,0	712	0,6	706	> 100,0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.021	13,4	14.352	10,9	331	+2,4
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.491	1,4	1.896	1,4	405	+27,2
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.843	11,4	6.504	4,9	-5.339	-45,1
sonstige ordentliche Erträge	8.185	7,8	5.917	4,5	-2.268	-27,7
Bestandsänderungen	0	0,0	0	0,0	0	-
Ordentliche Erträge	104.337	100,0	131.743	100,0	27.406	+26,3
Personalaufwendungen	27.137	26,0	27.614	21,0	477	+1,8
Versorgungsaufwendungen	1.921	1,8	2.653	2,0	732	+38,1
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.106	12,6	11.323	8,6	-1.783	-13,6
Bilanzielle Abschreibungen	8.509	8,2	9.069	6,9	560	+6,6
Transferaufwendungen	42.880	41,1	42.847	32,5	-33	-0,1
Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.895	15,2	22.672	17,2	6.777	+42,6
Ordentliche Aufwendungen	109.448	104,9	116.178	88,2	6.730	+6,1
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-5.111	-4,9	15.565	11,8	20.676	-404,5
Finanzergebnis	120	0,1	801	0,6	681	+567,5
Ordentliches Ergebnis	-4.991	-4,8	16.366	12,4	21.357	-427,9
Jahresergebnis	-4.991	-4,8	16.366	12,4	21.357	-427,9

Die Haushaltssatzung 2017 wurde am 9. Februar 2017 vom Rat beschlossen.

Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben liegt das IST-Ergebnis um TEUR 29.371 über dem Planansatz. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die um TEUR 24.687 gestiegenen Ist-Gewerbesteuereinnahmen.

Die Überschreitung der Planansätze bei den Zuwendungen und allgemeine Umlagen und den sonstigen Transfererträgen beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Zuwendungen für Kindertagesstätten sowie für Asyl und Flüchtlinge. Die entsprechenden Planansätze wurden bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen vorgenommen.

Die Unterschreitung der Planansätze bei den sonstigen ordentlichen Erträgen betrifft geringere Erträge aus Grundstücksverkäufen.

Die Erhöhungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen betreffen im Wesentlichen höhere Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

PLAN - IST Vergleich Teilergebnisrechnungen

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen (Jahresergebnisse nach Leistungsverrechnungen)	Planansatz 2017 EUR	Ist-Ergebnis 2017 EUR	Veränderung EUR
010 Innere Verwaltung	-10.547.311,00	-14.518.447,48	-3.971.136,48
020 Sicherheit und Ordnung	-1.970.839,00	-2.059.992,47	-89.153,47
030 Schulträgeraufgaben	-5.923.912,00	-5.703.112,02	220.799,98
040 Kultur und Wissenschaft	-1.254.341,00	-1.506.741,39	-252.400,39
050 Soziale Hilfen	-1.106.480,00	-910.114,36	196.365,64
060 Kinder- Jugend- und Familienhilfe	-11.412.618,00	-10.813.023,20	599.594,80
080 Sportförderung	-1.599.691,00	-1.613.855,59	-14.164,59
090 Planung und Entwicklung; Geoinformation	-842.354,00	-762.388,68	79.965,32
100 Bauen und Wohnen	-1.844.704,00	-1.139.746,81	704.957,19
110 Ver- und Entsorgung	3.031.680,00	3.002.166,80	-29.513,20
120 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-2.665.386,00	-2.434.636,33	230.749,67
130 Natur- und Landschaftspflege	-1.983.484,00	-1.873.867,84	109.616,16
140 Umweltschutz	-100.372,00	-37.387,11	62.984,89
150 Wirtschaft und Tourismus	-680.269,00	-233.713,91	446.555,09
160 Allgemeine Finanzwirtschaft	33.909.341,00	56.970.551,82	23.061.210,82
	-4.990.740,00	16.365.691,43	21.356.431,43

<u>010 Innere Verwaltung</u>

Die Ergebnisverschlechterung um TEUR 3.971 beruht im Wesentlichen auf geringeren sonstigen ordentlichen Erträge (TEUR 3.531) insbesondere aus Grundstücksverkäufen.

060 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Die Ergebnisverbesserung um TEUR 600 ist im Wesentlichen durch höhere ordentliche Erträge (TEUR 851), geringere Personalaufwendungen (TEUR 502) und höheren ordentlichen Aufwendungen (TEUR 654), insbesondere für Kindertagesstätten begründet.

100 Bauen und Wohnen

Die Ergebnisverbesserung ist auf eine Erhöhung der ordentlichen Erträge um rd. TEUR 488 zurückzuführen. Gleichzeitig verringerten sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um TEUR 226.

160 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die Ergebnisverbesserung um TEUR 23.061 beruht vor allem auf um TEUR 29.731 höhere Erträge aus Steuern und ähnliche Abgaben, insbesondere aus höheren Gewerbesteuererträgen. Diesem Anstieg stehen Aufwendungen für Wertberichtigungen entgegen, die in den sonstigen ordentlichen Aufwendungen enthalten sind.

Ergebnisentwicklung laut Haushaltsplanung 2017

Die im Haushaltsplan 2018 geplanten Ergebnisse für die doppischen Haushaltsjahre 2018 bis 2021 und die Ist-Werte für 2017 zeigt folgende Tabelle:

Planung Ergebnisse lt. HH-Plan 2018	2017 TEUR	2018 TEUR	2019 TEUR	2020 TEUR	2021 TEUR
ordentliche Erträge	131.743	112.885	113.499	112.944	116.160
ordentliche Aufwendungen	116.178	118.053	119.017	113.798	114.831
laufendes Verwaltungsergebnis	15.565	-5.168	-5.518	-854	1.329
Finanzergebnis	801	-185	-230	-177	-439
ordentliches Ergebnis	16.366	-5.353	-5.748	-1.031	890
außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	16.366	-5.353	-5.748	-1.031	890

Das im Haushaltsplan 2017 veranschlagte Ergebnis 2017 mit einem Fehlbetrag in Höhe von TEUR 4.991 verbesserte sich um TEUR 21.356 auf einen Überschuss von TEUR 16.366. Für die Jahre 2018 bis 2021 wird insgesamt ein Fehlbetrag von TEUR 11.242 geplant.

Nach der Haushaltplanung 2017 musste die Stadt Kaarst für die Jahre bis 2020 kein Haushaltssicherungskonzept nach § 76 Abs.1 Nr. 1 oder Nr. 2 GO aufstellen, wie folgende Tabelle zeigt:

	IST 2016	IST 2017	Plan lt. Haushaltsplan 2018		
Bezeichnung	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	30.12.2020
Stand der Allgemeinen Rücklage	133.362	133.128	131.687	131.687	131.687
Ausgleichsrücklage	9.571	4.303	20.669	15.316	9.568
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	-5.268	16.366	-5.353	-5.748	-1.031
Eigenkapital	137.665	153.797	147.003	141.255	140.224
Rückgang Allgemeine Rücklage zum Vorjahr [%]	-0,2	-0,2	-1,1	0,0	0,0
HSK aufstellen nach § 76 (1) Nr. 1 GO (Abnahme 25 % in einem Jahr)	nein	nein	nein	nein	nein
HSK aufstellen nach § 76 (1) Nr. 2 GO (Abnahme 5 % in zwei aufeinanderfolgenden Jahren)	nein	nein	nein	nein	nein

Der Haushaltsplan 2018 wurde am 14. Dezember 2017 vom Rat beschlossen und am 22. Februar 2018 öffentlich bekannt gemacht. Die Genehmigung des Kreises gemäß § 75 Abs. 4 GO wurde mit Verfügung vom 25. Januar 2018 erteilt.

Vermögenslage

Nachfolgend erläutern wir den Vermögens- und Kapitalaufbau der Stadt Kaarst am 31. Dezember 2017 anhand der nach Liquiditätsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen. Innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten werden dabei als kurzfristig behandelt, alle anderen — soweit nicht besonders vermerkt — als mittel- und langfristig.

	31.12.2017		Vorjahr		Veränderung in	
VERMÖGEN	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	60	0,0	21	0,0	39	> 100,0
Sachanlagen	328.713	84,5	331.374	89,4	-2.661	-0,8
Finanzanlagen	11.070	2,8	10.869	2,9	201	1,8
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	465	0,1	512	0,1	-47	-9,2
Grundstücke im Umlaufvermögen	13.399	3,4	14.889	4,0	-1.490	-10,0
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	353.707	90,8	357.665	96,4	-3.958	-1,1
Vorräte	45	0,0	56	0,0	-11	-19,6
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	7.931	2,0	3.468	0,9	4.463	> 100,0
Privatrechtliche Forderungen	858	0,2	504	0,1	354	70,2
Sonstige Vermögensgegenstände	3.958	1,0	2.267	0,6	1.691	74,6
Liquide Mittel	21.243	5,6	5.059	1,5	16.184	> 100,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	34.035	8,8	11.354	3,1	22.681	> 100,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.680	0,4	1.806	0,5	-126	-7,0
Vermögen insgesamt	389.422	100,0	370.825	100,0	18.597	5,0

Das Gesamtvermögen ist mit 87,3 % durch das Anlagevermögen geprägt (Vorjahr: 92,3 %). Dieses beinhaltet im Wesentlichen unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte in Höhe von TEUR 46.500 (Vorjahr: TEUR 47.137), bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte in Höhe von TEUR 142.581 (Vorjahr: TEUR 138.781) sowie Infrastrukturvermögen in Höhe von TEUR 119.719 (Vorjahr: TEUR 122.244).

Der Rückgang der Sachanlagen in Höhe von TEUR 2.661 resultiert im Wesentlichen aus der Umbuchung von zum Verkauf bestimmten Grundstücken von TEUR 1.680 in das Umlaufvermögen sowie Abschreibungen von TEUR 8.812. Diesem Rückgang stehen Investitionen in das Sachanlagevermögen von insgesamt TEUR 7.831. (im Wesentlichen für die Modernisierung und Neubauten Schulgebäude und Kindertageseinrichtungen, Kauf und geleistete Anzahlungen für Grundstücke) entgegen.

Die Finanzanlagen beinhalten im Wesentlichen Anteile an der Stadtwerke Kaarst GmbH in Höhe von TEUR 8.751 (Vorjahr: TEUR 8.726) und den Anteilen am Kommunalen Versorgungsrücklagen Fonds von TEUR 1.780 (im Vorjahr: TEUR 1.600).

Die Grundstücke im Umlaufvermögen (Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen) betreffen Grundstücke, die planmäßig noch nicht im Folgejahr verkauft werden sollen.

Das kurzfristig gebundene Vermögen beinhaltet hauptsächlich neben den öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen die sonstigen Vermögensgegenstände und die Liquiden Mittel. Die öffentlich-rechtlichen Forderungen setzen sich im Wesentlichen aus Gebührenforderungen von TEUR 342 (Vorjahr: TEUR 155), Steuerforderungen in Höhe von TEUR 5.681 (Vorjahr: TEUR 1.930) und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Höhe von TEUR 1.635 (Vorjahr: TEUR 1.675) zusammen. Der Ansatz der Forderungen berücksichtigt Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 13.188 (Vorjahr: TEUR 5.143), wovon TEUR 7.300 mit Forderungen in Zusammenhang stehen, für die Aussetzung der Vollziehung gewährt wurde.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen (Kurzfristig gebundenes Vermögen) werden im Folgejahr zum Verkauf bestimmte Grundstücke von TEUR 3.660 (Vorjahr: TEUR 2.047) ausgewiesen.

Die liquiden Mittel erhöhten sich im Berichtsjahr um TEUR 16.184 auf TEUR 21.243 (Vorjahr: TEUR 5.059).

KAPITAL	31.12.2017 TEUR	%	Vorjahr TEUR	%	Veränderung in TEUR	%
Allgemeine Rücklage	133.128	34,2	133.362	35,9	-234	-0,2
Ausgleichsrücklage	4.303	1,1	9.571	2,6	-5.268	-55,0
Jahresüberschuss (-fehlbetrag)	16.366	4,2	-5.268	-1,4	21.634	-410,7
Bilanzielles Eigenkapital	153.797	39,5	137.665	37,1	16.132	11,7
Sonderposten (Zuwendungen und Beiträge)	135.597	34,8	139.332	37,6	-3.735	-2,7
Wirtschaftliches Eigenkapital	289.394	74,3	276.997	74,7	12.397	4,5
Sonderposten (Gebührenausgleich)	1.105	0,3	978	0,3	127	13,0
Langfristige Rückstellungen	55.266	14,2	53.965	14,6	1.301	2,4
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten aus Krediten	16.073	4,1	9.827	2,6	6.246	63,6
Übrige mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	1.699	0,5	-1.699	-100,0
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	72.444	18,6	66.469	18,0	5.975	9,0
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	2.419	0,6	3.100	0,8	-681	-22,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Krediten	511	0,1	676	0,2	-165	-24,4
Erhaltene Anzahlungen	6.977	1,8	4.778	1,3	2.199	46,0
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	10.712	2,8	13.126	3,5	-2.414	-18,4
Kurzfristiges Fremdkapital	20.619	5,3	21.680	5,8	-1.061	-4,9
Passive Rechnungsabgrenzung	6.965	1,8	5.679	1,5	1.286	22,6
Kapital insgesamt	389.422	100,0	370.825	100,0	18.597	5,0

Das wirtschaftliche Eigenkapital beträgt insgesamt TEUR 289.394 (Vorjahr: TEUR 276.997), das entspricht 74,3 % (Vorjahr: 74,7 %) der Bilanzsumme. Der geringe Rückgang der Quote beruht im Wesentlichen auf dem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 16.366 bei einem Verbrauch der Allgemeinen Rücklage durch den Vorjahresverlust sowie einer gleichzeitigen Verringerung der Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge und einem Anstieg der Bilanzsumme.

Das mittel- und langfristige Fremdkapital in Höhe von TEUR 72.444 (Vorjahr: TEUR 66.469) beinhaltet im Wesentlichen langfristige Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von TEUR 53.931 (Vorjahr: TEUR 51.820), Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von TEUR 305 (Vorjahr: TEUR 1.035), Rückstellungen für Altersteilzeit von TEUR 180 (Vorjahr: TEUR 242) und Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen.

Im Geschäftsjahr wurden Darlehen in Höhe von TEUR 6.515 aufgenommen. Die Erhöhung des mittel- und langfristigen Fremdkapitals um TEUR 5.975 ist sowohl auf den Anstieg der Pensions- und Beihilfe-Rückstellungen um TEUR 2.111 zurückzuführen als auch auf die Veränderung der Kreditverbindlichkeiten um TEUR 6.246.

Das kurzfristige Fremdkapital verringerte sich um TEUR 1.061 auf TEUR 20.619. Die Entwicklung ist hauptsächlich auf die Erhöhung der noch nicht verwendeten Investitionspauschalen sowie (gegenläufig) auf eine im Vorjahr enthaltene, ohne vorherigen Bescheid geleistete, Gewerbesteuervorauszahlung in Höhe von TEUR 4.500 zurückzuführen.

Die passive Rechnungsabgrenzung beinhaltet hauptsächlich Friedhofsgebühren, die jährlich ertragswirksam aufgelöst werden.

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, haben sich im Jahr 2017 wie folgt entwickelt:

	31.12.2017 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Kreditinstituten	16.579	10.503	6.076
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	5	0	5
	16.584	10.503	6.081

Die Stadt Kaarst hat 2017 für die Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten und Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, ihre planmäßigen Tilgungsleistungen erbracht.

Kassenkredite hätten nach § 5 der Haushaltssatzung 2017 in Höhe von TEUR 20.000 aufgenommen werden dürfen. Dieser Höchstbetrag wurde im Jahr 2017 nicht überschritten, der Stand der Kassenkredite zum 31. Dezember 2017 ist wie im Vorjahr Null.

Finanzlage

Deckungsverhältnisse

	31.12.2017 TEUR	%	31.12.2016 TEUR	%
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	353.707		357.665	
Deckung durch:				
Eigenkapital	153.797	43,5	137.665	38,5
Sonderposten	135.597	38,3	139.332	38,9
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	64.313	18,2	66.469	18,6
Kurzfristiges Fremdkapital	0	0,0	14.199	4,0
	353.707	100,0	357.665	100,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	35.715		13.160	
Deckung durch:				
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	8.131	22,8	0	0,0
Kurzfristiges Fremdkapital einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	27.584	77,2	13.160	100,0
	35.715	100,0	13.160	100,0

Die vorstehende Tabelle gibt die Deckung des mittel- und langfristig gebundenen Vermögens (im Wesentlichen des Anlagevermögens durch das Eigenkapital und das mittel- und langfristige und kurzfristige Fremdkapital sowie der Umlaufwerte durch das kurzfristige Fremdkapital) wieder.

Die Deckung des mittel- und langfristig gebundenen Vermögens ist ein grober Maßstab für die Stabilität der Finanzsituation der Stadt Kaarst. Durch die Abbildung des Verhältnisses von langfristig gebundenem Vermögen zu mittel- oder langfristig zur Verfügung stehendem Kapital wird die Fristenkongruenz der Finanzierung dieses Vermögens beurteilt.

Bei der Stadt Kaarst beträgt die Deckung des mittel- und langfristig gebundenen Vermögens durch das mittel- und langfristig gebundene Kapital 100,0 % (Vorjahr 96,0 %).

Liquiditätsstatus (Zahlungsbereitschaft)
(U = Unterdeckung/Üb = Überdeckung)

	31.12.2017 TEUR		Vorjahr TEUR	
Kurzfristiges Fremdkapital		-20.619		-21.680
Flüssige Mittel		21.243		5.059
Unmittelbare Liquidität	Üb	624	U	-16.621
Kurzfristige Forderungen		12.747		6.239
Einzugsbedingte Liquidität	Üb	13.371	U	-10.382
Vorräte		45		56
Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das gesamte Umlaufvermögen	Üb	13.416	U	-10.326

Die Zahlungsbereitschaft hat sich um TEUR 23.742 verbessert und weist eine Überdeckung von TEUR 13.416 auf.

Die Liquiditätsergebnisse aus der Finanzplanung aus dem Haushaltsplan 2018 für die Jahre 2018 bis 2021 zeigen, dass die Stadt Kaarst demnach aus der Verwaltungstätigkeit keine freie Liquidität zur Verfügung hätte.

	2018 TEUR	2019 TEUR	2020 TEUR	2021 TEUR	Summe TEUR
Liquiditätsergebnis der Verwaltungstätigkeit	-4.997	-3.135	5.031	6.876	3.775
Planmäßige Tilgung (ohne Umschuldung)	-873	-949	-1.091	-1.321	-4.234
Freie Liquidität	-5.870	-4.084	3.940	5.555	-459

Auf Grundlage des Liquiditätsbestands zum 31. Dezember 2017 und der geplanten Grundstücksveräußerungen sowie der für die geplanten Investitionen vorgesehenen Darlehensaufnahmen ergäbe sich für das Haushaltsjahr 2021 ein Bestand an liquiden Mitteln von TEUR 14.418.

BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- Besondere Auftragsbedingungen -

1. Allgemeines

(a) Wir erbringen unsere Leistungen auf Basis (i) des Auftragsschreibens und etwaiger, dem Auftragsschreiben als Anlage beigefügter Leistungsbeschreibungen, (ii) dieser Besonderen Auftragsbedingungen (BAB) und (iii) der Allgemeinen Auftragsbedingungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (AAB) (zusammen nachfolgend „Mandatsvereinbarung"). Dies gilt auch für den Teil der Leistungen, der ggf. schon vor dem rechtswirksamen Abschluss der Mandatsvereinbarung erbracht wurde. Abweichende oder widersprechende Geschäftsbedingungen gelten nur, wenn sie von uns ausdrücklich schriftlich anerkannt wurden.

(b) Sofern nichts anderes vereinbart ist, finden die BAB und AAB auch dann Anwendung, wenn wir über die im Auftragsschreiben oder in etwaigen Anlagen vereinbarten Leistungen hinaus für Sie tätig werden.

2. Vergütung, Fälligkeit

(a) Unsere Rechnungen, inkl. Abschlags- und Vorschussrechnungen, werden in Euro erstellt und sind sofort fällig. Die von etwaigen Subunternehmern erbrachten Leistungen stellen wir Ihnen als eigene Auslagen in Rechnung.

(b) Für die Anforderung von Vorschüssen gilt Ziffer 13 (1) Satz 2 AAB. Im Übrigen sind wir berechtigt, jederzeit angemessene Abschläge auf Honorare oder Gebühren und Auslagen sowie Nebenkosten in Rechnung zu stellen.

(c) Angaben zum voraussichtlich anfallenden Honorar verstehen sich grundsätzlich als Honorarschätzung, sofern nicht ausdrücklich ein Pauschalhonorar vereinbart ist. Ein etwaig angegebenes Pauschalhonorar darf überschritten werden, wenn durch den Eintritt unvorhersehbarer Umstände, die nicht in unserem Verantwortungsbereich liegen, ein nicht nur unerheblicher Mehraufwand entsteht.

(d) Endet unsere Leistungserbringung vorzeitig, sind wir berechtigt, den bis dahin entstandenen Zeitaufwand abzurechnen, sofern die Beendigung der Mandatsvereinbarung nicht durch ein pflichtwidriges Verhalten unsererseits verschuldet wurde. Auch im letzteren Fall kann aber der bisherige Zeitaufwand abgerechnet werden, sofern und soweit die erbrachte Leistung trotz der vorzeitigen Vertragsbeendigung verwertbar ist.

(e) Die StBVV findet nur Anwendung, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist, wobei sich die Anwendung der StBVV stets auf die Honorarbemessung beschränkt. Sofern Sie uns nach Abschluss der Mandatsvereinbarung mit weiteren, über das Auftragsschreiben hinausgehenden Leistungen beauftragen, werden diese entweder gemäß gesonderter Vereinbarung oder, in Ermangelung einer gesonderten Vereinbarung, mit den in unserem Hause für die jeweilige Leistung üblichen Stundensätzen abgerechnet, die wir Ihnen auf Wunsch gerne mitteilen.

(f) Sofern wir (ggf. auch erst nach der Leistungserbringung) gebeten oder verpflichtet werden, Informationen im Zusammenhang mit unserer Leistungserbringung an ein zuständiges Gericht, einen Sach- oder Insolvenzverwalter, eine Behörde, Regulierungs- und Aufsichtsstellen (WPK, PCAOB, DPR) oder andere Dritte zur Verfügung zu stellen (dies schließt Vernehmungen unserer Mitarbeiter als Zeugen ein), dürfen wir den dadurch entstehenden Zeitaufwand in Rechnung stellen. Wir werden für diese Tätigkeiten die mit Ihnen in der Mandatsvereinbarung geregelten Stundensätze in Ansatz bringen.

3. Haftungsbeschränkung

(a) Soweit in dieser Ziffer 3 BAB nichts anderes bestimmt ist, bemisst sich unsere Haftung nach Maßgabe der Ziffer 9 der AAB. Abweichend von Ziffer 9 (2) und (5) der AAB tritt allerdings an die Stelle der dort genannten Haftungshöchstbeträge einheitlich ein Betrag von € 5 Mio. Ziffer 9 (1) der AAB bleibt stets unberührt.

(b) Sofern Sie der Auffassung sind, dass das unserer Leistungserbringung innewohnende Risiko den Betrag von € 5 Mio. nicht nur unerheblich übersteigt, sind wir bereit, mit Ihnen und unserem Haftpflichtversicherer die Möglichkeit und die Kosten einer Erhöhung unserer Haftungsgrenze zu erörtern. Kommt es in diesem Zusammenhang zu einem gesonderten Prämienaufwand, so ist dieser von Ihnen zu tragen.

(c) Wir haften entgegen Ziffer 9 (2) AAB und 3 (a) BAB nur dann betragsmäßig unbegrenzt, sofern dies (i) ausdrücklich schriftlich vereinbart oder (ii) nach US-amerikanischen Unabhängigkeitsregelungen zwingend erforderlich ist.

4. Unsere Arbeitsergebnisse

Arbeitsergebnisse die schriftlich darzustellen und zu unterzeichnen sind, sind nur verbindlich, wenn sie von zwei Mitarbeiter/innen original unterzeichnet wurden bzw. in E-Mails zwei Mitarbeiter/innen als Unterzeichner benannt sind. Sofern nichts anderes vereinbart wird und keine gesetzlichen oder berufsständischen Regelungen entgegenstehen, sind wir auch berechtigt, unsere Arbeitsergebnisse ausschließlich (i) als PDF und/oder (ii) per E-Mail und/oder (iii) mit qualifiziert elektronischer Signatur auszuliefern.

5. Weitergabe unserer Arbeitsergebnisse, Nutzungsrechte

(a) Unsere Arbeitsergebnisse dienen einzig dem vertraglich vereinbarten Zweck, sind daher ausschließlich an Sie als Auftraggeber/in gerichtet und dürfen zu keinem anderen Zweck verwendet werden. Für die Weitergabe unserer beruflichen Äußerungen an Dritte oder deren Verwendung zu Werbezwecken gilt Ziffer 6 der AAB.

(b) Eine schriftliche Zustimmung zur Weitergabe unserer beruflichen Äußerungen an Dritte erfolgt regelmäßig nur unter der Bedingung der vorherigen Unterzeichnung einer berufsüblichen Weitergabe-Vereinbarung (*Hold Harmless Release Letter)* durch den oder die Dritten, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart wird. Eine Weitergabe unserer Arbeitsergebnisse darf stets nur in vollem Wortlaut inkl. aller Anlagen erfolgen. § 334 BGB bleibt von einer Weitergabe unberührt.

(c) Sie sind verpflichtet, uns von allen Schäden freizuhalten, die aus einer Nichtbeachtung der vorstehenden Regelungen entstehen.

(d) Wir räumen Ihnen Nutzungsrechte an den von uns erstellten Arbeitsergebnissen nur insoweit ein, als dies angesichts des Zwecks der jeweiligen Mandatsvereinbarung erforderlich ist.

6. Grundlagen unserer Zusammenarbeit

(a) Der zur Erbringung unserer Leistungen anfallende und unserer Honorarkalkulation zugrunde liegende Zeitaufwand hängt maßgeblich davon ab, dass die Voraussetzungen gemäß Ziffer 3 (1) der AAB vorliegen.

(b) Sofern sich aus dem Auftragsschreiben, uns bindenden gesetzlichen Regelungen oder sonstigen Vorschriften sowie einschlägigen Standards nichts anderes ergibt, sind wir nicht verpflichtet, die uns zur Verfügung gestellten Informationen auf inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen.

7. Besondere Vorschrift für die Steuerberatung

(a) Sie beauftragen und bevollmächtigen uns, die für Sie erstellten Angaben, die für eine elektronische Übermittlung an die Finanzbehörden vorgesehen und jeweils freigegeben sind, in Ihrem Namen unmittelbar über die Datev eG bei der zuständigen Stelle der Finanzverwaltung elektronisch einzureichen. Auftrag und Bevollmächtigung gelten ab sofort und sind jederzeit widerruflich. Der Widerruf bedarf mindestens der Textform.

(b) Die Übersendung fristbehafteter Schriftstücke verpflichtet uns nur dann zur Einleitung fristwahrender Maßnahmen, wenn uns diese per Post oder per Fax übermittelt werden.

8. Elektronische Kommunikation und Virenschutz

Für die elektronische Kommunikation gilt Ziffer 12 der AAB. Ihnen ist darüber hinaus bekannt, dass Daten, die über das Internet versendet werden, nicht zuverlässig gegen Zugriffe Dritter geschützt werden, verloren gehen, verzögert übermittelt oder mit Viren befallen sein können. Im Rahmen des gesetzlich Zulässigen übernehmen wir deshalb keine Verantwortung und Haftung für die Unversehrtheit von E-Mails, nachdem sie unseren Herrschaftsbereich verlassen haben, und für Ihnen oder Dritten hieraus entstehende Schäden. Dies gilt auch, sofern trotz der von uns verwendeten Virusschutzprogramme durch die Zusendung von E-Mails ein Virus in Ihre Systeme gelangt.

9. BDO Netzwerk, *Sole Recourse*

(a) Wir sind Mitglied von BDO International Limited, einer britischen Gesellschaft mit beschränkter Nachschusspflicht, und gehören zum internationalen BDO Netzwerk rechtlich voneinander unabhängiger Mitgliedsfirmen. BDO ist der Markenname für das BDO Netzwerk und für jede der BDO Mitgliedsfirmen („Member Firms"). Zur Auftragsdurchführung dürfen wir andere Member Firms als Subunternehmer einschalten. Zu diesem Zweck entbinden Sie uns bereits jetzt diesen gegenüber von unserer Verschwiegenheitspflicht.

(b) Sie erkennen an, dass wir in diesen Fällen die alleinige Verantwortung auch für die Leistungen unserer Member Firms übernehmen. Demgemäß werden Sie gegen eine Member Firm, die wir als Subunternehmer eingeschaltet haben (einschließlich der BDO International Limited und der Brussels Worldwide Services BVBA), keine Ansprüche jedweder Art geltend machen. Dies gilt nicht für Ansprüche, die sich auf strafbares und/oder vorsätzliches Handeln beziehen, sowie auf etwaige weitere Ansprüche, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen werden können.

© BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Version 1. Januar 2018

(c) Die nach der Mandatsvereinbarung zur Anwendung kommenden Regelungen zur Haftung und insbesondere die Haftungsbeschränkung gelten auch zugunsten der Member Firm, die wir als Subunternehmer einschalten. Diese können sich auch unmittelbar auf die Regelungen in vorstehender Ziffer 9 (b) BAB berufen.

10. BDO Legal Rechtsanwaltsgesellschaft mbH (BDO Legal), Beteiligungsgesellschaften

(a) Sofern Sie im Zusammenhang mit unseren Leistungen auch die BDO Legal oder andere Gesellschaften beauftragen, die mit BDO i.S.d. §§ 15ff. AktG verbunden sind, entbinden Sie uns diesen ggü. bereits jetzt bzgl. aller auftragsrelevanten Informationen von der Verschwiegenheitspflicht, um eine möglichst reibungslose und effiziente Leistungserbringung zu ermöglichen.

(b) Wir sind von der BDO Legal und von den Gesellschaften, mit denen wir i.S.d. §§ 15ff. AktG verbunden sind, rechtlich unabhängig. Entsprechend übernehmen wir weder Verantwortung für deren Handlungen oder Unterlassungen, noch begründen wir mit diesen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder haften mit diesen gesamtschuldnerisch.

11. Geldwäsche

Wir sind nach den Bestimmungen des sog. Geldwäschegesetzes (GwG) u.a. verpflichtet, in Bezug auf unsere Vertragspartner Identifizierungshandlungen durchzuführen. Sie sind daher verpflichtet, uns alle nach dem GwG mitzuteilenden Informationen und Nachweise vollständig und wahrheitsgemäß zukommen zu lassen und diese im weiteren Verlauf der Geschäftsbeziehung unaufgefordert zu aktualisieren.

12. Marketing

Soweit Sie uns schriftlich nicht anders anweisen und keine höchstpersönlichen Angelegenheiten oder Mandate von Verbrauchern i.S.d. § 13 BGB betroffen sind, gestatten Sie uns, den Auftragsinhalt zu Marketingzwecken bekannt zu machen. Die Gestattung erstreckt sich ausschließlich auf die sachliche Beschreibung des wesentlichen Auftragsinhalts und des Auftraggebers (z. B. Referenzlisten mit Firmenname und -logo sowie Score Cards).

13. Verjährung

(a) Für die Verjährung von Mängelbeseitigungsansprüchen gilt Ziffer 7 (2) der AAB. Im Übrigen gelten für die Verjährung die nachfolgenden Absätze.

(b) Im Falle von einfacher Fahrlässigkeit, die nicht die Verletzung von Leben, Körper, Freiheit oder Gesundheit zum Gegenstand hat, beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist für gegen uns gerichtete Ansprüche ein Jahr.

(c) Die Verjährungsfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist und Sie von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt haben oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätten erlangen müssen. Ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis verjähren die Ansprüche nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren ab ihrer Entstehung sowie ohne Rücksicht auf ihre Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen Schaden auslösenden Ereignis an. Maßgeblich ist die früher endende Frist.

(d) Im Übrigen verbleibt es bei den gesetzlichen Vorschriften.

14. Gerichtsstand, Form des Vertragsabschlusses, Salvatorische Klausel

(a) Sofern Sie Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich rechtliches Sondervermögen sind oder keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland haben, ist Gerichtsstand für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung nach unserer Wahl (i) Hamburg, (ii) das Gericht an dem Ort, an dem die streitgegenständlichen Arbeiten erbracht wurden, oder (iii) das Gericht, in dessen Zuständigkeitsbereich Sie Ihren Sitz oder Wohnort haben.

(b) Jede Mandatsvereinbarung bedarf ebenso der Schriftform, wie deren Änderung. Sofern nichts anderes vereinbart oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften angeordnet ist, ist es neben der beidseitigen Unterzeichnung eines Originaldokumentes durch Unterschrift und/oder qualifiziert elektronische Signatur zur Einhaltung der Schriftform auch ausreichend, wenn entweder (i) die Mandatsvereinbarung von beiden Vertragsparteien einseitig unterschrieben und dann mit der anderen Vertragspartei ausgetauscht wird, (ii) die Mandatsvereinbarung in unterzeichneter Form ausschließlich per E-Mail ausgetauscht wird (PDF) oder (iii) die von uns unterzeichnete Mandatsvereinbarung übersandt und sodann von Ihnen durch gesondertes einseitiges Schreiben angenommen wird.

(c) Sollte eine oder mehrere Regelungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise nichtig oder undurchführbar sein, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. An die Stelle der nichtigen oder undurchführbaren Regelung tritt in dem Fall eine andere Regelung, die den gewünschten, von den Vertragsparteien angestrebten Zielen soweit als möglich entspricht. Dies gilt entsprechend im Falle einer Vertragslücke.

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf
50261 . PN 55495/0/0

Lizenziert für/Licensed to: BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft | 4298982

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und

d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Lizenziert für/Licensed to: BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft | 4298982